

Stadtarchiv Braunschweig

STADTARCHIV  
BRAUNSCHWEIG

DII 2a:

6





1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 299. Stücke des 1869  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 1.

# Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 6. Januar 1870.



Abwesend und entschuldigt die Herren Ehrenhard, v. Götz, Wisberg und Gravenhorst.

Bei Beginn der Sitzung gedenkt der Herr Vorsitzende zunächst des am 14 December v. J. seinen langen Leiden erlegenen Herrn Grass. Was derselbe unserer Stadt gewesen sei, dafür zeuge hinlänglich schon die Thatsache, daß ihn während einer langen Reihe von Jahren das Vertrauen seiner Mitbürger immer wieder in diese Versammlung berufen habe, der er denn auch länger als irgend ein anderes ihrer gegenwärtigen Mitglieder angehört habe. Von dem unermüdlischen Eifer aber, mit welchem er hier für das Wohl der Stadt gearbeitet habe, werde Jeder ein Zeugniß ablegen, der ihm auf diesem Gebiete seiner Thätigkeit nahe getreten sei.

Der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden, in ehrender Anerkennung der Verdienste des Verstorbenen sich von den Sitzen zu erheben, wird von der Versammlung entsprochen.

I. Die hierauf eintretende Neuwahl des Vorsitzenden und eines Stellvertreters desselben fällt wiederum auf die Herren Häusler und Schöttler und wird von beiden Herren mit dem Ausdruck des Dankes für das ihnen bewahrte Vertrauen angenommen.

II. Durch den Abgang des Herrn Graß ist eine Anzahl von Deputationen und Commissionen unvollzählig geworden, von denen das Kirchen- und Stiftungs-Collegium, sowie das Stadtbauamt ohne Aufschub zu ergänzen sind. An Stelle des Herrn Graß werden in jenes Herr Kellner, in dieses Herr Flagg e gewählt.

III. Der nächste Gegenstand der Tagesordnung, Bericht und Berathung über die Stadtkassenrechnungen des Jahres 1868, muß wegen der durch Ausloosung als Geschworener verursachten Abwesenheit des Referenten, Herrn Gravenhorst, nochmals ausfallen.

Es berichtet demnach

IV. namens der Statutencommission der Herr Vorsitzende über den Stadterweiterungsplan, welcher vermöge des bezüglichlichen Statuts einen integrirenden Theil desselben bilden soll, dessen Feststellung aber bisher vorbehalten bleiben mußte, weil die Vorarbeiten des Stadtbaumeisters noch nicht zu Ende gediehen waren. Der inzwischen eingegangene Entwurf dieses Planes enthält nicht nur die seitens der Stadt selbst auszuführenden Regulirungen, sondern auch solche Vorschläge, die dem Publicum zur Nachachtung empfohlen sein sollen. Hinsichtlich der ersteren nun hat die Statutencommission eine Beschränkung auf das Nothwendigste für durchaus geboten gehalten, theils und hauptsächlich aus finanziellen Rücksichten, theils auch deswegen, weil an manchen Stellen durch ein directes Eingreifen der Stadtbehörden etwa später eintretenden veränderten Bedürfnissen möglicherweise nur schädliche Hindernisse bereitet werden könnten. Aus diesen Erwägungen ist der Plan hervorgegangen, wie er jetzt der Versammlung zur Annahme empfohlen wird. Der Herr Vorsitzende geht die einzelnen Theile desselben erläuternd durch und giebt schließlich der Versammlung anheim, sich darüber zu äußern; bzw. Aenderungsvorschläge einzubringen.

Herr Bieweg bekennt, im allgemeinen den Eindruck empfangen zu haben, daß die projectirten Anlagen sehr zweckmäßig seien. Da jedoch die Versammlung sich schwerlich sogleich ein ganz sicheres Urtheil bilden können, auch für wünschenswerth zu halten sei, daß vor endgültiger Feststellung des Planes aus weiteren Kreisen Wünsche und Vorschläge zur Sprache kommen, so wolle er den Antrag stellen, den vorliegenden Plan zunächst vervielfältigen und zur Circulation gelangen zu lassen.

Dem entgegen führen der Herr Vorsitzende und Herr Oberbürgermeister Caspari aus, wie eine solche Veranstaltung nach Ansicht des Magistrates wie der Statutencommission allerdings nicht werde unterbleiben dürfen, wenn der Plan erst bei den städtischen Behörden festgestellt und durch Herzogl. Staatsministerium

genehmigt sei. Schon jetzt aber dieselbe eintreten zu lassen, er scheine weder nöthig noch auch zweckmäßig. Nicht nöthig, weil eben der Plan sich auf die nothwendigsten Grundzüge der Regulirung beschränke, welche einerseits an sich selbst eine Abänderung kaum noch zulassen, andererseits auch die Möglichkeit gewährleisten, auf Einzelnes gerichtete Vorschläge nöthigen Falls immer noch gebührend zu berücksichtigen. Nicht zweckmäßig, weil vor Sicherstellung dieser Grundzüge die öffentliche Discussion eine Menge unmöglicher Projecte auf die Bahn bringen würde, auch der Fall denkbar sei, daß der Plan in der von den städtischen Behörden beliebten Gestalt nicht die Genehmigung des Herzogl. Staatsministerii erlangte, dann aber die immerhin nicht ganz unerheblichen Kosten der Vervielfältigung vergebens aufgewandt wären, und endlich bei längerem Aufschub der Beschlußfassung der Plan nicht, wie es doch sehr zu wünschen, schon bei den auf nächstes Frühjahr bevorstehenden Bauten zu Grunde gelegt werden könnte.

Der Antrag des Herrn **Wie g** wird hiernach von der Versammlung abgelehnt.

Ebenso werden die Anträge

des Herrn **Fl a g g e**:

„zu beschließen, daß die Hundetwete vor dem Petritzhore zu einer Fahrstraße hergerichtet und bis zur Goslar'schen Straße weitergeführt werde“,

sowie des Herrn **S t r u c k**:

„in den Plan eine Verbindung aufzunehmen, welche aus der Gegend des Hasenwinkels mittels einer Brücke über die Oker führend in den die Zellerstraße mit der Masch verbindenden Weg einmündet,

nachdem die Verbreiterung der Hundetwete als in den Plan aufgenommen nachgewiesen, dagegen theils das fehlende Bedürfnis theils die Unthunlichkeit dieser weitergehenden Wünsche von Herrn Oberbürgermeister **C a s p a r i** ausführlich begründet ist,

abgelehnt, hingegen der vorliegende Erweiterungsplan sowohl in seiner Ausdehnung wie in seiner Begrenzung genehmigt.

Nachdem der Herr Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung gebracht hat, daß der Plan auch fernerhin zu Jedermanns Einsichtnahme auf dem Stadthause bereit liegen werde,

auch das Protokoll vom 9. December v. J. genehmigt ist,  
wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung verwilligte die Versammlung eine Anzahl von Steuererlassen.



1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 10. Stücke de 1870  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 2.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 10. Februar 1870.

---

• Abwesend und für entschuldigt gehalten die Herren Gravenhorst, Rimpau, v. Seckendorff, Steinmann.

Nach Genehmigung des Protokolls vom 6. Januar

I. verwilligt die Versammlung, einem Antrage des Magistrats entsprechend, auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden den üblichen Beitrag zu den Kosten der Auswanderung eines gemeindeangehörigen Corrigenden.

Hierauf

II. wird Herrn Neuter zur Begründung eines selbständigen Antrages das Wort erteilt. Redner weist darauf hin, wie in Folge der neuen Gewerbegesetzgebung Theater und Schausstellungen aller Art sich erheblich vermehrt haben und voraussichtlich immer noch vermehren werden, damit aber für Leib und Leben des Publicums Gefahren eintreten, welche zu den ernstlichsten Bedenken Anlaß geben. Denn bekannter Maßen seien die betreffenden Locale für ihren gegenwärtigen Zweck nicht ursprünglich, sondern ganz gelegentlich und meist nur interimistisch eingerichtet, namentlich aber mit einem einzigen Auf- und Eingange versehen. Welche beklagenswerthe Katastrophen in Folge solches Mangels hereinbrechen können, wenn die versammelte Menge einmal durch ausbrechendes Feuer, ja durch einen grundlosen Feuerruf zu übereiltem Ausbruch getrieben werde, sei durch wiederholte Erfahrungen



sattsam erwiesen. Während nun anderer Orten, wie Redner sich durch Anfragen bei 22 verschiedenen Städten überzeugt habe, Sicherheitsmaßregeln, und zum Theil in sehr umfassender Weise, gesetzlich angeordnet seien, befinde Braunschweig sich, wie außerdem nur noch Darmstadt, in der Lage, daß weder die Bauordnung, noch die Feuerlöschordnung dergleichen vorsehe. Unter diesen Umständen trete an die Versammlung die Aufgabe heran, eine Abhülfe des gerügten Mangels in Betracht zu ziehen; und zu diesem Ende wolle Redner damit den Antrag stellen:

daß eine Commission mit Prüfung der Frage beauftragt werde, in welcher Weise das Publikum bei dem Besuche von Theater Vorstellungen und sonstigen Schaustellungen gegen die Gefahren geschützt werden könne; welche ein ausbrechendes Schadenfeuer in seinem Gefolge haben würde.

Der Herr Vorsitzende hält eine möglichst beschleunigte Erledigung dieses allerdings sehr dringlichen Antrags für geboten. Da aber die etwa für zweckdienlich zu erachtenden Vorkehrungen den Unternehmern der fraglichen Etablissements nur im Wege eines Statuts aufzuerlegen seien, und solches der Observanz nach nicht wohl aus der Initiative der Versammlung hervorgehen könne, so werde als das kürzere Verfahren sich empfehlen, den Magistrat ohne Dazwischentunft einer Commission um Einbringung der geeigneten Vorlage zu ersuchen.

In dieser Modification, mit welcher Herr Reuter sich einverstanden erklärt, wird dessen Antrag von der Versammlung genehmigt.

Der Bericht der Finanzcommission über die Stadtkassenrechnungen des Jahres 1868 muß nochmals von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent, Herr Finanzrath Gravenhorst, plötzlich zu einer Verathung in Angelegenheiten des Eisenbahnverkaufs berufen und dadurch nicht nur selbst zu erscheinen, sondern auch ein anderes Mitglied der Commission mit der ihm obliegenden Berichterstattung zu beauftragen verhindert worden ist.

Es berichtet demnach

III. namens der Schulcommission Herr Leo, daß laut eines Magistrats Schreibens vom 4. Februar d. J. der dirigirende Lehrer der untern Bürgerschule süd. Bezirks gebeten hat, in seiner Dienstwohnung unter denselben Bedingungen wie dies sonst im gleichen Falle gewährt wird, Gasbeleuchtung einzurichten und zugleich auch die unentgeltliche Benutzung einer Gasflamme auf seiner Hausflur zu gestatten. Ersterer Antrag, welcher die Uebernahme der zu 64 § 24 ge veranschlagten Zuleitungskosten auf die Stadtkasse gegen die Verpflichtung des Nutznießers zur Anschaffung der Lampen und zur Bezahlung des verbrauchten Gases bedingt, wird seitens des Magistrats zur Genehmigung empfohlen; gegen den zweiten macht der

Magistrat geltend, daß eine Beleuchtung der Hausdiele im Interesse des Publikums sich schwerlich in dem Maße als wünschenswerth herausstellen dürfte, wie es zur Begründung des dahin zielenden Antrages dargestellt sei, die Genehmigung desselben gleiche Anträge auch von anderen Seiten hervorrufen, und überdies endlich zwei Gasuhren nothwendig machen würde, was die Anlage natürlich unverhältnißmäßig vertheuern müßte. Im ersten Punkte dem Magistrate unbedingt beistimmend, glaubt die Commission nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse auch den andern Antrag befürworten zu sollen, zumal die Kosten für eine zweite Gasuhr dadurch zu vermeiden, daß der Antragsteller für jene eine Flamme ebenso wie für alle übrigen zu bezahlen hätte, der muthmaßliche Betrag dieser Kosten aber mit 4  $\text{fl}$  jährlich aus der Stadtkasse ersetzt würde.

Die Versammlung tritt in beiden Stücken den Anträgen der Commission bei.

IV. Zur Instandsetzung der Blyableiter an der Brüdern-, Katharinen-, Magni- und Martinikirche ist von den Stadtverordneten am 27. December 1866 insgesamt die Summe von 620  $\text{fl}$  verwilligt. Da in der Folge beabsichtigt wurde, dieselben bei der Martinikirche längs der Kehlen und der Fallröhren herunterzuführen, hat zu deren gehöriger Herrichtung die Versammlung auf einen Antrag des Magistrats vom 4. Juni 1868 weitere 340  $\text{fl}$  auch für den Fall ausgesetzt, daß ein nochmals einzuholendes Gutachten Sachverständiger jenes Verfahren als unzweckmäßig erkennen sollte. In der That ist dann auf Rath des Herrn Professor Weber davon Abstand genommen und die Herstellung besonderer Blyableiter beschlossen, überdies aber bei der Ausführung durch mehrere unvorhergesehene Umstände und namentlich dadurch, daß statt der projectirten dünneren Kupferdrähte runde Eisenstangen von  $\frac{3}{8}$ " Durchmesser und  $2\frac{1}{2}$ " breite und  $\frac{1}{16}$ " starke Kupferbleche zur Anwendung gebracht, auch die Erdleitungen bis auf den tiefsten Stand des Grundwassers hinabgeführt sind, der ursprünglich veranschlagte Kostenbetrag auf 1435  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  10  $\text{A}$  gestiegen. Der Magistrat hält diese Ueberschreitung für hinlänglich gerechtfertigt und giebt demnach in einem Schreiben vom 9. Januar d. J. der Versammlung anheim, die Mehrverwendung von 812  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  10  $\text{A}$  nachträglich zu genehmigen.

Durch die Finanzcommission, für welche Herr Graf v. Görz-Wrisberg berichtet, einwandlos empfohlen, wird die beantragte Genehmigung seitens der Versammlung ausgesprochen,

nachdem eine Anfrage Herrn Biewegs: aus welchen Gründen nach dem ersten Gutachten des Herrn Prof. Wiedemann noch das des Herrn Prof. Weber eingeholt und letztem der Vorzug gegeben sei?

durch Herrn Oberbürgermeister Caspari dahin beantwortet ist, daß dies

Verfahren durch den schon erwähnten Beschluß der Versammlung vorgezeichnet gewesen, übrigens aber das Bedenken des Herrn Prof. Weber (der Prof. Wiedemann sei inzwischen von hier abgegangen gewesen) durch andere Sachverständige lediglich bestätigt worden sei.

Ferner

V. einem vom 9. v. M. datirten Antrage des Magistrats entsprechend, verwilligt die Versammlung auf den Bericht des Herrn Leo als Referenten der Schulcommission eine Zulage von 20  $\text{fl}$  jährlich für jeden der beiden Seminaristen, welche mit einer Jahresremuneration von je 160  $\text{fl}$  als Hilfslehrer angestellt sind;

worauf

VI. der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission über Vorschläge des Magistrats hinsichtlich der Ausdehnung der Baugrundeigenschaft auf gewisse Gebiete außerhalb der Umflutgräben berichtet.

Gestützt auf § 3 der Feld- und Gartenordnung vom 15. April v. J., vermöge dessen Feld- und Gartenländereien, wenn dies dem öffentlichen Interesse entspricht, zu Baugrund erklärt werden können, sind beim Magistrate bald nach Erlass jenes Statuts von verschiedenen Grundbesitzern aus allen Theilen der Feldmark dahin zielende Anträge zu Gunsten einzelner Parzellen eingegangen. Eine Entscheidung nach diesen mannigfaltigen Einzelinteressen zu treffen, hat der Magistrat um so weniger für angemessen erachtet, als auf diesem Wege die Angelegenheit nie zu einem festen Abschluß gelangen würde; vielmehr ist als allein sachgemäß erschienen, dieselbe durch allgemeinere Bestimmungen in eins zu erledigen. Ueber die zweckmäßige Ausdehnung derartiger Bestimmungen sind zunächst der Stadtbaumeister, die Vorsitzenden sämmtlicher Verwaltungsdeputationen der städtischen Feldmarken und der Gartengeschworene Ohms gehört worden, deren Gutachten dann aber weit auseinander gegangen. Während nämlich der Gartengeschworene jede etwa mögliche Beeinträchtigung Einzelner vermieden und darum die bestehenden Verhältnisse beibehalten zu sehen wünscht, der Stadtbaumeister dagegen das laut gewordene Bedürfnis bis zu einem gewissen Grade zu berücksichtigen empfiehlt, haben die Vertreter der Feldmarksinteressentenschaften sich für die uneingeschränkte Erweiterung des Baugrundes selbst über die Grenzen hinaus ausgesprochen, welche bei der gegenwärtigen Sachlage als ausreichend zu betrachten sein dürfen. Seinerseits ist nun der Magistrat zu der Ueberzeugung gelangt, daß die erste dieser drei Meinungen bei dem stets fortschreitenden Hinausrücken der Anbauten nicht aufrecht zu erhalten ist, daß auch die Vorschläge des Stadtbaumeisters nicht weit genug gehen, dem öffentlichen Interesse aber die der Verwaltungsdeputationen, wenn auch hie und da mit einigen

Einschränkungen, am meisten entsprechen dürften. Die hiernach formulirten Vorschläge des Magistrats beziehen sich theils auf abgerundete Terraincomplexe, theils auf Terrainstreifen, welche darüber hinaus sich längs gewisser Wege erstrecken sollen, und zwar in einer Breite von 16 Ruthen, oder falls die Tiefe der betreffenden Grundstücke geringer ist, um so viel schmaler. Es wird nämlich empfohlen, die Baugrunde-eigenschaft auszudehnen

1. in der Neupetrithors-Feldmark auf alles Terrain zwischen dem Maschplatz, dem Maschgarten und dem am Lööbeckeschen Garten von der Celler Straße zur Masch führenden Fahrwege einerseits, der Celler Straße und der Stadt andererseits; ferner in der vorerwähnten Einschränkung auf die im Großen Glende westlich der Celler, südlich der Hildesheimer Straße und zu beiden Seiten des Weges durch die Neue Weide sowie der Hundetwete belegenen Grundstücke;

2. in der Altpetrithors-Feldmark auf das zusammenhängende Terrain zwischen den die Grenze gegen die Neupetrithors-Feldmark bildenden Wegen, der Goslarischen Straße, der Avenue am Hohenthore und dem äußern Umslutgrab; in der Breite von 16 Ruthen oder weniger auf die Grundstücke an der Westseite der Goslarischen Straße, sowie zu beiden Seiten des Madamenweges und des Bruderstieges;

3. in der Hohenthors-Feldmark auf das ganze Terrain zwischen der Goslarischen Straße, der Avenue am Hohenthore und dem äußern Umslutgrab, desgleichen auf dasjenige, welches, zwischen dem Hohen- und Wilhelmithore belegen, westlich durch die Goslarische, östlich durch die Frankfurter Straße und die Avenue am Wilhelmithore, nördlich von dem äußern Umslutgrab begrenzt wird; in der angegebenen Beschränkung auf die Grundstücke an der Westseite der Goslarischen Straße, sowie zu beiden Seiten des Madamenweges und der Kuhtrift (jetzigen Kreuzstraße);

4. in der Wilhelmithors-Feldmark auf das ganze Terrain zwischen der Goslarischen Straße, der Frankfurter Straße, der Hannoverschen Bahn, der Helmstedter Bahn, der Verbindungsbahn zwischen beiden und der Oker einerseits, dem Umslutgrab andererseits; in der Breite von 16 Ruthen oder weniger auf die Grundstücke an der Westseite der Frankfurter Straße und zu beiden Seiten der durch den Piepenstieg, die Rothe Wiese, die Mönchweiden und die Käsehorst führenden Wege;

5. in der Altenwieker Feldmark zwischen dem August- und dem Steinhore auf das gesammte Terrain, welches westlich durch die Oker, südlich durch die Helmstedter Bahn, östlich durch die Feldmarksgrenze, nördlich durch die Kastanienallee und die Helmstedter Straße begrenzt wird; zwischen dem Stein- und Fallerseleberthor auf die Fläche nördlich der Kastanienallee und der Helmstedter Straße, westlich des Fahrwegs hinter dem Giersberge, südlich der Feldmarksgrenze und öst-

lich des Umfluthgrabens; in der bewußten Breite auf die Grundstücke an der Nordseite der Kastanienallee längs deren Fortsetzung bis zum Austritt aus der Feldmark, sowie an der Ostseite des Fahrweges hinter dem Giersberge;

6. endlich in der Högner-Feldmark zwischen dem Stein- und dem Fallerleber-Thore auf die Fläche, welche im Süden durch die Feldmarksgrenze, im Osten durch die Fortsetzung des Fahrweges hinter dem Giersberge, im Norden durch den Gliesmaroder Fußweg und die Gliesmaroder Straße, im Westen durch den Umfluthgraben eingeschlossen ist; zwischen dem Fallerleber- und dem Wendenthore auf den erst südlich und östlich durch die Gliesmaroder Straße, dann abermals südlich durch den Gliesmaroder Fußweg, östlich durch den von diesem zur Gliesmaroder Straße noch herzustellenden Verbindungsweg und durch die Draesewihsstraße, nördlich durch den Bültenweg, den Fahrweg an der Nordseite des Kleinen Exercierplatzes, die Hamburger Straße und der Weg an der Südseite des Andreaskirchhofs, westlich durch den Fahrweg an der Ostseite der Wiesen und die Oker begrenzten Raum; in der Breite von 16 Ruthen oder weniger auf die Grundstücke zu beiden Seiten der Gliesmaroder Straße und des Gliesmaroder Fußweges, soweit dieselben in der städtischen Feldmark sich hinaus erstrecken, an der Ostseite der Draesewihsstraße, zu beiden Seiten des Bültenweges auf der Strecke bis zum Bülten, an der Nordseite der Straße hinter dem Kleinen Exercierplatze, und zu beiden Seiten der Hamburger Straße.

Diese Vorschläge, welche durch einen vorgelegten colorirten Plan der Umgebung der Stadt verdeutlicht sind, werden als durchaus zweckmäßig und der Sachlage entsprechend auch seitens der Commission zur Genehmigung empfohlen.

Zur Discussion giebt nur das Maß der Einschränkung des an gewissen Wegen weiter hinaus ziehenden Baugrundes Anlaß, indem

Herr Struck, in der Befürchtung, daß die Eigenthümer der betreffenden Grundstücke es unter Umständen als eine Schädigung empfinden könnten, wenn sie bei Anbauten an eine Tiefe von nur 16 Ruthen gebunden wären, den Antrag stellt, dieselbe bis zu 20 Ruthen auszudehnen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat keinen Grund sehen werde, gegen diesen Antrag Einsprache zu erheben, ob schon allerdings das Maß von 16 Ruthen auf Grund der übereinstimmenden Vorschläge sämmtlicher Interessentenschafts-Deputationen aufgestellt und ohne Zweifel in den allermeisten Fällen genügen dürfte.

Herr Flagge ist im ganzen ebenfalls dieser Ansicht, glaubt jedoch, daß möglicher Weise bei Fabrikanlagen eine größere Tiefe erwünscht sein könnte.

Nachdem aber von mehreren Seiten darauf hingewiesen ist, daß das vorliegende Statut die für derlei Anlagen fast ausschließlich in Betracht kommenden Gebietstheile ohne jede Einschränkung zu Baugrund erklärt,

werden von der Versammlung Herrn Strucks Antrag abgelehnt, die Vorschläge des Magistrats hingegen ohne Aenderung genehmigt.

Hierauf endlich

VII. berichtet namens der Statutencommission Herr Graf v. Görz-Wrisberg über einen Antrag des Feuerlösch-Directoriums, welcher dahin geht, daß zur Ausrüstung einer vierten aus Mitgliedern des Rettungsvereins zu bildenden Spritzenabtheilung die Summe von 205  $\text{fl. 12 gr. 6 Sch.}$  außerordentlich verwilligt werde. Der Magistrat hält diese Maßregel für sehr wünschenswerth, den Rettungsverein bei dem hiernach bleibenden Bestande von 35 Mitgliedern seiner Aufgabe immer noch für gewachsen, auch den veranschlagten Ausrüstungsbedarf für richtig bemessen, und giebt demnach in einem Schreiben vom 7. d. M. anheim, den angeforderten Betrag aus der Stadtcasse zu verwilligen — ein Antrag, welchem die Commission sich lediglich anschließt.

Herr Keltner, welcher die Befürchtung äußert, es möchte diese an sich allerdings sehr zweckmäßige Einrichtung die Zahl der Retter zu sehr vermindern,

wird durch Herrn Reuter erwidert, daß dieselbe durch den Rettungsverein selbst angeregt worden, und bei der gegenwärtigen Organisation des Löschwesens in den meisten Fällen die Hilfe so rasch zur Hand sei, daß das Rettercorps überall nicht zur Verwendung komme, schlimmsten Falls aber jede beliebige Spritzenabtheilung als Retter in Thätigkeit treten könne.

Herr Reidemeister führt aus, wie nach allgemein anerkannter Erfahrung im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen selbst zu wünschen, daß die Retter nicht eher Hand anlegen, als bis alle Löschversuche erschöpft seien, für letztere also zweckmäßiger Weise soviel Kräfte als irgend möglich disponibel gehalten werden müssen.

Die beantragte Verwilligung wird hiernach von der Versammlung ausgesprochen.

Die Berathung über einen Antrag des Magistrats in Betreff der Handwerker-Fortbildungsschule wird ebenfalls von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, da das in dieser Angelegenheit entworfene Statut noch einer Vorberathung durch die seitens des Bürgervereins dazu eingesetzte Commission zu unterliegen hat.

Nachdem

Herr Solmiz der Versammlung angezeigt, daß die Rechnungen der städtischen Gas- und Wasserwerke aus dem Jahre 18<sup>68</sup>/<sub>69</sub> von der Verwaltungs-Deputation geprüft und richtig befunden sind,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurden mehrere Gesuche um Ertheilung des Wohnortrechts und zwei Anträge auf Steuererlaß genehmigt.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 10. März 1870.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Häusler, Kloss, Overbeck, Peters, Rimpau, v. Seckendorf, Vieweg.

Die Sitzung wird in Abwesenheit des Herrn Vorsitzenden durch dessen Stellvertreter, Herrn Schöttler, eröffnet.

Nachdem die Versammlung das Protokoll vom 10. Februar genehmigt und

I. einem Antrage des Magistrats entsprechend auf den Bericht des stellvertretenden Herrn Vorsitzenden einen Zuschuß von 25  $\text{fl}$  zu den Kosten der Auswanderung eines gemeindeangehörigen Corrigenden bewilligt hat,

II. berichtet namens der Finanzcommission Herr Reidemeister über einen vom 17. Februar datirten Antrag des Magistrats auf Betheiligung der Stadt an der Actiengesellschaft für den Bau von Arbeiterwohnungen.

Zusolge eines Beschlusses vom 21. December 1865 war von der Versammlung an den Magistrat das Ersuchen gerichtet: in Betracht zu ziehen, ob und in wie weit die städtischen Behörden mit städtischen Mitteln den auch in hiesiger Stadt schon seit längerer Zeit empfindlich fühlbar gewordenen Mangel an gefunden und billigen Arbeiterwohnungen beseitigen oder doch mildern könnten, und ob zu diesem



Ende nicht namentlich bei planmäßiger Erweiterung der Stadt die Erwerbung und angemessene Bebauung geeigneter Grundstücke ins Auge zu fassen wäre. Die zur Vorprüfung dieser Fragen eingesetzte Commission hat jedoch einen Bericht nicht erstattet, weil sie alsbald zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Durchführung eines solchen Planes, wenn dem obwaltenden Bedürfnisse auch nur einigermaßen genügt werden sollte, sehr beträchtliche Ausgaben verursachen müßte, deren Uebernahme auf die Stadtcasse um so weniger gerechtfertigt erschien, als derartige Unternehmungen zunächst in den Bereich der Privatindustrie fallen, diese aber durch ein Eingreifen der Stadt, wie es durch jenen Beschluß angeregt war, in ihrer Entwicklung nur gehemmt worden wäre. Inzwischen hat der hier bestehende Verein für das Wohl der arbeitenden Klasse den Plan ins Auge gefaßt, die vorbezeichnete Aufgabe im Wege eines Actienunternehmens zu lösen; und obwohl die Betheiligung des Publicums in dem gehofften Maße bisher nicht zu erzielen gewesen, vielmehr von der anfangs für erforderlich gehaltenen Summe von 50,000  $\text{₡}$  nur erst ein Viertel gezeichnet ist, so sind dennoch im Februar d. J. mehrere hiesige Einwohner zur Gründung einer Actiengesellschaft geschritten, welche mit den beabsichtigten Bauten demnächst beginnen wird, in der Hoffnung, am besten durch einen gelungenen Anfang Zweck und Nutzen des Unternehmens anschaulich machen und in weiteren Kreisen Theilnahme dafür erwecken zu können. Von dieser Seite ist nun der Wunsch zu erkennen gegeben, daß auch die Stadt mit einer angemessenen Summe sich betheiligen möge. Da dem die Bedenken, welche sich gegen das von der Versammlung angeregte selbständige Vorgehen der Stadt erheben mußten, nicht entgegenstehen, und ein pecuniärer Verlust dabei in keiner Weise zu befürchten ist, während andererseits die Stadt an dem Zustandekommen des Projectes ein unleugbares Interesse hat: so glaubt der Magistrat jenen Antrag befürworten zu können. Um jedoch jedem Scheine einer ungerechtfertigten Verfügung über die Steuern der Gemeindegossen vorzubeugen, hält der Magistrat für angemessen, den zu zeichnenden Betrag nicht aus der Stadtcasse, sondern von den Ueberschüssen der polizeilichen Abgabe für Hunde zu entnehmen, welche nach § 13 des Statuts vom 14. December 1853 gerade zu gemeinnützigen, im städtischen Etat nicht vorgesehenen und namentlich zum Besten der ärmeren Klassen dienenden Zwecken verwandt werden sollen, am Ende vorigen Jahres 4800  $\text{₡}$  betrugen und zu nur 3 % bei der Stadtcasse belegt sind. Demnach giebt der Magistrat anheim:

die Versammlung wolle sich einverstanden erklären, daß die Stadt bei dem fraglichen Actienunternehmen, sobald die Gesellschaft constituirt und genehmigt sein wird, sich mit einem in der bezeichneten Weise flüssig zu machenden Capitale von 2000  $\text{₡}$  betheilige.

Die Commission ist ebenfalls der Ansicht, daß eine Verwendung für Zwecke,

deren Gemeinnützigkeit so evident ist, wie in dem vorliegenden Falle, und da vollends es sich darum handelt, mit der materiellen Unterstützung zugleich moralisch für dieselben einzutreten, selbst dann nicht dürfte abgelehnt werden, wenn durch eine solche Anlage etwa keine Rente zu erzielen wäre. Da nun aber nach allem, was vorliege, auch diese Eventualität mit höchster Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen erscheine, so würde ein Einwand gegen den Magistratsantrag überall nicht erfindlich sein, und könne diesen die Commission demnach nur zur Annahme empfehlen.

Zu näherer Orientirung theilt der Herr Vorsitzende mit, daß die Gesellschaft ihre Bauten zunächst auf einem Grundstücke an der Kasernenstraße beginnen wird, welches zu diesem Behuf der Herr Hoffseilermeister Halle auf seine eigene Gefahr erworben hat. Allerdings sei dasselbe den Gegenden, wo die Mehrzahl der Fabrikarbeiter ihre Beschäftigung finde, ziemlich entlegen. Wenn aber aus diesem Grunde einige von den früheren Teilnehmern der Gesellschaft ihre Zeichnungen reducirt haben, andere ganz zurückgetreten seien, so müsse Redner seinerseits es für gleichgültig halten, wo dieser Anfang gemacht werde, da es doch nicht zweckmäßig sein würde, eine große Anzahl solcher Wohnungen auf einem Flecke zu errichten oder gar Arbeitercolonieen anzulegen, gegen die bei den Arbeitern selbst eine starke und keineswegs unberechtigte Abneigung Platz gegriffen habe.

Für den Antrag sprechen sich ferner die Herren Graf v. Görz-Brisberg, Nothdurft und Gravenhorst aus, indem sie betonen, daß die Mitwirkung zur Abhilfe eines Nothstandes, unter welchem eine beträchtliche Anzahl Gemeindengenossen schwer leidet, unter allen Umständen als eine Pflicht der Stadt zu erkennen sei, überdies aber, da die Gesellschaft für 15,000  $\text{₰}$  zwanzig Wohnungen zum Miethpreise von vielleicht 40  $\text{₰}$  jährlich herstellen werde, eine billige Verzinsung der so angelegten Capitalien hinlänglich gesichert erscheine.

Herr Rischbieter ist von den segensvollen Wirkungen des Unternehmens ebenfalls überzeugt; nach den Ergebnissen jedoch, welche bei gleich guten Ausichten die Geschäfte der hiesigen Verschönerungsgesellschaft geliefert haben, vermag er zu der aufgestellten Rentabilitätsberechnung kein rechtes Vertrauen zu fassen und glaubt daher, von der vorgeschlagenen Betheiligung abrathen zu sollen.

Dem gegenüber führt der Herr Oberbürgermeister Caspari aus, wie einmal in dem angezogenen Beispiel es sich um Bauten gehandelt habe, bei denen zufolge ihres eigentlichen Zweckes in erster Linie architektonische Schönheit, dann erst die Nupbarkeit in Betracht gekommen sei, während umgekehrt diesmal grade letztere durch den ganzen Charakter des Unternehmens gesichert werde. Sodann: wenn man für ein öffentliches Interesse Privaten Opfer zumuthen wolle, so werde es doch nur billig sein, seitens der Stadt mindestens gleiche Bereitwilligkeit zu zeigen. Dürfe man aber endlich städtische Mittel im gewöhnlichen Laufe der Dinge aller-

dinge nicht der Gefahr aussetzen; verloren zu gehen oder keine Rente zu tragen, so werde doch, unter Verhältnissen, wie die hier obwaltenden, welche durch eine völlig neue Entwicklung der Stadt hereingeführt worden, von dem Ueblichen abzu-  
sehen sein, wenn damit ein so erheblicher Nutzen gestiftet werden könne, wie er nach den anderwärts gesammelten Erfahrungen von dem in Rede stehenden Projekte mit Sicherheit zu erwarten.

Nachdem die Herren Bräß und Flaggé diesen Nutzen im einzelnen geschildert haben,

wird der Antrag des Magistrats von der Versammlung genehmigt.

III. Der hiesige Handwerkersverein, welchem bereits im verfloffenen Jahre zur Anschaffung von Zeichenvorlagen ein Beitrag von 50  $\mathfrak{f}$  aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde verwilligt war, ist abermals um einen Zuschuß gekommen mit dem Nachweis, daß die Betheiligung an den durch ihn veranstalteten Unterrichtsstunden stetig zunimmt, und hierdurch eine Vermehrung seiner Lehrmittel nöthig gemacht wird, zu der die eigenen Mittel des Vereins nicht ausreichen. Da das Gedeihen desselben in jedem Betracht für sehr wünschenswerth gehalten wird, sein Bestehen aber sehr gefährdet sein würde, wenn die Beiträge seiner Mitglieder erhöht werden müßten, so ergeht an die Versammlung seitens des Magistrats der Antrag,

zu genehmigen, daß für die gedachten Zwecke nochmals eine Beihilfe von 50  $\mathfrak{f}$  aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde gewährt werde.

Durch die Finanzcommission, für welche Herr Jasper berichtet, empfohlen, und nachdem Herr Quenstedt auf den wohlthätigen Einfluß hingewiesen hat, welchen der Verein namentlich auf die jüngere Generation des Handwerkerstandes ausübt,

wird die beantragte Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

Sodann

IV. trägt Herr Graf v. Görk-Brisberg als Referent der Finanzcommission Folgendes vor.

Wie bekannt, seien die Räumlichkeiten des Stadthauses für die Bedürfnisse der städtischen Verwaltung seit geraumer Zeit nicht mehr ausreichend, weswegen denn der Magistrat schon vor mehreren Jahren die Möglichkeit einer Erweiterung derselben in Erwägung gezogen habe. Ein von dem Stadtbaumeister ausgearbeiteter Plan, die westlichen Nebengebäude auszubauen, sei indessen aufgegeben worden, weil damit, bei einem Kostenaufwande von 8000—9000  $\mathfrak{f}$  und mancherlei In-

convenienzen, doch auf die Dauer keine Genüge zu schaffen schien. Jetzt nun, bietet sich die Gelegenheit, das am Wilhelmsplaze belegene, dem Gutsbesitzer v. Krause-Bendeleben gehörige Nachbarhaus für den Preis von 16,000  $\mathfrak{M}$  zu erstehen, welches, von gleicher Etage- und Dachhöhe wie das Stadthaus, mit diesem leicht in Verbindung gesetzt und nach einem Anschlage des Stadtbaumeisters mit einem Aufwande von 2000  $\mathfrak{M}$  zweckgemäß hergerichtet werden kann. Da der Magistrat vorläufig nur das Erdgeschoß in Gebrauch zu nehmen brauchte, das zweite Stockwerk also bis auf weiteres durch Vermietung nutzbar zu machen wäre, so würde der Ankauf dieses Hauses nicht nur die bequemste, sondern auch die billigste Auskunft sein, und fordere demnach der Magistrat in einem Schreiben vom 5. d. Mts. die Versammlung auf, denselben zu genehmigen: — ein Antrag, den die Commission, alles erwogen, sich leblich anschließen mußte.

Der Herr Vorsitzende glaubt den proponirten Kauf, abgesehen von allem Uebrigen, auch deswegen dringend empfehlen zu müssen, weil der Preis ein sehr billiger.

Herr Rischbieter, welcher dies in dem Maße wie der Herr Vorsitzende nicht für begründet hält, stellt die Frage, ob nicht Aussicht sei, von jener Forderung abdingen zu können.

Nachdem hierauf der Herr Oberbürgermeister die Mittheilung gemacht hat, daß nach ausdrücklicher Erklärung des Herrn v. Krause mit 16,000  $\mathfrak{M}$  nur bezahlt werde, was ihm selbst das Haus in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit gekostet habe, hierauf aber unter allen Umständen werde bestanden werden,

wird der Ankauf des fraglichen Hauses von der Versammlung genehmigt.

V. Auf den von Herrn Gravenhorst erstatteten Bericht der Finanzcommission verwilligt die Versammlung nachträglich die Summe von 83  $\mathfrak{M}$  7  $\mathfrak{S}$  3  $\mathfrak{D}$  für gewisse Vorrichtungen, welche laut eines Magistratschreibens vom 24. v. M. bei Uebnahme der zu städtischen Schulzwecken ermietheten Gebäude des vormaligen Catharineums zu treffen gewesen sind.

VI. Herr Leo berichtet namens der Schulcommission, daß der Inspector Schünemann bei einem Alter von 77 Jahren und nach mehr als fünfzigjähriger Dienstzeit nunmehr um seine Pensionirung nachgesucht und diese der Schulvorstand in Anerkennung der von dem Petenten selbst vorgebrachten Gründe dringend befürwortet hat. Außer einem baaren Gehalte von 700  $\mathfrak{M}$  jährlich, welcher ihm nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen als Pension zu belassen ist, genießt der Inspector Schünemann eine freie Dienstwohnung zu dem angenommenen Nugwerthe von 100  $\mathfrak{M}$ . Da nun in dem Reglement vom 22. December 1864 ausdrücklich

gesagt ist, daß die Inspectoren an den mittleren Bürgerschulen nebst freier Wohnung einen bestimmten festen Gehalt empfangen sollen, so erscheint es dem Magistrate als unzweifelhaft, daß die Wohnung als ein Theil des Gehaltes betrachtet und demnach bei der Pensionirung in Anrechnung gebracht werden muß. Der Magistrat giebt also in einem Schreiben vom 1. d. M. anheim,

den Schulinspector Schönemann vom 1. October d. J. ab mit einer jährlichen Pension von 800  $\text{§}$  in den Ruhestand zu setzen.

Durch die Schulcommission dringend empfohlen, wird dies ohne Discussion auch von der Versammlung genehmigt.

VII. Desgleichen wird nach einem Magistratschreiben vom 1. d. Mts. die Pensionirung des Lehrers Gramm wegen einer Schwerhörigkeit, mit der dieser seit einiger Zeit behaftet ist, von ihm selbst beantragt und durch den Schuldirector zur Genehmigung empfohlen. Mit dem Bemerken, daß Petent bei viersigjähriger Dienstzeit und dem jährlichen Gehalte von 600  $\text{§}$  eine Pension von 515  $\text{§}$  zu beanspruchen hat, schließt sich der Magistrat diesem Antrage an, welcher auf den Bericht des Herrn Leo als Referenten der Finanzcommission auch seitens der Versammlung angenommen wird.

Einer Aufforderung des Herrn Vorsitzenden folgend, erhebt sich, zum Zeichen ehrender Anerkennung der langjährigen treuen und erfolgreichen Dienste, welche Beide, der Inspector Schönemann und der Lehrer Gramm, für die Bildung der städtischen Jugend geleistet haben, die Versammlung von ihren Sitzen.

VIII. Ferner berichtet namens der Schulcommission Herr Leo, daß durch Pensionirung der Industrielehrerin Wilhelmine Franke, welche 1804 durch Herzog Karl Wilhelm Ferdinand angestellt war und demnach wie früher ihre Remuneration so nunmehr auch ihren Ruhegehalt aus der Klosterkasse bezieht, an der untern Bürgerschule westl. Bez. vier Unterrichtsstunden wöchentlich erledigt sind, und demzufolge der Schuldirector die Anstellung einer neuen Industrielehrerin beantragt hat, welche, auf Kündigung angestellt, nach dem bisher befolgten Maßstabe eine jährliche Remuneration von 40  $\text{§}$  erhalten müsse. Diese inskünftige auf die Stadtkasse zu übernehmen, beantragt der Magistrat in einem Schreiben vom 1. d. M., und erklärt damit die Versammlung sich einverstanden.

IX. Desgleichen trägt Herr Leo namens der Schulcommission vor, wie nach Anzeige des Schuldirectors die Lehrer und Lehrerinnen der höheren Töchter Schule seit der Einrichtung einiger Parallellklassen dermaßen mit Unterrichts- und Aufsichtsstunden belastet sind, daß bei Behinderung des einen oder der anderen die Vacanz

nicht zu decken ist, sondern nichts übrig bleibt, als die Stunde ausfallen zu lassen. Dem hierauf gegründeten Antrage des Schuldirectors, noch eine Lehrerin mit einem Gehalte von 200  $\mathfrak{R}$  jährlich anzustellen, ist der Schulvorstand beigetreten, und auch der Magistrat erkennt laut eines Schreibens vom 5. d. M. die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel um so mehr an, als die Arbeitslast namentlich der Lehrerinnen, deren jede wöchentlich nicht weniger als 32 Unterrichts- und Aufsichtsstunden zu versehen hat, sehr wünschenswerth erscheint.

Ebenso seitens der Commission empfohlen, wird vorgeschlagener Maßen die Anstellung einer neuen Lehrerin für die höhere Töchter Schule von der Versammlung genehmigt.

X. Laut eines weitem Magistratschreibens vom 5. d. M. ist Ostern d. J. in der untern Bürgerschule südlichen Bezirks eine Zunahme der vierten Mädchen- und Knabenklasse bis zu der Zahl von 107 Schülern und 110 Schülerinnen zu erwarten. Da ein gemeinsamer Unterricht dieser Menge nicht möglich sein würde, so schlägt der Schuldirector vor, bis zur Vollendung der im Bau begriffenen neuen Schule eine combinirte vierte Knaben- und Mädchenklasse in dem Gebäude der vor- maligen Katharinen-Schreibschule einzurichten. Der Magistrat sieht ebenfalls keinen andern Ausweg, hält bei dem Alter der in Frage stehenden Kindern deren Vereinigung in einer Klasse für unbedenklich, und giebt demnach der Versammlung anheim, die vorgeschlagene Maßregel zu genehmigen und zugleich sich einverstanden zu erklären, daß zur ersten Einrichtung der neuen Klasse die Summe von 20  $\mathfrak{R}$  verwandt und ein neuer Lehrer für dieselbe mit einem jährlichen Gehalte von 300  $\mathfrak{R}$  angestellt werde.

In Uebereinstimmung mit der Schulcommission, für welche wiederum Herr Leo berichtet, beschließt die Versammlung den Anträgen gemäß,

nachdem auf die Frage des Herrn Grafen v. Görg-Brissberg der Herr Oberbürgermeister Caspari die Erklärung abgegeben hat, daß der für diesmal beabsichtigte gemeinsame Unterricht der beiden Geschlechter nur als ein provisorischer Nothbehelf zu gelten habe, bei definitiver Bildung neuer Gemeindeschulen hingegen nach wie vor die Geschlechter getrennt bleiben sollen.

XI. Wie der Magistrat in einem Schreiben vom 5. d. M. anzeigt, hat Herzogliches Haupt-Steueramt den Vertrag vom 19. Januar 1859, kraft dessen ihm für eine jährliche Miete von 200  $\mathfrak{R}$  die Gewölbe am Autors Hofe überlassen sind, auf den 1. Januar 1871 gekündigt. Dieselben unmittelbar an Messieranten zu vermietthen, scheint aus mehrfachen Rücksichten unthunlich; der Magistrat ist daher mit dem Pächter des Altstadtrathhauses in Unterhandlung getreten, und hat sich

dieser zur Uebernahme sämmtlicher Gewölbe gegen eine jährliche Pacht von 100  $\mathfrak{R}$ , einschließlich der 10  $\mathfrak{R}$  für das Gewölbe N 25, welches er bereits in Gebrauch hat, bereit finden lassen. Trotz der hiernach für die Stadtkasse eintretenden Einbuße von 110  $\mathfrak{R}$  jährlich glaubt der Magistrat doch auf diese Offerte eingehen zu müssen, da ein anderer Bewerber nicht aufgetreten ist, und überdies eine stete Verminderung der Einnahme aus den Messgewölben zu erwarten steht. Der Versammlung wird demgemäß anheimgegeben, einem entsprechenden Contracte und zwar für die Dauer des wegen des Altstadtrathshauses bestehenden Miethvertrages ihre Zustimmung zu erteilen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Solmitz berichtet, spricht die Versammlung ihr Einverständnis aus.

### Schließlich

XII. berichtet für die Finanzcommission Herr Gravenhorst über die der Versammlung mit einem Schreiben des Magistrats vom 30. October v. Js. zugegangenen Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts im Jahre 1868. Die Commission hat zu Ausstellungen keinen Anlaß gefunden, da die stattgehabten Ueberschreitungen der Ansätze des Voranschlags entweder durch Nachverwilligungen bereits gutgeheißen, oder aber an solchen Punkten eingetreten sind, wo der Natur der Sache nach der festgesetzte Etat nur approximativ sein konnte. Demnach giebt die Commission der Versammlung anheim, dem Magistrat wegen der Rechnungsführung Decharge zu erteilen.

Die Forderung des Capitalfonds an den Betriebsfonds ist im Jahre 1868 um 6575  $\mathfrak{R}$  und somit auf 21,415  $\mathfrak{R}$  25  $\mathfrak{g}$  gestiegen, Allerdings sind gleichzeitig Schulden zum Belaufe von 43,200  $\mathfrak{R}$  abgetragen, während nur 12,400  $\mathfrak{R}$  aufs neue angeliehen sind. Da indeß diese größtentheils auf Anlagen verwendet, die, wie der Neubau von Schulen, keine eigentliche Rente tragen, so beantragt der Magistrat, daß die Forderung des Capitalfonds dennoch zu obigem vollen Betrage in der Rechnung fortgeführt, von der Berichtigung jedoch vorläufig noch abgesehen werde.

Die Finanzcommission tritt diesem Antrage bei, welcher hierauf ebenso wie die Dechargeertheilung von der Versammlung genehmigt wird.

Damit schließen die öffentlichen Verhandlungen.

In vertraulicher Sitzung wurde ein Gesuch um Ertheilung des Wohnortrechts erledigt.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 28. April 1870.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren: Kellner, Knoll, Rischbieter, Solmiz und Vieweg.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt der Herr Vorsitzende der Versammlung an, daß zufolge einer Mittheilung des Magistrates an Stelle des verstorbenen Herrn Grafs der Kaufmann Herr Wilh. Götte zum Stadtverordneten gewählt ist.

Derselbe ist anwesend und wird von dem Herrn Vorsitzenden willkommen geheißen und ersucht, an den Arbeiten der Versammlung theilnehmen zu wollen.

Den eingegangenen Entwurf eines Statutes, die Einrichtung einer Gewerbeschule betreffend, überweist der Herr Vorsitzende an die Statutencommission mit dem Vorbehalt, demnächst auch die Schulcommission um ihre Mitwirkung bei den Beratungen zu ersuchen.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende mit, daß eine Sitzung der Commission für Herstellung der Okeranäle stattgefunden hat, in welcher ein bezügliches Project des Ingenieurs Mitgau zur Vorlage gekommen und der Beschluß gefaßt worden ist, dasselbe in autographischer Vervielfältigung zur Kenntniß der Versammlung zu bringen und gleichzeitig den Baurath Hobrecht in Stettin zur Begutachtung aufzufordern.

Von den seit Hintritt des Herrn Grafs unvollzählig gebliebenenen Commissionen wird die für Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts durch Zuziehung



des Herrn Götte ergänzt. In die Commission für Canalisirung der Oker tritt der Nachfolger des Herrn Graß in der Baudeputation, Herr Flügge, ein.

Nachdem hierauf das Protocoll vom 10. März genehmigt ist,

I. berichtet namens der Finanzcommission Herr Reidemeister, daß laut eines Magistratschreibens vom 21. v. M., der Hôtelbesitzer Herr Christ. Schrader hieselbst um eine Subvention zu dem von ihm beabsichtigten Um- und Ausbau des Neuen Hofes eingekommen ist. Derselbe beabsichtigt nämlich, das Haus an der Gördelingerstraße von Grund aus neu aufzuführen, das an der Breitenstraße einer Restauration zu unterwerfen, auf dem Hof selbst aber eine Anzahl dreistöckiger Gebäude zu errichten, deren Untergeschosse Läden enthalten sollen, so daß das ganze einen Bazar mit Wohnungen bilden wird. Durch den mit Herzogl. Landesregierung wegen dieses Grundstückes abgeschlossenen Kaufcontract hat der Unternehmer die Verpflichtung eingehen müssen, den Durchgang dort wie bisher auch in Zukunft Tags über offen zu halten; weiter ist Herr Schrader erbötig, denselben als öffentliche Straße an die Stadt abzutreten, wenn auf deren Kosten der Neue Hof mit Belpfer Platten gepflastert, mit einem einfüßigen Abzugskanale, sowie mit Gas- und Wasserleitung versehen, durch acht Laternen erleuchtet, und für ein Aquarium oder einen Lauf- oder Springbrunnen, welcher darin aufgestellt werden soll, freies Wasser geliefert würde — Gegenleistungen, welche veranschlagter Maßen bei einem Anlagecapitale von 1835  $\mathfrak{f}$  eine jährliche Ausgabe von 212  $\mathfrak{f}$  einschließlich der Zinsen dieses Capitals) erforderten. Der Magistrat ist der Ansicht, daß die projectirten Bauten der Stadt jedenfalls zur Zierde gereichen werden, und daß hierfür ein mäßiges pecuniäres Opfer um so eher gebracht werden dürfe, als die Rentabilität des Unternehmens keineswegs über jeden Zweifel erhaben sei, und überdies ein Aequivalent geboten werde, welches im öffentlichen Interesse sehr annehmbar erscheinen müsse. Da nun bei Uebernahme einer Straße seitens der Stadt selbstverständlich, daß diese gepflastert, canalisirt und nach Bedarf erleuchtet, so wäre eine eigentliche Liberalität nur noch durch ungewöhnlich reichliche Beleuchtung, durch Herstellung der Wasserleitung, und durch freie Lieferung des Wassers zu bezeigen. Nach dem Gutachten der Direction der Gas- und Wasserwerke würde in dieser Hinsicht das Mögliche geleistet sein, wenn man auf der Durchgangsstrecke zwei Laternen — deren eine dann die ganze Nacht hindurch erleuchtet zu halten — aufstellte, und das Wasser für die anliegenden Gebäude nicht nach deren Miethpreise, sondern nach einem Wassermesser berechnete. Der Magistrat hingegen hält ebenfalls zwar acht Laternen nicht für erforderlich, glaubt aber doch vier gewähren zu sollen, von denen je eine auf der Innenseite der Häuser an der Gördelinger- und Breitenstraße, zwei inmitten des Durchgangs zu beiden Seiten des Brunnens oder Aquariums anzubringen

wären und eine auch während der Nacht brennen müsse. Auf die von der Direction der Gas- und Wasserwerke empfohlene Begünstigung in Betreff des Wasserconsums glaubt der Magistrat deswegen sich nicht einlassen zu können, weil dabei unaufhörliche Streitigkeiten unter den Bewohnern der anliegenden Häuser unvermeidlich sein würden. Demnach giebt Magistrat der Versammlung anheim, zu genehmigen, daß dem Hotelbesitzer Schrader gegen unentgeltliche Abtretung des bezeichneten Durchganges und zwar in einer Breite von 16', als Gegenleistung zugesichert werde:

- 1) die Herstellung und Unterhaltung eines einfüßigen Plattencanals,
- 2) die Herstellung und Unterhaltung eines Pflasters von Belpfer Platten,
- 3) die Herstellung der Gasleitung sowie der vier Laternen nebst unentgeltlicher Gaslieferung für drei Laternen bis 11 Uhr; für eine bis zum Morgen,
- 4) die Herstellung der Wasserleitung und unentgeltliche Lieferung des Wassers für ein Aquarium oder einen Brunnen.

Der Commission erscheinen diese Zugeständnisse als zu weitgehend, da mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß Herr Schrader mit seinem Unternehmen ein gutes Geschäft werde zu machen wissen. Die Commission beantragt demnach, von den seitens des Magistrats empfohlenen Leistungen wenigstens noch die Pflasterung des Durchganges abzusehen.

Herr Flagg giebt zu, daß der Antrag des Magistrates mehrfache Bedenken zu erregen geeignet sei: man möge fragen können, ob die Frequenz der Passage so bedeutend, um jene Opfer zu rechtfertigen, ob gerade eine Pflasterung mit Belpfer Platten erforderlich, u. dgl. Andererseits aber scheine die Rentabilität des fraglichen Unternehmens keineswegs so gesichert, wie die Commission annehme; und hiervon ganz abgesehen: wenn einmal die Baulust sich auf Passagen richte, welche wie die am Neuen Hofe und manche andere in hiesiger Stadt dem Geschäftsverkehr bisher gänzlich entzogen gewesen, so sei es durchaus am Plage, daß man seitens der städtischen Behörden nicht eine ängstliche Zurückhaltung beobachte, sondern vielmehr alles irgend Mögliche thue, um dergleichen Unternehmungen zu befördern. Somit werde Redner für den Magistratsantrag stimmen müssen.

Herr Schöttler bittet zunächst um Auskunft, wie weit der fragliche Durchgang bisher freigegeben gewesen und nun die von Herrn Schrader übernommenen Verpflichtungen reichen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß dieser Durchgang bis jetzt allerdings Tags über vom Publicum benutzt worden sei; ob hieraus aber ein Recht hergeleitet werden könne, müsse zweifelhaft erscheinen. Bei der contractmäßigen Verpflichtung des Herrn Schrader, ein solches Recht anzuerkennen, habe muthmaßlich die Voraussetzung obgewaltet, daß die Stadt den Durchgang als Straße übernehmen

werde. Geschehe dies, so werde allerdings sachgemäß sein, Pflasterung und Canalisirung auf die Stadtcasse zu übernehmen; ob ebenso auch die Wasser- und Gaslieferung dürfte zweifelhafter sein.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der Magistrat glaube immer noch bei seinen Anträgen das Interesse der Stadt im vollsten Maße wahrgenommen zu haben. Jänner sei der Neue Hof Privateigenthum gewesen; mit dem Durchgangsrechte verhalte es sich also, wie der Herr Vorsitzende ausgeführt. Die contractmäßige Verpflichtung Herrn Schraders, welche von einer Freigebung der Passage bei Nachtzeit nichts besage, bestehe überdies zunächst nur der Regierung gegenüber und könnte daher in Folge weiterer Verhandlungen immerhin noch erlassen werden. Der Magistrat habe nun für richtig gehalten, das bestehende Verhältniß durch Erwerbung des betreffenden Terrains unwiderruflich festzustellen; dann aber müsse, wie ebenfalls schon gesagt sei, die Pflasterung, Canalisirung und Erleuchtung dieser Strecke selbstverständlich übernommen werden. Zu berücksichtigen sei noch, daß die Stadt auch bei der unentgeltlichen Gas- und Wasserlieferung kaum einen Verlust leiden könnte, da der Consum der projectirten zwölf Häuser die Anlage wahrscheinlich hinreichend verzinsen würde. Gehe man dann auch in der beantragten Pflasterung über das Uebliche hinaus, so solle andererseits Grund und Boden dafür abgetreten werden, für einen Preis also, welcher entfernt nicht an den hinanreiche, welchen man bekanntlich bei anderer Gelegenheit für Straßenterrain habe gewähren müssen.

Herr Ehrenhard wirft die Frage auf, ob es gerächt erscheinen könne, Herrn Schrader in solcher Weise zu begünstigen, nachdem der Particuller Hartig mit einem ähnlichen Gesuche zu Gunsten seiner Anbauten vor dem Augustthore abgewiesen sei. Und ferner: ob vier Laternen auf der bewußten kurzen Strecke in irgend richtigem Verhältniß zu dem sonst für die Straßen hiesiger Stadt beliebten Maß der Beleuchtung stehe.

Herr Gravenhorst, welcher bei den Verhandlungen zwischen der Landesregierung und Herrn Schrader mitgewirkt hat, berichtet, daß letzterer anfangs gebeten habe, ihm die Erhaltung der Passage nicht aufzuerlegen. Wenn die Landesregierung hierauf doch bestanden, obwohl ein Recht des öffentlichen Durchgangs nicht anzuerkennen, so sei dies allerdings in der Voraussetzung eines Entgegenkommens seitens der Stadt geschehen. Damit aber habe die Regierung gewissermaßen ihre Entscheidung vorbehalten und so sich in die Lage gebracht, falls die Stadt etwa sich unbillig bezeigen sollte, von jener Bedingung nachträglich noch abzustehen.

Nach den Erläuterungen des Herrn Oberbürgermeisters Caspari und des Herrn Gravenhorst glaubte Herr Schöttler die Anträge des Magistrates nachdrücklich empfehlen zu müssen. Das Beispiel, welches Herr Ehrenhard anziehe, weisse nicht zu, da es sich im vorliegenden Falle um eine Passage inmitten

der Stadt handle, bei welchem das Interesse des gesammten Publicums in Betracht komme, während Herr Hartig eine nur für die Einwohner wichtige Sadgasse habe begünstigt sehen wollen.

Herr Reuter findet die Beleuchtung mit vier Laternen immer noch zu reichlich bemessen, die unentgeltliche Wasserlieferung aber unter allen Umständen bedenklich. Erstere könnte leicht zu Berufungen Anlaß geben, und wenn man erwäge, wieviel Laternen zur Erleuchtung eines unserer Marktplätze erforderlich wären, wenn der Neue Hof mit vier Laternen zum Maßstabe genommen würde, so müsse man sagen, mit Recht. Der Rechnung auf einen Gewinn durch den Privatconsum müsse er entgegenhalten, daß sich derselbe bei den gegenwärtigen Gaspreisen schwerlich auf 20  $\mathfrak{g}$  jährlich belaufen könnte, diesen Betrag aber die Kosten der Speisung jener vier Laternen ziemlich wieder verzehren dürften. Die Wasserleitung betreffend, so sei bei der gänzlichen Ungewißheit über die Art der von Herrn Schrader beabsichtigten Anlagen jede Veranschlagung unmöglich, so daß Redner nicht begreife, nach welchen Ermittlungen dafür in dem Berichte des Stadtbaumeisters 40  $\mathfrak{g}$  angelegt seien. Bei diesem Sachverhalte werde die seitens der Direction des Wasserwerks vorgeschlagene Form der Begünstigung, die Lieferung nach reinem Wassermetzger, welche gegenüber der Berechnung nach den Miethpreisen erhebliche Vortheile gewähre, für den geeignetsten Ausweg gelten können.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Allerdings werde die nothwendige Erleuchtung der zwölf Kaufläden auch der Passage zu statten kommen, und aus diesem Grunde habe der Magistrat denn auch vier Laternen für ausreichend erachtet. Bei dieser Zahl aber habe der Magistrat beharren zu müssen geglaubt, weil die Wirksamkeit der Beleuchtung durch das Aquarium oder den Brunnen beeinträchtigt sein werde. Welche Bedenken gegen den Vorschlag der Direction der Gas- und Wasserwerke in Betreff der Wasserlieferung sich aus dem Umstande ergeben, daß die zwölf Häuser am Neuen Hofe nicht in einer Hand bleiben werden, sei bereits angedeutet. Erwäge man endlich, daß schon die Vertlichkeit nur Anlagen mäßigen Umfangs zulasse, so werde jede Besorgniß vor einer unbilligen Ausnutzung des vom Magistrat empfohlenen Zugeständnisses von vornherein ausgeschlossen erscheinen. Um ganzsicher zu gehen, dürfte vielleicht die Entscheidung über diesen Punkt vorzubehalten sein, bis die Beschaffenheit der projectirten Anlage feststehe.

Die Versammlung genehmigt den ersten und zweiten der Magistratsvorschläge, setzt gemäß dem Antrage der Direction der Gas- und Wasserwerke die Laternenzahl bis auf zwei herab und vorbehält rücksichtlich des Wassers die Entscheidung bis dahin, daß die projectirte Anlage bestimmter bezeichnet sein wird.

## II. Auf den von Herrn Gravenhorst erstatteten Bericht der Finanzcom-

mission genehmigt die Versammlung; ferner die Vermiethung der Beletage des zum Stadthause angekauften Hauses am Wilhelmsplatze an den Kammerdirector von Pöhneysen, nach Maßgabe des mit einem Magistratschreiber vom 2. d. M. mitgetheilten Contractes und unter Verwilligung der Kosten für erforderliche Reparaturen.

III. Anschließend an ein Magistratschreiben vom 3. d. M. berichtet sodann namens der Finanzcommission Herr von Seckendorf, daß in Folge der verschärften Bestimmungen über Einzahlung der Communalsteuer, während der letzten Tage des März bei der Stadtcasse ein solcher Andrang von Steuerzahlern stattgefunden hat, daß deren Abfertigung in den Geschäftsstunden unmöglich gewesen ist, viele sich unverrichteter Sache haben entfernen müssen und zu öfteren Malen Unruhen und Streitigkeiten entstanden sind, welche die Zuziehung polizeilichen Beistandes nöthig gemacht haben. Da diese Uebelstände voraussichtlich in noch erhöhtem Maße eintreten werden, wenn erst außer der Communalsteuer auch die Personal- und Gewerbesteuer, nebst den Brandversicherungsbeiträgen zur Zahlung kommen, so beantragt der Magistrat die Einrichtung einer zweiten Hebestelle, zu welcher im Stadtcassengebäude selbst Raum vorhanden ist. Da aber bei jeder Hebestelle drei Personen unumgänglich erforderlich, und in der Stadtcasse neben dem Kammerer, der zu anderen Arbeiten disponibel bleiben muß, und den beiden Controleuren jetzt nur zwei Schreiber beschäftigt sind, so hält der Magistrat ferner die Anstellung zweier neuen Schreiber für nothwendig und ersucht demnach die Versammlung ihn auch hierzu zu ermächtigen. Bei der Eile, mit welcher der Sachlage nach die erforderlichen Bauten haben in Angriff genommen werden müssen, hat ein Kostenanschlag vorher nicht können aufgestellt werden; die übrigen Einrichtungen werden eine jährliche Ausgabe von 400  $\text{R}$  nach sich ziehen. Doch hält nach den bisherigen Erfahrungen der Magistrat sich überzeugt, daß die gesammten Kosten mit dem durch den regelmäßigen Eingehen der Steuern zu erzielenden Gewinne mehr als gedeckt sein werden.

Seitens der Commission auf das angelegentlichste empfohlen, werden beide Anträge auch von der Versammlung genehmigt, nachdem

der Herr Oberbürgermeister Caspari angezeigt, daß der Magistrat durch den vorhandenen Nothstand gezwungen gewesen ist, die bauliche Instandsetzung des Locals schon vor dem Ausspruche der Versammlung in Angriff nehmen zu lassen;

Herr Flaggé auch in Anbetracht der gänzlich ungenügenden Beschaffenheit des gegenwärtigen Stadtcassenlocals den Wunsch nach Erwerbung anderweitiger mehr zweckentsprechender Räumlichkeiten ausgesprochen hat.

IV. In einem Schreiben vom 8. d. M. theilt der Magistrat mit, daß von den Miethern der Kellerparcellen unter dem Schulgebäude östlichen Bezirks drei die zu Ostern des J. abgelaufenen Miethcontracte unter den früheren Bedingungen auf 6 Jahre zu verlängern beantragt, zwei dagegen ihr Ausscheiden angezeigt haben, und statt dieser andere Bewerber nicht aufgetreten sind. Der Magistrat giebt anheim, jene Anträge zu genehmigen, hinsichtlich der jetzt unvermieteten Keller aber ihn zu deren angemessener Vermiethung bei etwa sich darbietender Gelegenheit zu ermächtigen.

Auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Overlach berichtet, erklärt die Versammlung sich einverstanden.

V. Das Comité für die zweite deutsche Polarfahrt hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, zu den Kosten der Expedition, von denen noch 25,000  $\text{fl}$  ungedeckt sind, einen Beitrag aus städtischen Mitteln zu erwirken. Mit Rücksicht auf das wissenschaftliche und nationale Interesse dieses Unternehmens giebt in einem Schreiben vom 12. d. M. der Magistrat die Verwilligung von 25  $\text{fl}$  anheim.

Die Finanzcommission, deren Bericht Herr Jasper erstattet, hat nach Maßgabe sowohl der Wichtigkeit des Zweckes als auch der Stellung, welche Braunschweig in der Reihe der deutschen Städte einnimmt, diesen Betrag für zu geringfügig erachten müssen, und beantragt demnach eine Beisteuer von 50  $\text{fl}$ .

Von mehreren Seiten wird darauf hingewiesen, daß andere Orte gleichen Ranges dem Unternehmen zum Theil erheblich größere Unterstützungen haben angedeihen lassen.

Auf Antrag des Herrn Gravenhorst beschließt daher die Versammlung den diesseitigen Beitrag auf 100  $\text{fl}$  zu erhöhen.

VI. Mit einem Schreiben vom 5. d. M. hat Magistrat der Versammlung eine Eingabe des Bürgervereins mitgetheilt, in der — unter Hinweisung auf die Unzuträglichkeiten, welche bei dem jetzt viel häufigern Ab- und Zugange Fremder dadurch herbeigeführt werden, daß die Ziehtermine bei Wohnungs- und Dienstmiethverhältnissen hier auf die Quartalfeste, in den meisten übrigen Staaten des Norddeutschen Bundes dagegen auf den ersten Tag der Monate April, Juli, October und Januar fallen — an den Magistrat das Ersuchen gerichtet wird, den Erlaß eines Landesgesetzes zu erwirken, durch welches die letztgedachten Termine, falls es nicht ausdrücklich anders stipulirt worden, als Regel festgestellt werden. Der Magistrat findet die Angaben des Bürgervereins durch mehrfache Erfahrungen bestätigt und ist deshalb geneigt, jenen Antrag bei Herzogl. Staats-Ministerio zu befürworten, wünscht zunächst jedoch die Ansicht der Versammlung kennen zu lernen.

In der Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, sind die Ausführungen des Bürgervereins ebenfalls als thatächlich durchaus richtig anerkannt; bei dieser Gelegenheit aber noch ein anderer Uebelstand zur Sprache gebracht. Durch ein Conclufum des Herzogl. Stadtgerichts ist nämlich für die vierteljährige Kündigung von Wohnungen eine Verzugsfrist bis zum 28. December, bezw. bis zum 26. Juni als ein Gewohnheitsrecht hiesiger Stadt festgestellt und hierdurch, da dieser Umstand nicht zu allgemeiner Kunde gekommen, Anlaß zu zahlreichen Streitigkeiten und Rechtshändeln gegeben. Indem daher die Commission der Versammlung empfiehlt, ihr Einverständnis mit dem Antrage des Bürgervereins und dessen Befürwortung auszusprechen, giebt sie ferner anheim, für wünschenswerth zu erklären, daß in dem zu erlassenden Gesetze auch die Kündigungsfristen für Dienst- und Sachenmiethverhältnisse möglichst genau und conform regulirt werden.

Die Versammlung beschließt in beiden Späten den Commissionsanträgen gemäß.

VII. Der Gastwirth Saue, Pächter der Wirthschaftslocalitäten im Odeon, hat vom Magistrate auf Grund von § 168 der revidirten Städteordnung Ersatz für den Schaden gefordert, welcher ihm am 17. Februar v. J. durch die bei Gelegenheit einer Vorlesung des Dachdeckergeßellen Behrens vorgefallenen Ausschreitungen verursacht worden. Ueberzeugt, daß in diesem Falle nicht das Verbrechen der öffentlichen Gewalt und namentlich keine Zusammenrottungen in der Absicht, gegen Personen oder Sachen Gewalt öffentlich zu verüben, sondern lediglich eine bei einem Wirthshausstreit verübte einfache Vermögensbeschädigung vorliege, hat der Magistrat jene Forderung abgelehnt und beantragt nunmehr, da der Gastwirth Saue eine gerichtliche Klage erhoben, die Genehmigung des Proceßweges mit dem Bemerken, daß es sich nicht sowohl um die mögliche Ersparniß der als Entschädigung geforderten 18  $\text{fl}$  12  $\text{gr}$  6  $\text{d}$ , als um Feststellung des Princips handle, da die Anerkennung einer Ersatzpflicht der Gemeinde in diesem Falle eine Menge gleich unberechtigter Berufungen unfehlbar nach sich ziehen würde.

In dieser Auffassung der Sachlage befindet sich die Statutencommission, für welche abermals Herr Peters berichtet, mit dem Magistrate in vollster Uebereinstimmung. Sie empfiehlt daher die Genehmigung des Magistratsantrages, welche hierauf von der Versammlung ertheilt wird.

VIII. Wie namens der Statutencommission Herr Peters ferner berichtet, hat der Magistrat in einem Schreiben vom 6. November v. J. bei der Versammlung beantragt, ihn zur Anstellung eines Proceßes gegen Herzogl. Landesregierung zu ermächtigen zu dem Ende, um die Befreiung der Stadt von der sogenannten

abgabe zu erwirken, welche als Aequivalent für die Naturaleinquartierung der in hiesiger Stadt garnisonirenden Truppen bisher mit 6211  $\text{R}$  15  $\text{g}$  jährlich entrichtet ist. Es haben dieselbe seit längerer Zeit gütliche Verhandlungen mit Herzoglichem Staats-Ministerio stattgefunden, die jedoch ohne den gewünschten Erfolg geblieben sind, weil die Landesregierung das Recht der Stadt auf eine wenn auch nur theilweise Befreiung von jener Abgabe bestreitet.

Was das factische Sachverhältniß und namentlich Ursprung und Entwicklung der Servisabgabe betrifft, so steht fest, daß dieselbe von den Einwohnern derjenigen Städte und Kreise, in welchen man Truppen einzuquartieren pflegte, eben als Aequivalent für die Naturalleistung gezahlt ist, seitdem in Folge des 30j. Krieges die Truppenzahl erheblich vermehrt, stehende Heere eingeführt worden waren. Nach dem von den Landesherren in Anspruch genommenen Rechte, ihre Unterthanen mit Einquartierung zu belegen, hatten die Quartiergeber den Unterofficieren und Soldaten die Lagerstatt, Betten, Stallung, Salz und Essig frei zu liefern, auch den Mißbrauch ihres Feuers und Lichtes zu gestatten. Da aber diese Last bald sehr drückend werden mußte, so wurde allmählich von allen Verpflichteten eine Geldleistung vorgezogen, gegen welche die Regierungen für Quartier zu sorgen übernahmen.

In hiesiger Stadt wurde dieses Geldäquivalent entrichtet, seit gegen Ende des 17. Jahrh. ein Dragonerregiment hier in Garnison gelegt war. Nachdem während der Zeit des Königreichs Westfalen ein anderes Grundsteuersystem zur Anwendung gekommen, ist sie bei Herstellung der legitimen Regierung wieder eingeführt und bis jetzt zu dem schon vor der westfälischen Zeit vereinbarten Betrage fortwährend erhoben. Es läßt sich nun durch den klaren Inhalt vielfacher landesfürstlicher Erlasse und Verfügungen nachweisen, daß dieser Geldbetrag stets unmittelbar als ein Aequivalent für die Natural-Einquartierungslast angesehen ist; namentlich verordnet Serenissimi Patent vom 15. Juli 1715 für die Stadt Wolfenbüttel, wo die Verhältnisse ganz wie in Braunschweig lagen:

„daß ein Jeder an dem ihm gesetzten Geldquantum, soweit er die wirkliche Einquartierung übernimmt, solches nach Proportion zu kürzen befügt sei und ihm dasselbe zu gut kommen sollte;“

und ähnlich ein Rescript Herzog Friedrich Wilhelms vom 25. Januar 1815 auf ein Gesuch der Stadt Braunschweig:

„Wir haben ersehen u., welche Vorschläge dasselbe (das fürstl. Stadtgericht) u. in Ansehung einer anstatt der bisherigen Naturaleinquartierung der hiesigen Garnison einzurichtenden Servisabgabe gemacht hat.“

Zwei bedeutsame Ereignisse der letzten Jahre haben nun in dieses Rechtsverhältniß wesentlich eingegriffen: die Einführung der neuen Kriegsverfassung des Norddeutschen Bundes, durch welche für das ganze Bundesgebiet die Natural-Einquartierung wieder eingeführt ist, und die Aenderung unseres Grundsteuersystems



durch das Gesetz vom 24. August 1849, welches eine gleichmäßige allgemeine Grundsteuer vorschreibt, wie solche denn auch seit dem 1. Januar 1859 im ganzen Herzogthume mit Ausnahme der Stadt Braunschweig erhoben wird.

Art. 61 der Verfassung des Norddeutschen Bundes führt die gesammte preussische Militairgesetzgebung, also auch in Betreff der Einquartierung, im Bundesgebiete ein; das Bundesgesetz vom 25. Juni 1868 giebt dem Bunde das Recht, behufs der Natural-Einquartierung alle benutzbaren Baulichkeiten im Bundesgebiete in Anspruch zu nehmen und im Art. 20 enthält dasselbe für das Bundespräsidium die Ermächtigung

„die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen allgemeinen Anordnungen zu treffen.“

Hiernächst ist denn auch unterm 31. December 1868 vom Bundespräsidio im Namen des Norddeutschen Bundes eine das Einquartierungswesen betr. Instruction erlassen, welche § 2 Absatz 4 lautet:

„Alle für die Befreiung von der Natural-Einquartierung bisher an den Staat gezahlten Abgaben kommen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall“.

Demzufolge ist nunmehr die Natural-einquartierungslast durch einen bindenden Act der Gesetzgebung auch für unsere Stadt wieder eingeführt, und es entsteht nunmehr die Frage:

- 1) Ist die hiesige Stadt befugt, Schadloshaltung durch Befreiung von der Servisabgabe ganz oder theilweise zu verlangen?
- 2) Welche Schritte sind zu thun, um dieses Recht geltend zu machen?

Die erste Frage betreffend, so ist die Commission ebenso wie der Magistrat zu dem Resultate gelangt, daß die Stadt berechtigt erscheine, unter den gegenwärtigen veränderten Verhältnissen Befreiung von der Abgabe in Anspruch zu nehmen. Insbesondere vermag die Commission die von der Landesregierung diesem Ansprüche entgegengesetzten Gründe für zutreffend oder zulänglich nicht anzuerkennen. Im wesentlichen sind dies folgende:

1. Nach der landesverfassungsmäßigen Entwicklung der Steuerverhältnisse habe das Servisgeld für Stadt und Land die Eigenschaft der Grundsteuer angenommen und längst aufgehört, ein Aequivalent für die Befreiung von der Einquartierungslast zu sein.

2. Die Landesregierung sei nur für eigene Handlungen entschädigungspflichtig, die jetzt eingeführte Quartierleistungspflicht aber nicht von der Landesregierung, sondern durch Bundesgesetzgebung eingeführt.

3. Durch eine Verfügung des Bundeskanzlers, als welche die Instruction vom 31. December 1868 erscheine, könne in die Steuergesetzgebung der einzelnen Staaten nicht eingegriffen werden.

4. Durch den oben angezogenen Abs. 4 des § 2 der Instruction werde die Servisabgabe nicht getroffen; vielmehr komme Abs. 3 dieses § zur Anwendung:

„Inwiefern für den Fortfall der Befriedigung Entschädigung aus öffentlichen Kassen in Anspruch zu nehmen ist, bleibt nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.“

Ferner sei durch die Bundesgesetzgebung nur eine subsidäre Quartierleistungspflicht eingeführt, während die frühere, für welche Servis erhoben worden, eine principale gewesen, diese aber den Serviszahlern nicht wieder aufgebürdet sei, da vielmehr ein umfassendes Aequivalent der Abgabe noch heute in den auf Staatskosten hergestellten Casernen und Militairgebäuden fortbestehe.

Referent unterzieht diese Gegengründe einer näheren Erörterung und gelangt übereinstimmend mit dem Magistrate zu folgenden Resultaten:

ad 1. Daß die Abgabe als Aequivalent für die Naturaleinquartierung eingeführt worden, werde allseitig anerkannt und diesen ihren Charakter habe sie nicht durch langjährige Entrichtung ändern können, sondern nur durch einen Act der Gesetzgebung, seit Emanation der neuen Landschaftsordnung vom Jahre 1832 also nur unter verfassungsmäßiger Mitwirkung der Landstände. Die neue Landesgrundsteuer sei aber in hiesiger Stadt noch nicht eingeführt und nach dem unterm 4. August 1858 erlassenen Steueraus schreiben solle an der hier erhobenen Servisabgabe nichts geändert werden; die eigentliche Leistung und das Aequivalent neben einander aber könne nicht gefordert werden.

ad 2. Eine Entschädigungspflicht komme gar nicht in Frage. Die Stadt verlange nur Anwendung des Rechtsatzes, daß, wenn die Leistung unmöglich wird, damit auch die Gegenleistung fortfällt, ein Rechtsatz, welchen auch § 2 Abs. 4 der obgedachten Instruction ausspreche.

ad 3. Die Instruction des Bundeskanzlers sei kein neues selbstständiges Gesetz, sondern nur eine weitere Ausführung der im Bundesgesetze vom 25. Juni 1868 enthaltenen Bestimmungen, vielleicht — weil § 20 des letzteren im voraus sanctionirt — als integrierender Theil des Gesetzes zu betrachten, jedenfalls aber als eine Manifestation der bei der Bundescentralgewalt herrschenden Rechtsanschauung wichtig.

ad 4. Die durch das Bundesgesetz eingeführte Natural-Einquartierungslast sei keineswegs eine bloß subsidäre, sondern eine principale. Sie werde nur für den Augenblick subsidär beansprucht, soweit das Bedürfnis durch die vorhandenen Casernen nicht gedeckt sei. Die Bundesregierung habe keine Verpflichtung übernommen, alle diese Gebäude im gegenwärtigen Stande zu erhalten, bzw. bestehen zu lassen, würde daher im Rechte sein, sobald eins derselben etwa mangelhaft oder abgängig geworden, die Mannschaften ohne weiteres bei den Bundesein-

wahren einzunquartieren. Letzteren sei daher eine universelle und principale Verpflichtung auferlegt, und damit auch das Maß gegeben, in welchem die Aufhebung der Servisabgabe zu beanspruchen sei: nämlich, ganz, nicht theilweise.

In Betreff der zweiten Frage: welche Schritte behufs der Geltendmachung des Rechts der Stadt zu thun seien? tritt die Commission der Ansicht des Magistrats bei, daß eine gerichtliche Entscheidung im Wege des Processus nach Lage der Sache am geeignetsten. Denn eine Beschwerde beim Bundeskanzleramte würde voraussichtlich ohne besondern Erfolg bleiben, weil an dieser Stelle keine große Neigung vorhanden sein dürfte, sich direct in die speciellen Verhältnisse eines Bundesstaates einzumischen; eine Beschwerde bei der Landes-Versammlung aber deshalb, weil das Sach- und Rechtsverhältniß immerhin doch zu manchen Zweifeln und Bedenken Veranlassung giebt, sodaß eine präcise sachliche Entscheidung auch von dorthier kaum zu erwarten steht.

Die Commission giebt daher anheim, die vom Magistrate beantragte Genehmigung zu dem fraglichen Process gegen die Landesregierung zu erteilen.

Der Herr Graf v. Görg-Brissberg spricht sein Bedauern darüber aus, daß er durch eine Geschäftsreise behindert gewesen, an den in der Statutencommission gepflogenen Verathungen über diese Vorlage theilzunehmen. Auf den dieserhalb gestellten reglementarischen Antrag desselben

beschließt die Versammlung die Beschlußfassung für heute auszusetzen,

nachdem der Herr Vorsitzende ebenfalls für sehr wünschenswerth erklärt hat, daß womöglich sämtliche Juristen der Versammlung sich über den Fall instruiren.

### Schließlich

richtet an den Magistrat Herr Flagg die Anfrage: welcher Entscheidung man hinsichtlich der Park- (früher Pape-) Straße entgegenzusehen habe?

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erwidert, daß diese Straße bis jetzt lediglich Privateigenthum des Rittmeisters Brauns sei. Derselbe habe allerdings beim Magistrate deren Uebernahme seitens der Stadt gegen gewisse Prästationen beantragt; die dieserhalb aufgestellten Pläne und Anschläge aber seien z. B. noch in den Händen des inzwischen erkrankten städtischen Wegebaumeisters, und ferner werde es dann auch noch fraglich sein, ob der Rittmeister Brauns auf die Bedingungen einzugehen geneigt, welche statutenmäßig die städtischen Behörden ihm stellen müssen. Eine Verantwortung für die Beschaffenheit dieser Straße könne unter diesen Umständen von der Stadt nicht anerkannt werden.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurden eine Anzahl von Gesuchen um Ertheilung des Wohnortsrechts und mehrere Eingaben um Erlass von Communalsteuer erledigt.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 19. Mai 1870.

---

Anwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Flagge, Graf v. Görz-Brissberg, Jasper, Kloss, Schöttler, Struck, Vieweg.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung, indem er des am 28. April heimgegangenen Herrn Rischbieter gedenkt. In ehrender Erinnerung an die thätige Theilnahme, die der Verstorbene als langjähriges Mitglied der Versammlung deren Arbeiten gewidmet hat, erheben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Nachdem hierauf das Protocoll vom 28. April genehmigt ist,

verwilligt die Versammlung auf den Bericht des Herrn Vorsitzenden den üblichen Beitrag zu den Kosten der Auswanderung eines gemeindeangehörigen Sträflings.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der Versammlung eine an Magistrat und Stadtverordnete gerichtete Eingabe des Herrn Stadtrath Rittmeyer zugegangen ist, worin dieser nach § 10 des Statuts vom 21. November 1864 um die Erlaubniß nachsucht, in den Verwaltungsrath der Halberstadt-Blankenburger Eisenbahngesellschaft als stimmführendes Mitglied eintreten zu dürfen. Da eigentliche Verwaltungsgeschäfte und eine Verantwortlichkeit mit diesem Amte kaum verbunden sein werden, auch die pecuniären Vortheile desselben nur unerheblich sind

und immerhin doch wünschenswerth, bei derartigen Unternehmungen den Magistrat vertreten zu sehen: so wird das Gesuch seitens der Statutencommission zur Genehmigung empfohlen,

und diese von der Versammlung ausgesprochen.

### Der Tagesordnung gemäß folgt

I. durch Herrn Gravenhorst erstattet, der Bericht der Finanzcommission über einen unterm 4. d. Mts. ergangenen Magistratsantrag auf Erweiterung der vom Damm und Katreppeln aus zum Augustithore führenden 4" und 3" weiten Gasröhren, welche den erforderlichen Druck nicht mehr hervorzubringen vermögen und demnach eines Ersatzes um so dringender bedürfen, je rascher vor dem August- und dem Steinhore der Consum sich steigert. Es wird beantragt, vom Bankplatze ab über die Straße und die Promenade am Bruchthor, den Lessingsplatz u. s. w. bis zur Augustithorbrücke ein 6" weites Rohr zu legen und die zu 2383 ₰ veranschlagten Kosten aus den diesjährigen Ueberschüssen der Gasanstalt zu verwilligen: Vorschläge, welche von der Commission als sachgemäß empfohlen und hiernach auch durch die Versammlung genehmigt werden.

### Hierauf

II. berichtete namens der für die Canalisirungsfrage eingesetzten Commission der Herr Vorsitzende, daß laut eines Magistratschreibens vom 7. d. M. die Herzogl. Baudirection im Auftrage der Landesregierung mit dem Particulier Steinhof und dem Lotteriellecteur Daubert einen Contract abgeschlossen hat, nach welchem diesen beiden das Terrain des Ofercanals hinter der Mauernstraße nebst dem anliegenden Theile der Wallpromenade eigenthümlich überlassen werden soll, gegen die Verpflichtung, den Canal zu verschütten, an der Westseite der Promenade ein 10' breites Stück zum Fußwege liegen zu lassen und darunter einen in das Staatseigenthum übergehenden Canal von 4' Quadrat aus Sollinger oder Belpfer Platten, in Sohlage und Gefälle nach Vorschrift der Behörden herzustellen. Das Stadtbauamt findet gegen das Project an sich nichts zu erinnern, hält dessen Ausführung vielmehr für wünschenswerth, da hierdurch die Promenade an einem ihrer belebtesten Theile wesentlich werde verschönert werden, die Canalverlegung aber nicht nur unbedenklich, sondern bei der Unzulässigkeit einer Ueberbauung des Canals sogar nothwendig sei; zugleich jedoch ist seitens des Stadtbauamtes darauf hingewiesen, wie es zweckmäßig sein werde, statt des Plattencanals einen eirunden und diesen gleich in solcher Sohlage herzustellen, wie sie dem zur Berathung vorliegenden

allgemeinen Canalisirungsprojecte entspreche. Der Magistrat hat diese Forderungen als richtig anerkennen müssen und macht daher folgende Vorschläge:

1. Den vorliegenden Vertrag zu genehmigen unter der Bedingung, daß der neue Oferscanal eirund und in Sohlage und Gefälle so hergestellt werde, wie es nach Maßgabe des allgemeinen Canalisirungsplanes für nöthig erachtet wird;
2. auf die Stadt entweder die Mehrkosten der veränderten Ausführung oder diese selbst zu übernehmen, indem dann zu den Kosten die vorgedachten Käufer diejenige Summe beizutragen haben, welche nach gemeinschaftlicher Schätzung des Stadtbaumeisters und der Herzogl. Baudirection die Herstellung eines Plattencanals erfordern würde;
3. gegen Abtretung des gewonnenen Terrains auch die Fortführung des Canals bis zum Wendenthore zu beschaffen, und falls etwa Herzogl. Landesregierung die Canalisirung hinter dem Krankenhause selbst übernehmen will, sich hiermit einverstanden zu erklären, vorausgesetzt, daß der Canal auch auf dieser Strecke die bezeichnete Beschaffenheit erhält.

In der Commission sind diese Anträge, wie der Herr Vorsitzende weiter berichtet, auf mehrfache Bedenken gestoßen. Einmal nämlich habe es bei dem mangelnden Entgegenkommen der Herzoglichen Baudirection gelegentlich der von den städtischen Behörden verfolgten Canalisirungspläne bedenklich erscheinen müssen, eben jetzt wo ein solcher Plan völlig ausgearbeitet vorliege und man sich der Hoffnung auf dessen baldige Ausführung hingeben dürfe, ein Project zu genehmigen, welches demselben möglicherweise präjudiciren könnte. Allerdings sei dasselbe von den städtischen Behörden im allgemeinen für unversänglich erklärt; immerhin jedoch werde über Form und Tiefe jenes partiellen Canales erst noch zu verhandeln sein, und hierin dem von dem Baurath Hobrecht erbetenen Gutachten vorzugreifen, könne die Commission um so weniger für angemessen halten, da Herr Hobrecht schon in aller nächster Zeit hier eintreffen und dann die bezüglichlichen Fragen zum Abschluß kommen werden. Ein zweites Bedenken finde hinsichtlich der Eigenthumsfrage statt. In dem vorliegenden Vertrage habe die Baudirection über einen Oferscanal wie über unzweifelhaftes Regierungseigenthum disponirt und somit einen Rechtsstandpunct eingenommen, welcher von den städtischen Behörden nicht anerkannt werden könne. Sei nun auch nicht nöthig, diese Frage im gegenwärtigen Falle zum Austrag zu bringen, so werde doch um die rechtlichen Befugnisse der Stadt nicht zu schmälern, jenes Vorgehen der Baudirection nicht ohne Rechtsverwahrung hingehen dürfen. Folgerichtig müsse ferner das Terrain desjenigen Canals, welchen die Stadt auf ihre Kosten wolle herstellen lassen, in ihren Besitz übergehen; dies zur Bedingung zu machen erscheine

aber auch deswegen unerlässlich, weil andernfalls mancherlei Verwickelungen nicht zu vermeiden sein würden. Endlich, um allen Weiterungen wegen des den Unternehmern aufzuerlegenden Kostenbeitrags zu entgehen, halte die Commission eine ganz bestimmte Formulirung des bezüglich des Anspruchs für rathsam, zu welchem Ende die Kosten des Plattenkanals im voraus festzustellen sein würden. Nach dem allen müsse die Commission folgenden Antrag stellen:

Die Versammlung wolle die Anträge des Stadtmagistrats genehmigen unter der Voraussetzung, daß

- 1) außer dem Ingenieur Mitgau und dem Stadtbaumeister Tappe auch der Baurath Hobrecht die Canalanlage mit Rücksicht auf das allgemeine Canalisirungsproject für unbedenklich erklärt,
- 2) hinsichtlich der Eigenthumsfrage in Betreff der Okeranäle eine Rechtsverwahrung ausgesprochen wird,
- 3) das gesammte Canalterrain statt in das Eigenthum des Staates in das der Stadt übergeht,
- 4) über den Kostenbeitrag der Unternehmer vor der Ausführung ein bestimmter, eine bestimmte Summe fixirender Vertrag abgeschlossen wird.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari giebt die Erklärung ab, daß der Magistrat gegen diese Bedingungen, welche zum Theil bereits in seinen Anträgen implicite mit enthalten seien, nichts werde zu erinnern finden.

Herr Ehrenhardt hält die Uebernahme der Canalbauten seitens der Stadt für gefährlich, sofern dabei leicht der Fall eintreten könnte, daß den Unternehmern, die doch eben nur ihrer Speculation nachgehen, auf Kosten der Stadt ein durch nichts verdienter Vortheil zufließe. Am sichersten werde dieser Eventualität dadurch zu entgehen sein, daß die Ausführung der Privatindustrie überlassen bliebe; auf alle Fälle aber erscheine es geboten, wegen der Uebernahme eine Entscheidung nicht eher zutreffen, als bis man über den Kostenpunkt vollständig im Reinen sei.

Nachdem hierauf der Herr Vorsitzende bemerkt, daß es der Commission im hohen Grade gewagt erschienen, eine so ganz neue Arbeit, auf deren richtige Ausführung so viel ankomme, ohne weiteres der Privatindustrie zu überlassen, daß übrigens aber dieselbe auch bei Uebernahme seitens der Stadt aller Wahrscheinlichkeit nach einem erprobten Unternehmer werde im Entreprise gegeben werden, Herrn Ehrenhardts Bedenken also kaum noch Platz greifen können, beschließt die Versammlung den Anträgen der Commission gemäß.

III. Die hier seit mehreren Jahren bestehende Handwerker-Fortbildungsschule hat wegen geringer und unregelmäßiger Theilnehmung der Gesellen und Lehrlinge

nicht den Aufschwung genommen und den Nutzen gestiftet, den man von diesem so zweckmäßigen Institute wohl hätte erwarten dürfen. Vom Magistrate war daher die Frage in Erwägung gezogen, ob dasselbe nicht einstweilen und bis daß eine regere Theilnahme mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten stehe, besser aufzuheben sei. Nachdem indessen auch die Ansicht des Bürgervereins gehört worden, der stets ein lebhaftes Interesse für die Schule an den Tag gelegt hatte, ist man zu dem Entschlusse gelangt, dieselbe in neuer und zweckentsprechender Organisation fortbestehen zu lassen, und hat demnach der Magistrat gemeinsam mit einer vom Bürgervereine zu diesem Behufe erwählten Commission hiesiger Gewerbetreibender ein der Versammlung vorliegendes Statut sammt einer neuen Schulordnung entworfen.

Ersteres basirt auf §§ 106 und 142 des neuen Bundesgewerbegesetzes, nach welchen durch ein von der Gemeindebehörde mit höherer Genehmigung zu erlassendes Ortsstatut Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren zum Besuche der Fortbildungsschule des Orts, Arbeits- und Lehrherren aber zur Gewährung der dazu erforderlichen Zeit angehalten werden können.

Zwar hat man nun von der Einführung eines Zwanges zum Schulbesuche Abstand genommen, dagegen jeden Lehrling hiesiger Stadt zu einem jährlichen Beitrage von 10  $\mathfrak{g}$  für die Schule verpflichtet erklärt, die Lehrherren für denselben haftbar gemacht und bei Vermeidung einer Strafe von 1 — 5  $\mathfrak{R}$  ihnen die Pflicht auferlegt, ihren Lehrlingen die Erlaubniß zum Besuche der Schule zu ertheilen und die erforderliche Zeit zu gewähren — Aenderungen, welche einerseits im Interesse der Schule begründet, andererseits voraussichtlich von gutem Erfolge für den Schulbesuch sein dürften.

Den Kostenpunkt betreffend, wird nach Mittheilung des Magistrates ein jährlicher Zuschuß von 200 — 300  $\mathfrak{R}$  aus städtischen Mitteln erforderlich werden, dieser aber ohne Zweifel aus der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde entnommen werden können.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, hat die segensreichen Folgen einer Fortbildungsschule und deren Nothwendigkeit für den hiesigen Gewerbestand im vollen Maße anerkennen müssen und giebt daher die Annahme sowohl des Statutes als der Schulordnung mit geringen redactionellen Aenderungen anheim.

Die Versammlung genehmigt beide Entwürfe, indem sie, den Commissionsvorschlägen gemäß, in § 4 des Statuts statt „sofort nach Ostern,“

„innerhalb einer vom Magistrate zu bestimmenden Frist“

zu setzen, in § 10 der Schulordnung bei den Worten: „und zwar wenn Krankheit der Grund der Versäumniß,“ einzuschalten beschließt:

„und zwar wenn dauernde Krankheit u.“



Anknüpfend trägt ferner der Herr Oberbürgermeister Caspari vor, wie in den Etat für 1870, bei dessen Vorlegung die Aufhebung der Fortbildungsschule in Aussicht genommen war, für die Zwecke derselben nur die Summe von 120  $\mathfrak{f}$  angesetzt, diese aber durch allerlei Rückstände in Anspruch genommen ist, so daß nunmehr, da auch die hiesigen Innungen ihre früheren Beiträge zurückgezogen haben, keine Mittel mehr disponibel. Unter diesen Umständen müsse der Magistrat die Ermächtigung nachsuchen, für die Zwecke der Schule auch über den etatmäßigen Ansaß hinaus Verwendungen aus der Stadtkasse eintreten zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Schließlich wird an Stelle des verstorbenen Herrn Rischbieter zum Stadtbauamte Herr Rothdurst, in die Gas- und Wasserdeputation Herr Götte gewählt, letzterer zugleich anstatt des Herrn Grass der Hohethorsdeputation für die Einschätzungen zur Communalsteuer zugetheilt, und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung kamen Wohnortrechtsgesuche und Steuerreclamationen zur Erledigung.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. Juni 1870.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Ehrenhard, Flagge, Gravenhorst, Jasper, Kellner, Struck.

Nachdem das Protocoll vom 19. Mai durch die Versammlung genehmigt ist, theilt der Herr Vorsitzende mit, daß laut eines Magistratschreibens vom 6. d. M. der Baurath Hobrecht bei seiner neulichen Anwesenheit in hiesiger Stadt der Verfüllung des Mauerngrabens und der Anlage eines Ersatzkanals keinerlei Bedeutung für das künftige Canalisationssystem beigemessen und demnach die Genehmigung des von der Baudirection mit dem Particulier Steinhoff und dem Lotteriecollecteur Daubert verabredeten Vertrages für unbedenklich erklärt, aus demselben Grunde aber auch von jedem Beitrage zu den Kosten jenes Canals und von der Uebernahme seiner Fortführung bis zum Wendenthore abgerathen hat. In Folge dessen hat der Magistrat bei Herzogl. Baudirection lediglich die Erklärung abgegeben, daß gegen den definitiven Abschluß des gedachten Vertrages städtischer Seits nichts zu erinnern sei; zugleich jedoch ausdrücklich hervorgehoben, wie damit keineswegs Herzogl. Baudirection als Eigenthümerin der Okerkanäle anerkannt, vielmehr das Eigenthumsrecht der Stadt auch an dem Terrain des neuen Canales, welches nach dem bezüglichen Vertrage in das Eigenthum des Staates überzugehen bestimmt ist, gewahrt bleiben solle. — Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß

nach dieser Mittheilung die in den Beschlüssen der Versammlung am 19. Mai zur Geltung gekommenen Bedenken gehoben und somit dieser Gegenstand für erledigt werde gelten dürfen.

Nachdem sodann die Versammlung

I. einer Aufforderung des Magistrats vom 27. v. M. entsprechend, in die nach § 6 des Statuts vom 2. August 1869 zu bestellende Commission zur Abschätzung der Quartierleistungsfähigkeit hiesiger Gebäude die Herren Ehrenhard, Kloss, Rothdurft und Quenstedt gewählt und

II. gemäß einem Magistratsantrage vom 6. Juni auf Vortrag des Herrn Reidemeyer als Referenten der Finanzcommission für 62 □ Fuß Raum, welchen der Tischlermeister Gurs bei Umbau der südöstlichen Ecke der Leopoldstraße zur Straße abtritt, eine Entschädigung von 62 ₰ verwilligt hat,

III. berichtet Herr Reidemeyer namens der Finanzcommission, daß zufolge eines Magistratschreibens vom 6. d. M. in den Tagen vom 17. bis 21. Juli die erste Versammlung deutscher Forstmänner in hiesiger Stadt abgehalten werden soll, und demnach deren hiesige Geschäftsführer gebeten haben, zu den Abendversammlungen das Altstadtrathhaus erleuchtet zur Verfügung zu stellen, auch am Abend des 19. ein Concert daselbst zu veranstalten und den Markt bengalisch zu erleuchten. Da andere Vereine bei ihren Zusammenkünften hieselbst in ähnlicher Weise geehrt worden sind, so glaubt der Magistrat, diesem Gesuche stattgeben zu müssen und beantragt daher die Verwilligung der zu 250 — 300 ₰ veranschlagten Kosten,

welche von der Versammlung ohne Anstand ausgesprochen wird.

Desgleichen

IV. verwilligt die Versammlung nach dem Antrage des Magistrats und auf den namens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorf erstatteten Bericht einen Beitrag von 100 ₰ zu den Reisekosten einer Deputation der hiesigen Gesamtfeuerwehr nach dem am 13. Juli stattfindenden Feuerwehrtage zu Einz;

worauf

V. Herr Graf Görz-Wrisberg auf Grund eines Magistratschreibens vom 12. d. M. namens der Finanzcommission vorträgt, daß von der Verwaltungsdeputation des Armen- und Pflegehauses die Verlegung des Aborts und der Waschküche desselben in ein besonderes Nebenhaus für nothwendig erachtet wird, da abgesehen von den Nachtheilen, welche die Lage jener Localitäten in dem Hauptge-

bäude mit sich führt, der von ihnen eingenommene Raum jetzt auch namentlich während der Ziehzeiten zur zeitweiligen Unterbringung obdachloser Familien in Anspruch genommen wird. In Uebereinstimmung mit der Verwaltungsdeputation billigt der Magistrat den vom Stadtbaumeister aufgestellten Plan eines Massivbaues; eine Ersparniß an den Kosten, die, zu 3325  $\mathfrak{R}$  veranschlagt, ihm gleichfalls zu hoch erscheinen, glaubt derselbe durch Verdingung an den Mindestfordernden ermöglichen zu können. Während dann aber von der Verwaltungsdeputation die Heranziehung eines Capitals von 2000  $\mathfrak{R}$  ins Auge gefaßt ist, welches der verstorbene Stadtrath Hinde zur Vergrößerung des Pflegehauses ausgesetzt hat, steht der Magistrat hiervon ab, da einerseits dies Capital nicht ohne Coursverluste flüssig zu machen wäre und andererseits die Stadtcasse die erforderliche Ausgabe allein wird übernehmen können.

Die auf diese Erwägungen gegründeten Anträge des Magistrats werden seitens der Finanzcommission zur Annahme empfohlen, zugleich jedoch dahin erweitert, daß der Stadtcasse gegen Uebernahme der Baukosten das erwähnte Capital des Pflegehauses zu eventueller freier Verfügung überwiesen werde.

Nachdem namens des Magistrats der Herr Oberbürgermeister Caspari letztere Maßregel für unbedenklich erklärt hat,

beschließt die Versammlung den Anträgen der Commission gemäß.

VI. Wie ein Bericht der Direction des städtischen Wasserwerks ausführt und die Verwaltungsdeputation bestätigt, kann bei demselben die Anlegung eines dritten Dampfkessels und einer zweiten Dampfrohrleitung nicht länger verschoben werden, ohne die Gefahr einer Unterbrechung des Betriebes hereinzuführen. Mit der Zusage, Herzogl. Landesregierung um Berichtigung des vertragsmäßigen Zuschusses ersuchen zu wollen, beantragt demnach der Magistrat, diese Anlage zu genehmigen und die Kosten im Betrage von 5590  $\mathfrak{R}$  aus den diesjährigen Ueberschüssen des Wasserwerkes, event. aber vorschußweise aus der Stadtcasse zu verwirklichen, in welchem Falle dieselben dem Baufond würden zur Last zu schreiben sein.

Seitens der Finanzcommission, für welche Herr Solmig berichtet, empfohlen, werden diese Anträge ohne Discussion auch von der Versammlung genehmigt.

Den nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Anträgen des Magistrats vom 19. und 21. d. M. gemäß werden auf den Bericht des Herrn Grafen Görz-Wrisberg

VII. die Vorrichtung schmiedeeiserner Rahmen an den Kellerfenstern des Neustadtrathhauses mit einem Kostenaufwande von 72  $\mathfrak{R}$ ,

sowie

VIII. die Anschaffung von Tischen und Bänken für die Zeichenschule der Bürgerschule östl. und westl. Bezirks anstatt der bisher dort in Gebrauch gewesenen Schemel, für welche Anschaffung 120  $\mathcal{F}$  veranschlagt sind, von der Versammlung genehmigt.

Ferner

IX. äußert Herr Graf Görz-Wrisberg dem in der Sitzung am 23. Mai gemachten Vorbehalte gemäß, seine Ansicht über den Antrag des Magistrates auf Anstellung eines Processes, das Servicegeld betreffend.

Nach einem orientirenden Blicke auf die geschichtliche Entwicklung der Serviceabgabe und den durch die Gesetzgebung des norddeutschen Bundes geschaffenen neuen Thatbestand, vermöge dessen der Magistrat bei Herzogl. Landesregierung wiederholt den Antrag gestellt hat, die Stadt von der fernern Entrichtung dieser Abgabe zu dem fixirten Betrage von 6211  $\mathcal{F}$  15  $\text{gr}$  jährlich zu befreien, bewegt sich der Vortrag des Redners hauptsächlich in einer Beurtheilung der Gründe, mit denen Herzogliches Staatsministerium die Ablehnung jenes Antrags glaubt motiviren zu können. Es wird nämlich dagegen geltend gemacht,

1. daß das Servicegeld, wenn schon ursprünglich an die Stelle gewisser Naturalleistungen getreten und somit den Charakter einer Militairsteuer tragend, diesen doch, seitdem über die gesammten Staatseinnahmen durch besondere Etatgesetze disponirt wird, und folglich Steuern für einzelne Staatszwecke undenkbar geworden sind, verloren und die Natur der Grundsteuer angenommen habe. Dieser Auffassung gegenüber führt der Herr Graf Görz-Wrisberg aus, wie in Betreff der Zeit vor Einführung des Gesetzes über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer nicht der mindeste Act vorliege, wodurch die ursprüngliche Natur des Servicegeldes verändert sei. Denn ganz abgesehen von den nach der westphälischen Usurpationsperiode wegen der Wiedereinführung der Service-Abgabe gepflogenen Verhandlungen hätten auch noch im Jahre 1837 zwischen der Herzogl. Landesregierung und der damaligen Stände-Versammlung Verhandlungen Statt gefunden, in Folge deren die Service-Abgaben ebenso wie das Fouragegeld u. dgl. bis auf den heutigen Tag, um Verbunkelungen zu vermeiden, unter ihrem besondern Namen in den Rechnungen der Herzogl. Hauptfinanz-Casse fortgeführt werden. Auch das neue Grundsteuergesetz habe eine Veränderung hierin nicht hereingeführt. Denn wenn nach § 1 desselben die Contributionen und Steuern, welche in den verschiedenen Landestheilen bis dahin von den Grundstücken zu entrichten gewesen, und somit auch die in Braunschweig und Wolfenbüttel erhobenen Proviant-, Service- und Fouragegelder nicht ferner erhoben werden sollten, so werde zugleich durch § 94 die Einführung der allgemeinen

Grundsteuer für die Stadt Braunschweig noch ausgelegt und von einem besondern in Aussicht gestellten Gesetze abhängig erklärt. Letzteres Gesetz sei aber bislang nicht erlassen, das für die Stadt bestehende Grundabgaben-System sei gar nicht geändert und folglich könne das Service auch die Natur der Grundsteuer nicht angenommen haben; vielmehr habe dasselbe seinen früheren Charakter beibehalten, und damit erledige sich dann auch der Einwand, daß für besondere Staatszwecke Steuern nicht mehr erhoben werden können. Daß dies hier thatsächlich geschehe, werde immerhin für abnorm zu gelten haben; derartige Abnormitäten aber seien überall zu beobachten; sie seien Ueberreste früherer, jetzt im Allgemeinen veränderter Verhältnisse.

2. Wenn nach der Auffassung des Herzogl. Staatsministeriums der vom Magistrat erhobene Entschädigungsanspruch nur auf die besondere Zusicherung gestützt werden könnte, daß gegen Zahlung der Servicegelder u. die Stadt von der Naturalinquartierung für die hier garnisontrenden Truppen befreit bleiben sollte, so sei allerdings die Existenz eines „solchen besonderen Privilegiums“ nicht zu behaupten, ebenso wenig aber auch zur Motivierung des in Rede stehenden Anspruchs erforderlich. Denn da das Service ganz unstreitig als eine Aversionalleistung anzusehen, so müsse dieselbe bei Wiedereinführung der damit abgelösten Naturalleistung selbstverständlich in Wegfall kommen.

3. Was von Seiten des Herzoglichen Staatsministeriums ferner eingewandt werde: daß die gegenwärtige Quartierungspflicht in gewisser Weise nur eine subsidäre, nicht von der Landesregierung auferlegt und diese daher nicht zu einer Entschädigung verpflichtet sei, habe ungewisselhaft seine Richtigkeit. Eben dies aber führe auf den wesentlichen Punkt. Nach der staatsrechtlichen Stellung des Herzogthums zu dem frühern Deutschen Bunde nämlich könne es keinem Zweifel unterliegen, daß die Quartierleistung eine Landeslast gewesen; zu dieser habe die Stadt den Betrag von 6211  $\frac{1}{2}$   $\text{fl}$  beizutragen gehabt. Durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes nun sei diese Sachlage total verwandelt: die Landeslast sei eine Bundeslast geworden. Wenn nun aber nicht das Land als solches für Quartierung zu sorgen hat, so habe auch nicht die Landesregierung deren Kosten zu bestreiten, und kann dieselbe daher auch nicht von der Stadt die besonderen Beiträge verlangen, die diese früher für diesen Zweck geleistet habe. Der Bund aber, welcher an die Stelle der Landesregierung getreten sei, mache auf eine solche Abgabe keinen Anspruch, weil er die Befreiung von den Naturalleistungen beseitigt habe, weswegen es denn auch nur eine richtige Konsequenz der Bundesgesetzgebung sei, wenn in der bezüglichen Instruction des Bundeskanzleramtes vom 31. December v. J. ausdrücklich gesagt werde, daß alle Abgaben für jene Befreiung inskünftige wegfallen sollen.

Damit seien dann auch die übrigen Einwendungen des Herzogl. Staatsministeriums erledigt. Die Landesregierung habe, wie sie selbst in einem Rescripte an den Magistrat ausgesprochen, mit den Quartierleistungen nichts mehr zu schaffen, also auch keine Beiträge dazu mehr zu fordern. Setze sie gleichwohl als Bedingung dieses Verzichts einen Act der Gesetzgebung, so liege ein solcher in den klaren Bestimmungen des Norddeutschen Bundesgesetzes. Sei die Regierung der Ansicht, daß damit in die Steuergesetzgebung des Landes in unzulässiger Weise eingegriffen werde, so würde ihr zu überlassen sein, geeignete Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Nach dem allen scheine in dieser Sache das Recht auf Seiten der Stadt zu sein. Zur Durchführung desselben stehen verschiedene Wege offen: eine Beschwerde bei der Landesversammlung oder dem Bundeskanzleramte, Zahlungsverweigerung, oder ein Proceß. Eine Beschwerde bei der Landesversammlung aber scheine keinen besondern Erfolg zu versprechen, da selbst in dem Falle, daß letztere sich der diesseitigen Auffassung anschloße, ihre Intervention bei der bestimmt ausgesprochenen Ansicht der Landesregierung schwerlich die gewünschte Wirkung haben würde. Gegen eine Beschwerde beim Bundeskanzleramte spreche die doppelte Erwägung, daß einmal dies eine innere Angelegenheit, welche zwischen der Stadt und der Landesregierung womöglich ohne Dazwischenkunft der Bundesorgane zum Austrag zu bringen sei, sodann aber auch die Bundesbehörde zu einer Einmischung in diesem Falle wenig Neigung haben dürfte. Die einfache Verweigerung der Abgabe betreffend, so werde diese unzweifelhaft unliebsame Folgen für die Stadt nach sich ziehen müssen. So bleibe denn nur der Rechtsweg übrig. Ueber den Ausgang desselben möge man Zweifel hegen können; immerhin jedoch werde man schlimmsten Falls nur die Proceßkosten einbüßen, ein Einsatz der im Vergleich zu dem streitigen Objecte allerdings nur unerheblich sei. Demnach müsse auch Redner sich für die Anstellung des Processes aussprechen, so sehr er diesen Verlauf der Unterhandlungen über einen Fall beklage, der sich wohl zu einem gütlichen Austrage geeignet hätte und vom Magistrat mit großer Umsicht, Gründlichkeit und Sachkenntniß behandelt sei.

Die Versammlung beschließt hierauf, den Magistrat zur Anstellung des Processes zu ermächtigen.

### Weiter

X. theilt der Herr Graf Görz-Wrisberg mit, daß Herzogl. Staatsministerium den Entwurf des Statutes die Erweiterung hiesiger Stadt betreffend mit einigen Aenderungen und Zusätzen genehmigt habe, welche von der Statutencommission geprüft und für unbedenklich erachtet seien.

Nachdem diese Abänderungen im einzelnen motivirt und besprochen sind, wer-

den sie auch von der Versammlung genehmigt, das Statut in der somit festgestellten Form angenommen und die Kosten für eine geeignete Vervielfältigung desselben verwilligt.

### Schließlich

XI. berichtet Herr Schöttler über den Entwurf eines Statuts, die Aufbewahrung von Petroleum und anderen feuergefährlichen Flüssigkeiten betreffend, welcher der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 8. Febr. d. J. zugegangen, inzwischen von der Statutencommission geprüft und mit einigen meist redactionellen Aenderungen sachgemäß befunden ist.

Es werden die einzelnen Paragraphen des Statutes mit den vorgeschlagenen Abänderungen einer eingehenden Besprechung unterzogen, und von der Versammlung gebilligt, hierauf das ganze Statut in der von der Commission empfohlenen Gestalt genehmigt,

und damit die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird, zunächst gemeinschaftlich von Magistrat und Stadtverordneten, eine Steuerreclamation berathen, worauf die Stadtverordneten allein einige Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts und um Steuernachlaß erledigen.

---





1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 178. Stücke de 1870  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 7.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 21. Juli 1870.

---

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Flagge, Jasper, Overlach, Schöttler, Steinmann.

Die Sitzung eröffnend, nimmt der Herr Vorsitzende das Wort. Seitdem sich die Versammlung zum letzten Male getrennt, sei durch den ungerechten Krieg, mit welchem der Erbfeind des deutschen Volkes unser Vaterland überzogen, eine schwere Prüfung über uns verhängt worden. Denn wie fest auch im Bewußtsein gerechter Sache und im Hinblick auf die einmüthige Erhebung der ganzen Nation die Zuversicht auf den endlichen und vollen Sieg der deutschen Waffen sein dürfe: ebenso sicher sei vorauszusehen, daß der bevorstehende Kampf schwere Opfer für die Gemeinden wie für jeden Einzelnen mit sich führen werde. Auch die Bürgerschaft Braunschweigs aber werde es nur als den Ausdruck ihrer eigenen innersten Stimmung anerkennen, wenn Redner an diesem Orte die Versicherung ausspreche, daß für die edelsten Güter, die es in diesem Kampfe gelte, kein Opfer zu schwer erscheine.

Eine Vorlage, betreffend die Feststellung der Entschädigungen für Quartierung und Verpflegung der Bundesstruppen sowie für Vorspann- und andere Leistungen, wird auf Antrag des Herrn Grafen Görz-Wrisberg als Referenten der Statutencommission von der Tagesordnung abgesetzt, da bei der Vorberathung mehrere Rechtsfragen aufgetaucht sind, die noch zur Erwägung stehen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß der Magistrat einen Ausschuß zu bilden beabsichtigt, welcher die nach dem preussischen Gesetze vom 27. Januar 1850 den bedürftigen Angehörigen einberufener Reservisten seitens der Stadt zu gewährenden Unterstützungen regeln und zugleich mit den privaten Vereinen, die den nämlichen Zweck im Auge haben, ins Vernehmen treten solle, um so eine möglichst gerechte und gleichmäßige Vertheilung der aufkommenden Mittel zu ermöglichen. An der Spitze dieses Ausschusses werde er selbst mit dem Herrn Stadtrath Bammel stehen; an die Privatvereine solle die Aufforderung ergehen, ihre Vertreter zu stellen; die Versammlung werde durch etwa sechs ihrer Mitglieder zu vertreten sein, deren Berufung er dem Magistrate zu überlassen vorschlagen wolle.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt diesen Vorschlag zur Genehmigung, indem er dem Magistrate anheimgibt, die Vertreter der Versammlung aus der Zahl der Armenpfleger zu entnehmen.

In Anbetracht der voraussichtlich sehr umfänglichen und mühevollen Aufgabe, welche dieser Unterstützungsausschuß werde zu bewältigen haben, wünscht Herr Solmitz dazu aus der Versammlung nicht sechs sondern zehn Mitglieder abgeordnet zu sehn.

Die Versammlung entspricht diesem Bedenken, indem sie auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden den Magistrat dahin ermächtigt, den in Frage stehenden Ausschuß nach Zahl und Personen je dem Bedürfnis gemäß zusammenzusetzen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari glaubt die Hoffnung aussprechen zu können, daß der Stadt aus dieser Unterstützungspflicht besondere finanzielle Schwierigkeiten nicht erwachsen werden, sobald erst über die bei Herzogl. Leihhause belegten Gelder disponirt werden könne, welche, ursprünglich für Schul- und andere Bauten bestimmt, jetzt für dringendere Bedürfnisse verwandt werden können, da der Magistrat die begonnenen Bauten zwar nicht werde unterbrechen, neue aber vorläufig wenigstens nicht anfangen lassen. Nach einer Mittheilung des Herzogl. Staatsministeriums könne er hinzufügen, daß dasselbe willens sei, die Beiträge für die zu Militärzwecken zu leistenden Naturallieferungen an Getreide, Heu u., welche bundsgesetzlich auf die Kreise und Gemeinden zu repartieren wären, zunächst für den Monat August aus der Staatskasse zu entrichten.

Auf eine Anfrage des Herrn Götte: ob der Magistrat in der Lage sei, eine sichere Mittheilung darüber zu machen, wann Se. Hoheit der Herzog von seiner Reise hieher zurückkehren werde?

antwortete der Herr Oberbürgermeister Caspari: Verlässlichen Berichten zufolge sei darauf zu rechnen, daß der gerechtfertigte Wunsch, Se. Hoheit unter den

gegenwärtigen Zeitläuften in unserer Mitte zu sehen, sich in allernächster Zeit erfüllen werde.

Herr Götte erklärt, daß er hiernach keinen Anlaß habe, einen weiteren Antrag zu stellen.

Es folgt, der Tagesordnung gemäß,

I. von Herrn v. Seckendorf erstattet der Bericht der Finanzcommission über einen Antrag des Magistrats vom 4. d. M. auf Erweiterung der Feuerelegraphenleitungen.

Zur Anlage eines Wachtlocals auf dem Andreasthurm hatte der dortige Kirchenvorstand seine Zustimmung nur unter der Bedingung ertheilt, daß Thurm und Kirchengebäude gegen Feuergefährdung versichert würden. Die Versammlung hatte hierauf am 4. März v. J. zunächst die Versicherungsgesellschaften zu gemeinsamer unentgeltlicher Uebernahme dieser Versicherung einzuladen beschlossen. Da nun einerseits verschiedene Gesellschaften auf diese Forderung sicherem Vernehmen nach gar nicht, und die übrigen jedenfalls nur auf einen beschränkten Zeitraum eingehen würden, nach dessen Ablauf die Versicherungsprämie um so unvermeidlicher von der Stadt geleistet werden müßte, als die Abschaffung des einmal angestellten Wächters alsdann unmöglich wäre, und da andererseits auch die Einrichtung und Unterhaltung dieser Anstalt den Voranschlag aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich übersteigen würde: so hat der Magistrat die Frage angeregt, ob nicht eine größere Sicherheit gegen Feuergefährdung durch ausgedehnte elektromagnetische Drahtleitungen, wie solche neuerdings in Köln zur Anwendung gekommen sind, erzielt werden könnte. Obwohl immer noch der Ueberzeugung, daß die Anstellung eines Thurmwächters unter allen Umständen die wünschenswertheste Maßregel wäre, hat gleichwohl der Commandeur der Gesamtfeuerwehr jene Frage bejaht und demnach eine Vermehrung der Feuerelegraphenstationen in der Weise beantragt, daß ein alle Thore der Stadt umfassendes und in seinem Bureau zusammentreffendes Telegraphennetz angelegt und außerdem sechs Arbeiter der Stadtwasserkunst in einem Locale, welches er unentgeltlich einzuräumen sich bereit erklärt, casernirt werden. Nachdem dann diesem Vorschlage seitens der Herzogl. Polizeidirection zugestimmt, die Führung der Leitungen über die Wallpromenade von Herzogl. Baudirection genehmigt, von Herzogl. Steuerdirection die Aufstellung der Apparate in den Localen der Thoraufsichter sowie ihre Bedienung durch letztere gestattet und durch Herzogl. Staatsministerium zu den Kosten der ersten Einrichtung der Leitungen und des Casernements, wie bei früheren Anlagen dieser Art, die Hälfte mit bezw. 1235 und 144  $\mathfrak{M}$  auf die Staatskasse übernommen, auch zur Unterhaltung der Leitungen sowie zur Remunerirung der Thoraufsichtsbeamten ein

jährlicher Zuschuß von 50  $\text{₰}$  aus der Landesbrandversicherungskasse verwilligt ist, richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen:

- 1) von der Anstellung eines Thurmwächters abzusehen, dagegen die Vorrichtung der gedachten elektromagnetischen Drahtleitungen zu genehmigen und die Hälfte der Kosten mit 1235  $\text{₰}$  aus der Stadtkasse zu verwilligen;
- 2) sich einverstanden zu erklären, daß dem Thoraufsichtspersonale eine jährliche Remuneration von 70  $\text{₰}$  gezahlt und hierzu wie zur Unterhaltung der Leitungen gegen Vereinnahmung des aus der Landesbrandversicherungskasse verwilligten Beitrags von 50  $\text{₰}$  eine Summe bis zu 100  $\text{₰}$  jährlich aus der Stadtkasse verwandt werde;
- 3) zur Casernirung der sechs Arbeiter in der Wohnung des Commandeurs der Gesamtfeuerwehr die Zustimmung zu ertheilen und zur Einrichtung des Locals die Summe von 144  $\text{₰}$  aus der Stadtkasse zu verwilligen, sowie dessen Instandhaltung auf dieselbe zu übernehmen; und
- 4) den Magistrat dahin zu ermächtigen, daß er vorkommenden Falls den Anschluß von Privatleitungen an die öffentliche Telegraphenlinie gestatten dürfe.

Die Commission hat diese Maßregeln als geeignet anerkennen müssen, die Gefahren ausbrechender Schadenfeuer zu vermindern, und giebt demnach Genehmigung der Anträge des Magistrats anheim,

welche dann auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

II. Zufolge eines Schreibens vom 9. d. M. ist von Seiten der Bundesmilitärverwaltung an den Magistrat die Aufforderung ergangen, auf Kosten der Stadt eine bedeckte Reitbahn für das hier garnisonirende Herzogl. Husarenregiment zu erbauen, und hat sich der Magistrat dazu unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß für die Reitbahn ein Miethpreis verwilligt würde, welcher die Gesamtkosten für den Bau sowohl wie für den Grund und Boden mit 4% verzinst und mit 1% amortisirte, außerdem aber noch mit 1% die Unterhaltungskosten deckte. Das Kriegsministerium zu Berlin hat sich mit dieser Bedingung im allgemeinen einverstanden erklärt, zunächst jedoch die Vorlage eines Bauplans vorbehalten. In Uebereinstimmung mit dem hiesigen Militärcommando beabsichtigt der Magistrat die Reitbahn neben den neu zu erbauenden Husarenställen auf dem Giersberge anzulegen; die Kosten werden sich auf etwa 8—9000  $\text{₰}$  belaufen, deren Herbeischaffung keine Schwierigkeit haben dürfte. Gesezt nun auch, die Stadt müßte dies Geld gegen mehr als 4% anleihen, oder die Unterhaltung kostete mehr als 1% dieser Summe, so würden die dadurch veranlassten Opfer doch immer nur gering sein und jedenfalls durch die Vortheile aufgewogen werden, welche eine Cavallerie-

Garnison für Handel und Gewerbe der Stadt mit sich bringt — Vorteile, welche für Braunschweig nur durch die beantragte Mitwirkung zu sichern sind, da die Reithahn sich als dringende Nothwendigkeit herausgestellt hat, dem Bundesmilitaärfiscus aber die erforderlichen Geldmittel einstweilen nicht zu Gebote stehen. Unter diesen Umständen beantragt der Magistrat, daß die Versammlung den Bau genehmigen möge.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorf berichtet, muß den Erwägungen des Magistrates an sich zwar durchaus beistimmen, kann jedoch, in Anbetracht der Zeitläufte, den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet halten, mit dem Bau sofort vorzugehen, und schlägt demnach vor, den Magistrat um vorläufigen Aufschub des Planes zu ersuchen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß dieser Aufschub durch die Ueberhäufung des Kriegsministeriums mit dringlichen Arbeiten schon von selbst werde gegeben sein. Auf alle Fälle jedoch müsse der Magistrat wünschen, das Einverständnis der Versammlung unter den angegebenen Bedingungen klar ausgesprochen zu sehen.

Dem Vorschlage Herrn Reuters: ohne ausdrückliche Erwähnung der Amortisation und der Unterhaltungskosten den Miethpreis schlechtthin auf 6% des Anlagecapitals festzustellen, weil andernfalls die fortschreitende Tilgung desselben eine complicirte Berechnung nöthig machen würde,

hält der Herr Oberbürgermeister Caspari entgegen, daß zufolge des Vertragsentwurfes die Amortisationsquote nicht von dem jeweiligen Schuldbestande, sondern immer von dem ursprünglichen Anlagekapital berechnet werden solle.

Die Versammlung erklärte sich hiernach unter den vorgeschlagenen Bedingungen mit dem Baue einer bedeckten Reithahn einverstanden, vorausgesetzt, daß damit erst nach dem Abschluß der gegenwärtigen Kriegszeit begonnen werde.

III. Wie Herr v. Seckendorf als Referent der Finanzcommission ferner vorträgt, hat der verstorbene Kreisgerichtsregistrator Sack eine Sammlung von Archivalien und andern Handschriften, Druckfachen, Abbildungen u. hinterlassen, welche zur Ergänzung der Bibliothek und des Archivs der Stadt in hohem Grade wünschenswerth, ja zum Theil unentbehrlich und dem Wunsche des Verstorbenen gemäß von dessen Erben der Stadt für den Preis von 800  $\text{fl}$  zum Kaufe angeboten ist. Da die Wichtigkeit dieser Sammlung nicht zu verkennen und der geforderte Preis für angemessen zu halten, so giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 8. d. M. anheim, den Kauf zu genehmigen. Die Commission, obwohl auch in diesem Falle der Meinung, daß die Zeitverhältnisse derartige Ausgaben nicht wohl zulassen, ist dennoch zu dem Schlusse gekommen, den Ankauf der Sammlung

unter der Bedingung zu empfehlen, daß die Auszahlung des Kaufpreises bis nach Beendigung des Krieges aufgeschoben werden könne.

Von dem Herrn Vorsitzenden aufgefordert, fügt der Protocollführer, Stadtarchivar Hänselmann, einige nähere Nachweisungen über Umfang und Werth der Sammlung hinzu.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari theilt mit, daß er, um den Kauf auf alle Fälle zu sichern, mit den Sächsischen Erben wegen Stundung der Kaufsumme bis nach Beendigung des Krieges, natürlich gegen angemessene Verzinsung, übereingekommen sei.

Der Herr Vorsitzende spricht sich für sofortige Zahlung aus, da die ins Auge gefasste Fristung einen reellen Nutzen für die Stadtkasse nicht gewähren, wohl aber als Zeichen eines Kleinmuthes erscheinen würde, zu welchem in der Lage der Stadt keinerlei Grund vorliege.

Nachdem diesem auch Herr Graf Görz-Wrisberg beigestimmt hat, wird der Ankauf der Sächsischen Sammlung und die unverzügliche Auszahlung des Kaufpreises von der Versammlung beschlossen.

#### Hierauf

IV. berichtete Herr Graf Görz-Wrisberg namens der Finanzcommission über den nach Feststellung der Tagesordnung mit einem Schreiben des Magistrats vom 10. d. M. eingegangenen Voranschlag für das städtische Gaswerk auf das Betriebsjahr 1870/71. Derselbe faßt eine Production von 38 Millionen Cbf. Gas (4 Mill. mehr als im Vorjahre), bei einem Kostenaufwande von 65,024 ₧ 10  $\frac{1}{2}$  einen Ertrag von 97,624 ₧ 16  $\frac{1}{2}$  ins Auge, und schließt sonach mit einem Ueberschusse von 32,600 ₧ ab. Von der Commission zur Genehmigung empfohlen,

wird er ohne Discussion von der Versammlung angenommen.

#### Schließlich

stellt Herr Solmiz die Anfrage, ob zu den bevorstehenden Quartierleistungen wie bisher nur die Hauseigenthümer oder neben diesen auch die Miether werden heranzuziehen sein.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, wie das Einquartierungswesen durch ein Statut geregelt sei, welches bis auf weiteres als maßgebend betrachtet werden müsse.

Auf die Bemerkung des Herrn Rothdurft: daß die außergewöhnlichen Einquartierungslasten, welche der herrschende Kriegszustand in seinem Gefolge habe,

eine Neuregulirung in dem von Herrn Solmiz angeregten Sinne nöthig machen dürften,

erwidert der Herr Oberbürgermeister Caspari: Allerdings sei dergleichen auch in dem Statut vorgesehen, einstweilen jedoch scheine dieser Fall nicht angezeigt, da die Cinquartierung, welche die Stadt werde zu tragen haben, höchstens auf 4012 Mann steigen könne.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß die Verpflichtung der Miether zur Theilnahme an den Cinquartierungslasten rein eine Frage des Privatrechts sei, in welche man besser sich nicht einmische. Auf den Fall, daß etwa ein Hausbesitzer mit mehr Cinquartierung belegt werden sollte als er unterbringen könnte, und seine Miether dann sich weigerten, ihrerseits ebenfalls Räume zur Verfügung zu stellen, würde der Streit im Proceßwege müssen ausgetragen werden.

Nachdem Herr Graf Görz-Wrisberg nochmals auf § 25 des bezüglichen Statuts verwiesen, welcher den Magistrat in den Stand setzt in außerordentlichen Fällen besondere Verordnung zu erlassen, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurde über mehrere Steuerreclamationen und Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts entschieden.

---





1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 205. Stücke de 1870  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 8.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 4. August 1870.

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Gravenhorst, Kellner, Overlach, Wieweg.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Sitzung eröffnet,

nimmt zunächst der Herr Oberbürgermeister Caspari von mehrfachen im Publicum umgehenden Besorgnissen Anlaß zu der Mittheilung, daß in hiesiger Stadt auf Anordnung der Königl. Generalintendantur zu Hannover ein Reservelazareth von 500 Betten einzurichten ist, von denen 300 durch die Stadt, die übrigen durch die Intendantur gestellt werden sollten, und zwar 200 in der Infanteriekaserne vor dem Fallersteleberthore, und je 100 in der Husaren- und in der Burgekaserne. Da ein Lazareth an letztem Orte den allgemeinen Gesundheitszustand der Stadt möglicherweise in Gefahr bringen könnte, so habe der Magistrat sich mit der Militärverwaltung dahin geeinigt, daß die Burgekaserne zu Lazarethzwecken überhaupt nicht verwandt, sondern die Infanteriekaserne mit 250, die Husarenkaserne mit 125 Betten belegt und die gleiche Anzahl von der Stadt übernommen werden solle. Zur Unterbringung dieser 125 Betten habe der Magistrat die Turnhalle ersehen, welche die Gesellschaft gegen angemessene Entschädigung einzuräumen bereit sei; und somit werde die Ansteckungsgefahr, soviel dies den Umständen nach möglich, für beseitigt gelten dürfen. Noch sicherer freilich wäre dies durch ein Barackenlazareth außerhalb der Stadt zu erzielen gewesen, wie solches vom Magistrate ursprünglich ins Auge gefaßt worden, von Seiten der Aerzte aber abgelehnt sei; für den Fall indeß, daß etwa die vorhandenen Räumlichkeiten dem Bedürfniß nicht genügten,

werde allerdings noch zu diesem Auskunftsmittel gegriffen werden. Die Einrichtungskosten des Lazareths in der Turnhalle seien im Voraus nicht wohl zu veranschlagen, und da bei der Dringlichkeit der Sache die Einwilligung der Versammlung zu jeder einzelnen Ausgabe einzuholen unmöglich, so müsse der Magistrat beantragen, ihn zur Bestreitung der vorfallenden Kosten ohne besondere Anfrage zu ermächtigen. — Ferner bemerkt der Herr Oberbürgermeister Caspari, daß sich die Einquartierung in hiesiger Stadt für den Augenblick auf das Ersatzbataillon beschränke, von welchem 200 Mann in acht Tagen ausmarschiren werden. Habe man hie und da gegründete Ursache zu Beschwerden über eine ungleichmäßige Vertheilung der Quartierlasten, so stehe es doch nicht in der Macht des Magistrats, dergleichen gänzlich zu verhüten. Wenn z. B. inmitten einer mit Einquartierung belegten Straße einzelne Häuser verschont bleiben, so erkläre dies sich daraus, daß für eine Truppenabtheilung eine bestimmte Anzahl Quartierzettel abgefordert, dann aber für das Mal nicht alle gebraucht, sondern zum Theil zurückgegeben seien. Solche Häuser werde man demnächst heranziehen, indem die Einrichtung getroffen, die hier auf längere Zeit einquartierten Mannschaften die Quartiere öfters, etwa nach je drei Wochen, wechseln zu lassen. — Was endlich die Auszahlung der Vergütungen betreffe, so sei dieselbe bisher wegen Ueberbürdung des Stadtkassenpersonals noch nicht möglich gewesen.

Die Mittel zu den Lazaretheinrichtungen in der Turnhalle werden beantragter Maßen zum voraus von der Versammlung verwilligt.

In die Tagesordnung eintretend

I. verwilligt die Versammlung auf den unterm 25. v. M. gestellten Antrag des Magistrats, welcher namens der Finanzcommission von dem Herrn Vorsitzenden zur Annahme empfohlen wird, zu den am 23. Juni den Vertretern der Gesamtfeuerwehr an dem allgemeinen deutschen Feuerwehrtage zu Linz als Reiseentschädigung gewährten 100 ₰ einen fernerer Zuschuß von 60 ₰, welcher dadurch nöthig geworden, daß eine Ermäßigung der Fahrgelder in dem vorausgesetzten Umfange nicht eingetreten ist.

Sodann

II. berichtet Herr Graf Görz-Brisberg über die Vorschläge der Statutencommission in Betreff der Entschädigungen, welche in Gemäßheit von § 58 des neuen Einquartierungsstatuts für Quartierung und Verpflegung von Mannschaften, sowie für Vorspannleistungen u. aus der Quartierkasse während des laufenden Jahres zu zahlen sind.

Nach § 25 des Statuts sollen in Kriegszeiten oder bei einer Mobilmachung dessen Bestimmungen, soweit sie sich auf die Unterbringung und Verpflegung von Truppen

beziehen außer Kraft treten und dagegen die geeigneten Maßnahmen von der Quartierbehörde im Einverständniß mit dem Magistrate getroffen werden. Die auf solchen Fall in Betracht kommenden Verfügungen sind enthalten in dem preussischen Gesetze vom 10. Mai 1851, welches durch Bundesgesetz für das gesammte Gebiet des Norddeutschen Bundes maßgebend geworden ist. Nach § 3 desselben soll nun aus Staatskassen überall keine Vergütung erfolgen für das Naturalquartier, für die Gestellung der Begleiter und der zum Wege- und Brückenbau erforderlichen Arbeiter u. sowie für die Ueberweisung von Gebäuden u. Die Verpflegung anlangend, sollen nach § 9 des Gesetzes, wenn die Brotrationen von der Militärverwaltung geliefert werden,  $3\frac{3}{4}$  gr, andernfalls 5 gr pro Mann und Tag vergütet werden. Wenn dem gegenüber die Entschädigung für Quartier und Verpflegung in hiesiger Stadt voriges Jahr auf bezw. 4 und 8 gr festgesetzt worden war, so hatte der Magistrat bei seinen dahin gehenden Anträgen ausdrücklich bemerkt, daß dieser verhältnismäßig sehr hohe Satz nur deshalb gerechtfertigt erscheine, weil nicht alle hiesigen Grundbesitzer und die Miether überall nicht zu der Leistung heranzuziehen gewesen waren, billigerweise also die Betroffenen mindestens ausreichend entschädigt werden mußten. Frage es sich dann, welche Bestimmungen nunmehr, angesichts der neuerdings eingetretenen Verhältnisse, getroffen werden sollen, so sei zunächst zu erwägen, daß für das Bataillon, welches hier voriges Jahr 412 Mann stark 11 Tage lang im Quartier gelegen, außer dem Betrage, welcher von dem Militärfiscus gezahlt wurde, aus der Stadtkasse 1340  $\mathfrak{R}$  zu vergüten gewesen sind. Angenommen, das Bataillon würde in Kriegsstärke, also mit mehr als der doppelten Mannschafszahl nur auf 4 Wochen einquartiert, so erwüchse daraus der Stadt ein Aufwand von mehr als 8000  $\mathfrak{R}$ . Wäre aber, was in Kriegszeiten immerhin doch einmal eintreten könnte, ein ganzes Regiment unterzubringen, so würde dies bei den obigen Sätzen nicht weniger als 24000  $\mathfrak{R}$  monatlich erfordern. Mit Rücksicht hierauf habe sich die Commission der Ansicht des Magistrats anschließen müssen, daß der Satz von insgesammt 12 gr zu hoch gegriffen sei, und zwar nicht sowohl die 8 gr für Verpflegung als die 4 gr für Naturalquartier, welches mit 2 gr genügend bezahlt zu sein scheine, so daß die für den Mann zu zahlende Vergütung inskünftige 10 gr betragen würde. Dabei die Brotlieferung in Rechnung zu ziehen, wie dies in dem preussischen Gesetze geschehe, sei darum für unzweckmäßig erachtet, weil dieselbe sehr oft nur unregelmäßig erfolge, und mithin im einzelnen Falle schwer zu ermitteln sein dürfte, ob der Mann mit oder ohne Brot einquartiert gewesen. Auf alle Fälle aber werde der Quartiergeber bei dem vorgeschlagenen Satze nicht erheblich zu Schaden kommen können. — Was sodann die Gestellung von Vorspann- und Reitpferden betreffe, so bestimme eine Instruction des Herzogl. Staatsministerium vom 20. November 1868,

daß für die einspännige Fuhr 11 $\frac{1}{4}$   $\text{g}$ , für die zweispännige 15  $\text{g}$ , für jedes fernere Pferd, einerlei ob dasselbe eingespannt oder als Reitpferd gestellt wird, 7 $\frac{1}{2}$   $\text{g}$  pro Meile vergütet werden solle, während eine Entschädigung für den Wagen ausdrücklich abgelehnt, von einer Vergütung für den begleitenden Mann nicht die Rede ist. Diese Sätze aber halte die Commission unter den gegenwärtigen Umständen der Leistung nicht für entsprechend; vielmehr müsse sie vorschlagen,

für jedes Pferd	7 $\frac{1}{2}$ $\text{g}$	} pro Meile
für den Wagen	2 $\frac{1}{2}$ "	
für den Begleiter	5 "	
für das Reitpferd	10 "	

zu gewähren, so jedoch, daß der Rückweg nicht berechnet werde.

Bei Berathung dieser Vorschläge

hält Herr Nothdurst für geboten, daß neben den Opfern, welche die Stadt werde bringen müssen, auch die andere Seite der Sache, die billige Rücksicht auf den Quartiergeber, geltend gemacht werde. Wie der Commissionsbericht ausdrücklich erinnere, sei voriges Jahr die Vergütung im Hinblick darauf bemessen, daß die Miether von Einquartierung befreit bleiben. So lange aber hierin keine Aenderung eintrete, würde sich eine Herabminderung des Satzes als Ungerechtigkeit gegen die Hausbesitzer darstellen. Reichen zur Bestreitung der Entschädigungen die vorhandenen Mittel der Stadt nicht aus, so werde durch einen Steuerzuschlag Rath geschafft werden müssen. Redner beantrage, es bei dem Satze von 12  $\text{g}$  zu belassen.

Herr Schöttler hält ebenfalls den Satz von 10  $\text{g}$  für zu niedrig. Auf den Fall, daß die finanzielle Lage der Stadt die Beibehaltung jenes höhern Satzes nicht erlaube, würde der Magistrat zu ersuchen sein, von der ihm kraft § 25 des Statuts zustehenden Befugniß dahin Gebrauch zu machen, daß die gleichmäßige Bequartierung der Miether und der Hausbesitzer eingeführt werde.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Man dürfe nicht die Frage in den Vordergrund stellen: wie viel der Stadt die Vergütung kosten werde; in erster Linie müsse vielmehr erwogen werden, ob 2  $\text{g}$  für Quartier und 8  $\text{g}$  für Verpflegung genüge. Dies aber glaube der Magistrat bejahen zu können, da die Quartierung in der Hauptsache keine pecuniäre Leistung, sondern nur eine Beschränkung in der Disposition über gewisse Räumlichkeiten mit sich bringe, die Nebenleistungen aber, wie Reinigung, Bettwäsche u. mit 2  $\text{g}$  täglich hinlänglich bezahlt seien. Ebenso müsse nach dem eigenen Eingeständniß vieler Theilhaftigen 8  $\text{g}$  für die Verpflegung als ausreichend angesehen werden, wenn man nämlich das ins Auge fasse, was die Einquartierten gesetzlich von ihren Wirthen beanspruchen können. Allerdings werde meistens wohl mehr gereicht; dies aber könne man doch

nicht zum Maßstab nehmen, weil sonst die Leute, welche nichts geben als was sie müssen, gradezu einen Profit machen würden. Die Heranziehung der Inquilinen glaube der Magistrat so lange als möglich hinausschieben zu müssen, da solche unfeugbar privatrechtliche Verhältnisse berühren und zahlreiche Zerwürfisse zwischen Miethern und Hauswirthern zur Folge haben würden.

Herr Schöttler weist darauf hin, daß, abgesehen von dem was der Vermögliche etwa freiwillig zulegen möge, bei den häufig eintretenden Unregelmäßigkeiten der Brotlieferung der Quartiergeber in den Fall kommen müsse, seinen Einquartierten auch Frühstück und Abendessen ohne eine Härte, deren sich Keiner werde schuldig machen wollen, nicht verweigern zu können. Dann aber dürfte es in der That zweifelhaft sein, ob 8  $\text{g}$  eine genügende Vergütung. Anderwärts sei denn auch die Entschädigung ungleich höher gegriffen; in Essen z. B. schiese die Stadt zu den erwähnten 3  $\text{g}$  9  $\text{d}$ , welche der Militärfiscus vergüte, nicht weniger als 14  $\text{g}$  bei. Nehme man nun auch an, daß dort alle Lebensbedürfnisse theurer als hier, so sei dies doch keinesfalls in dem Verhältnisse von 8 : 17 $\frac{3}{4}$  der Fall. Daß aber die Entschädigung nicht hinter dem Werthe der Leistung zurückbleiben dürfe, sei mit Rücksicht auf die bestehende Befreiung der Miether eine nicht zu umgehende Forderung der Billigkeit.

Herr Rothdurft ist geneigt, auch den Satz von 2  $\text{g}$  für die Quartierung ungenügend zu finden, namentlich in Anbetracht der Möglichkeit, daß bei täglich wechselnder Einquartierung ebenso oft auch die Bettwäsche erneut werden müßte.

Herrn v. Seckendorf, welcher zweifelt, ob in diesem ungünstigsten und jedenfalls doch nur unter argen Kriegswirren denkbaren Falle es jemals mit der Bettwäsche so genau würde genommen werden,

verweist Herr Rothdurft auf den klaren Wortlaut der bezüglichen Gesetzbestimmung.

Herr Graf Görz-Brisberg empfiehlt nochmals die Vorschläge der Commission, indem er zu bedenken giebt, daß eine Verpflegung wie Herr Schöttler sie ins Auge faßt, immer nur die allerwenigsten Quartiergeber gewähren können, Herrn Rothdurft's Bedenken aber sich durch die Erfahrung erlediige, welche Herr v. Seckendorf ohne Zweifel vollkommen richtig angedeutet habe. Als Grund für eine Erhöhung der Sätze die Befreiung der Miether gelten zu lassen, müsse grade deswegen un Zweckmäßig erscheinen, weil ja dieselben nach Maßgabe des Statuts jeden Augenblick herangezogen werden können und alsdann natürlich auf gleich hohe Vergütung Anspruch haben würden.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Der vor einem Jahre durch die Versammlung beschlossene höhere Satz habe damals allenfalls für unbedenklich gelten dürfen, obgleich in Folge davon die seitens der Stadt geleisteten Vergütungen sich

auf die verhältnißmäßig hohe Summe von 5076  $\text{fl}$  belaufen; jetzt aber, nach Ausbruch eines Krieges, dessen Dauer nicht abzusehen, müsse der Magistrat dringend vor einem Beschlusse warnen, durch welchen die Lasten der Stadt möglicherweise zum Unerträglichen gesteigert werden könnten. Abgesehen hiervon aber sei der Magistrat wie im vorigen Jahre so auch jetzt noch überzeugt, daß die allermeisten Familien hiesiger Stadt mehr als 8  $\text{gr}$  täglich für den Unterhalt jedes ihrer Glieder schwerlich anzuwenden haben und folglich unter mittelmäßigen Verhältnissen auch der Cinquartierte für diesen Betrag zu verpflegen sein werde.

Während dem gegenüber die Herren Schöttler und Flagg e auf die Wahrscheinlichkeit einer Steigerung der Lebensmittelpreise Rücksicht genommen und demgemäß den Satz von 10 resp. 12  $\text{gr}$  beibehalten zu sehen wünschen,

hält Herr Bieweg denselben hauptsächlich deswegen für gerechtfertigt, weil eine reichliche Vergütung der Cinquartierungslast das einzige Mittel, mit der besten Ungleichmäßigkeit ihrer Vertheilung einigermaßen auszuföhnen. Herr Bieweg beantragt daher:

den Satz von insgesammt 12  $\text{gr}$  beizubehalten, so lange die Quartierung nur den Hausbesitzern aufgebürdet sei; die empfohlene Herabsetzung eintreten zu lassen, sobald dazu auch die Miether herangezogen werden.

Sowohl dieser Antrag als auch der der Commission erledigt sich, indem die Versammlung dem Vorschlage des Herrn Rothdurft gemäß den Satz von 2  $\text{gr}$  für Quartierung und 10  $\text{gr}$  für Verpflegung ohne Rücksicht auf die mögliche Vertheilung der Miether genehmigt.

Ohne Discussion werden die von der Commission empfohlenen Sätze für Vorspann u. durch die Versammlung genehmigt.

Schließlich

III. berichtet namens der Schulcommission Herr Leo über ein Magistrats schreiben vom 25. v. M., laut dessen die stete Zunahme der Schüler und Schülerinnen in den Bürgerschulen neben der bereits im Bau begriffenen dritten unteren auch noch eine dritte mittlere Bürgerschule nöthig macht, deren 3., 4., 5. und 6. Knabenklasse und 6. Mädchenklasse bereits eingerichtet sind, während eine 2. Knaben- und eine 5. Mädchenklasse künftige Michaelis gebildet werden müßten. Von einem Neubau hat der Schulvorstand mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse vorläufig abzusehen und ebenso auch die Einrichtung der 2. Knabenklasse, für welche erst eine geringere und allenfalls noch in den anderen beiden Bürgerschulen unterzubringende Schülerzahl vorhanden ist, einstweilen auszusetzen beschlossen, dagegen aber beantragt, daß der mit der Herzogl. Landesregierung abgeschlossene, bis Michaelis k. J.

laufende Miethscontract wegen der Gebäude des frühern Realgymnasii fernerweit auf unbestimmte Zeit verlängert und dort auch die unentbehrliche 5. Mädchenklasse zu Michaelis d. J. eingerichtet werde.

Mit diesen Anträgen im Allgemeinen durchaus einverstanden, hält die Schulcommission für geboten, daß der Aufschub des Schulbaues auf eine bestimmte Reihe von Jahren gesichert werde, und schlägt demgemäß vor, den Contract mit der Regierung auf 6 Jahre zu verlängern. Die anderen Vorschläge des Magistrats, welche dahin gehen, daß für die neue Mädchenklasse eine Lehrerin angestellt und dieser eine Remuneration von jährlich 200  $\text{fl}$  verwilligt, auch auf die Instandsetzung der Subsellien die Summe von 25  $\text{fl}$  aus der Gemeindeschulkasse verwandt werde, werden unverändert zur Genehmigung empfohlen. Da sich außerdem nachträglich herausgestellt hat, daß die in Rede stehenden Localitäten dringend einer Reparatur bedürfen, so beantragt die Commission ferner, daß der Stadtmagistrat ermächtigt werde, dieselben unter Aufsicht des Stadtbaumeisters durch den Mindestfordernden vornehmen zu lassen.

Mit dem ersten Zusatz der Commission erklärt namens des Magistrates der Herr Oberbürgermeister Caspari sich einverstanden, indem er bemerkt, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der ins Auge gefaßte Schulbau noch weiter als auf sechs Jahre müsse aufgeschoben werden und deswegen eine Verlängerung des Contracts auf mindestens 6 Jahre sich empfehlen dürfte.

Die Versammlung genehmigt mit dieser Modification die von der Commission empfohlenen Maßnahmen,

worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung werden einige Gesuche um Ertheilung des Wohnortrechts erledigt.





1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 218. Stücke de 1870  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 9.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 15. September 1870.

---

Abwesend waren und galten für entschuldigt die Herren Braess, Leo, Schöttler.

Die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet,  
genehmigt die Versammlung, unter Berichtigung mehrerer am Schlusse des  
vorliegenden Protocolls aufgeführter Druckfehler, die Protocolle vom 23. Juni,  
21. Juli und 4. August.

Hierauf nimmt der Herr Vorsitzende das Wort: Die zuversichtliche Hoffnung, welche er an dieser Stelle bei Beginn des Krieges gegen Frankreich ausgesprochen, sei nicht nur in Erfüllung gegangen, sondern in fast wunderbarer Weise von den glänzenden Erfolgen übertroffen, die in wenig Wochen unter schweren Kämpfen von den deutschen Heeren errungen worden. Stehe auch das Ende des Krieges noch nicht in naher Aussicht, so sei so viel doch gewiß, daß er siegreich für unser Vaterland beendet werden und eine bis dahin noch nicht dagewesene Epoche materieller und politischer Wohlfahrt für dasselbe hereinführen werde. Diese Erfolge verdanken wir den heldenmüthigen Anstrengungen unserer tapferen Heere und ihrer Feldherren, an ihrer Spitze des greisen Königs, in dem wir, so Gott will, binnen kurzem das Oberhaupt des geeinigten deutschen Vaterlandes begrüßen werden. Die Versammlung werde es daher billigen, wenn zum Ausdruck der Gefühle, die uns befeelen, von den Vorstehern der städtischen Behörden nach dem glänzenden Siege

in der Entscheidungsschlacht bei Sedan im Namen der Bürgerschaft ein Dankes-telegramm an den König von Preußen abgesandt worden sei.

Dasselbe lautet:

Sr. Majestät, König Wilhelm von Preußen.

Dem Königlichen Feldherrn, der Deutschlands Heere von Sieg zu Sieg führt, dem Hohen Schirmherrn des geeinigten Deutschen Volkes, erlaubt sich auch Braunschweigs Bürgerschaft, die unterthänigsten Glückwünsche dazubringen, den tiefgefühlten Dant und die innigste Verehrung auszusprechen durch ihren Magistrat und ihre Stadtverordneten.

Braunschweig, den 6. September 1870.

Caspari,  
Oberbürgermeister.

Haesler,  
Stadtverordnetenvorsteher.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari fügt hinzu: Daß dies Telegramm nicht vorher der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt sei, werde bei der Zweifellosigkeit ihres Einverständnisses mit dem Schritte selbst um so eher für entschuldigt gelten dürfen, als nach Lage der Sache ein längerer Aufschub wenig angemessen gewesen wäre. Eine Antwort Sr. Majestät sei bis jetzt nicht erfolgt, was in der Schwierigkeit der Verkehrsverbindungen und der Ueberhäufung des Großen Hauptquartiers mit den wichtigsten Geschäften seine Erklärung finde.

Der Aufforderung des Herrn Vorsitzenden Folge leistend, erhebt sich zum Zeichen ihrer Zustimmung die Versammlung von den Sigen.

Hierauf der Tagesordnung gemäß,

I. trägt der Herr Vorsitzende namens der Finanzcommission Folgendes vor.

Bekanntlich sei von den städtischen Behörden Berlins der Gedanke angeregt worden, den durch Leistungen an die durchziehenden Heere erschöpften deutschen Grenzlandscraften am Rhein durch freiwillige Gaben aus den Mitteln der Städte des übrigen Deutschland zu Hilfe zu kommen. Nachdem durch einen Bericht des Professor Gneist festgestellt, daß schwere Nothstände in den dortigen Gegenden bereits eingetreten sind und schwerere noch bevorstehen, falls nicht bei Zeiten hilfreich eingegriffen wird, habe Berlin 1 % seines Jahresbudgets verwilligt und seien diesem Beispiel andere Städte bereits gefolgt. In der Ueberzeugung nun, daß Braunschweig, wie immer wo es eine Bethätigung seines deutschen Patriotismus und seines Mitgefühls für fremde Leiden gilt, auch in diesem Falle nicht werde zurückbleiben wollen, beantrage der Magistrat, daß dem Berliner Magistrate, der sich zur Annahme

und Weiterbeförderung der eingehenden Beiträge bereit erklärt, aus der hiesigen Stadtkasse die Summe von 1500  $\text{fl}$  — ebenfalls etwa 1 % des städtischen Einnahmeetats — übersandt werde, ein Vorschlag, welchen die Finanzcommission auf das Angelegentlichste zur Genehmigung empfehlen müsse.

Ohne Discussion und einstimmig wird diese Verwilligung von der Versammlung ausgesprochen.

II. Zufolge einer Aufforderung des Magistrats schreitet die Versammlung zur Erneuerung der Commission für Einschätzung zur Gewerbesteuer, indem sie auf den Antrag des Herrn Vorsitzenden den bisherigen Mitgliedern, Herren

Flagge, Kloss, Overlach, Solmitz,  
ihr Mandat auf das Jahr bis October 1871 verlängert.

III. Mit einem Schreiben vom 24. v. M. hat der Magistrat die Anschläge des Stadtbauemeisters über die Instandsetzung der für den Magistrat bestimmten Dienstlocale in dem vormals Krauseschen Hause am Wilhelmplatz und über die damit zusammenhängenden Veränderungen in dem untern Stockwerke des Städtchhauses mitgetheilt. Die Kosten für Baulichkeiten belaufen sich auf 1055  $\text{fl}$ ; für Gasbeleuchtung sind 141  $\text{fl}$  26  $\text{gr}$  6  $\text{d}$ , für einen pneumatischen Telegraphen 50  $\text{fl}$ , für das Mobiliar 1000  $\text{fl}$  angesetzt, so daß im ganzen 2246  $\text{fl}$  26  $\text{gr}$  6  $\text{d}$  zu verwenden sein werden. Mit den zur Herrichtung des vermiethteten zweiten Stockwerks bereits verwilligten 375  $\text{fl}$  wird also die Summe von 2000  $\text{fl}$ , welche ursprünglich für erforderlich gehalten war, um 621  $\text{fl}$  26  $\text{gr}$  6  $\text{d}$  überschritten werden müssen, welche der Magistrat zu verwilligen beantragt, überzeugt, daß diese Ueberschreitung zu Ausstellungen nicht berechtige, da der Umfang derartiger Erfordernisse auch bei der genauesten Untersuchung, wie solche in diesem Falle überdies nicht einmal möglich war, mit voller Bestimmtheit sich nicht feststellen lasse.

Die Finanzcommission, für welche Herr Graf Gorch-Wrisberg berichtet, schließt sich diesem Antrage an,  
und wird derselbe hierauf auch von der Versammlung angenommen.

IV. Wie ein Schreiben des Magistrats vom 29. v. M. mittheilt, ist in Gemäßheit des Beschlusses vom 23. Sept. d. J. der bis vorige Oftern für 200  $\text{fl}$  jährlich an die Weinhändler Pappée und Bischoff vermiethtet gewesene Keller unter dem Neustadt-Rathhause sachdienlich in Stand gesetzt, in dem zu anderweitiger Vermiethtung desselben anberaumten Termine aber nur der Brauereibesitzer G. G. Thies erschienen, welcher das Gebot abgegeben hat, den Keller für 100  $\text{fl}$  jährlich, jedoch unter der Bedingung zu miethen, daß derselbe zuvor mit Asphalt ausgegossen oder

mit Barnsteinen gepflastert werde. Da dies eine Auswendung von bzw. 980 und 325  $\text{fl}$  verursachen würde, hatte der Magistrat die Offerte ablehnen und nochmals eine öffentliche Vermietung versuchen zu müssen geglaubt, bis vor einigen Tagen der Brauereibesitzer Thies sich bereit erklärt hat, den Keller für den angegebenen Miethpreis unter Verzichtleistung auf seine früheren Forderungen zu übernehmen. In Erwägung, daß der Keller zum größten Theile nicht gewölbt ist und mithin zu den weniger gesuchten gehört, glaubt der Magistrat auf ein günstigeres Gebot bei nochmaliger Licitation nicht rechnen zu können und giebt daher der Versammlung anheim, sich einverstanden zu erklären, daß der fragliche Keller von Michaelis d. J. ab auf 6 Jahre an den Brauereibesitzer Thies zu 100  $\text{fl}$  jährlich vermietet werde.

Namens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorf empfohlen, wird auch dieser Antrag ohne Weiteres von der Versammlung genehmigt.

#### Ferner

V. berichtet namens der Finanzcommission Herr Reidemeister, daß laut eines Magistratschreibens vom 31. v. M. von den Stammkapitalien der Stadtkasse 5000  $\text{fl}$  4procentige und 500  $\text{fl}$  3½ procentige Landesschuldverschreibungen ausgelooft worden, welche am 7. Oct. d. J. zur Rückzahlung kommen und dann wieder zu belegen sind. Da sich nun eine Gelegenheit bietet, zu derselben Zeit eine zur ersten Hypothek stehende und mit 5 % verzinsliche Forderung von 6000  $\text{fl}$  an dem Hause sub **N** ass. 2020 am Bohlwege zu erwerben, dieses Haus zu 13400  $\text{fl}$  versichert ist, und jene 5500  $\text{fl}$  mit anderen vom Vermögen der Stadt bei der Stadtkasse eingegangenen Beträge auf 6000  $\text{fl}$  erhöht werden können: so beantragt der Magistrat und in Uebereinstimmung mit demselben die Finanzcommission die Genehmigung dieser Anlage,

welche hierauf auch von der Versammlung ausgesprochen wird.

#### Nachdem alsdann

VI. die Versammlung zu einer vom Magistrate unterm 31. v. M. vorgeschlagenen anderweitigen Vermietung der Wohnung im obern Stockwerk der vorthalligen Katharinen-Schreibschule ihre Zustimmung ertheilt hat,

VII. trägt namens der Finanzcommission Herr Gravenhorst auf Grund eines erst nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Schreibens des Magistrates vor, daß dem Bedell der mittlern Bürgerschule öfl. Bezirks, dessen Wohnräume an Feuchtigkeit leiden, das Lehrerconferenzzimmer zur Benutzung überwiesen und demnach seitens der Lehrer der Wunsch ausgedrückt ist, zu ihren Conferenzen

das bisher zum Unterrichte der Schulamtspräparanden benutzte Local eingeräumt und für letztern Zweck einen anderen Raum hergerichtet zu sehen, wozu nach dem Anschlage des Stadtbaumeisters eine Aufwendung von 90 ₰ erforderlich sein würde.

Auf übereinstimmenden Antrag des Magistrats und der Finanzcommission wird diese Summe verwilligt.

### Schließlich

bringt auf Anregung des Herrn Reuter der Herr Vorsitzende einen Irrthum zur Sprache, welcher sich in das bezügliche Rückschreiben an den Magistrat und von da in das Statut vom 1. Juli d. J. die Stadterweiterung betreffend, eingeschlichen hat. In § 6 desselben wird nämlich die Anlage von Wasserleitungen auf den innerhalb des Erweiterungsplanes belegenen Heerstraßen davon abhängig gemacht, daß auf 100 Fuß Straßenlänge mindestens für 8 ₰ Wasser consumirt werde, während diese Voraussetzung laut des Protocolls vom 14. October 1869 der in dem ursprünglichen Entwurfe des Statuts aufgestellten: daß auf der bezeichneten Strecke mindestens für ein Haus die Verpflichtung zum Wasserconsum eingegangen sei, als gleichbedeutend zur Seite treten, also entweder das Eine oder das Andere erforderlich sein sollte. Nachdem constatirt ist, daß dies in der That der Absicht der Versammlung entspricht, erklärt der Herr Vorsitzende, den Magistrat hiervon actenmäßig in Kenntniß setzen und um geeignete Berichtigung ersuchen zu wollen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurden mehrere Wohnortrechtsgesuche und eine Steuerreclamation erledigt.

### **Verichtigungen.**

**M** 7 der diesjährigen Protocolle S. 4 ist unter 2 statt 500  $\mathfrak{P}$  zu lesen 100  $\mathfrak{P}$ , unter 3 statt 144  $\mathfrak{P}$  114  $\mathfrak{P}$ .

**M** 8 ist irrthümlich Herr Bieweg als abwesend aufgeführt.

1870.

(Fortsetzung der Beilage zum 249. Stücke de 1870  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N<sup>o</sup> 10.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 23. October 1870.

Abwesend waren und wurden als entschuldigt angesehen die Herren Kloss, Overlach, Reuter. Ohne Entschuldigung fehlte Herr Steinmann.

Die Sitzung wird durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet.

Vor Beginn der Tagesordnung

macht Herr Oberbürgermeister Caspari die Mittheilung, daß nach dem Vorgange anderer Städte auch hier der Magistrat eine Hilfsleistung für die Stadt Straßburg ins Auge gefaßt habe. Daß eine solche nicht wohl versagt werden könne, werde keinem Zweifel unterliegen; die Frage sei nur, ob der geeignete Zeitpunkt bereits erschienen sei. Nicht daß etwa noch für ungewiß gelten dürfte, ob Straßburg deutsch bleiben werde; wohl aber müsse man bei dem Mangel einer geordneten Stadtverwaltung daselbst für zweckmäßig halten, zuvor erst Erkundigungen darüber einzuziehen, durch Wen und an Wen eine Unterstützung zu ergehen habe. Der Magistrat habe zu diesem Ende bereits Schritte eingeleitet und beantrage demnach, geeigneten Falls bis zu 1000  $\mathfrak{M}$  aus der Stadtcasse verabsolgen zu dürfen.

Mit dem Antrage des Herrn Peters: gleichzeitig darauf ein Augenmerk zu richten, ob nicht auch die Stadt Kehl einer Unterstützung dringend bedürftig und event. ihr ein Theil der zu verwilligenden Summe zuzuwenden sei,

erklärt der Herr Oberbürgermeister Caspari sich einverstanden.



Desgleichen der Herr Vorsitzende, obschon zu hoffen stehe, daß Kehl einen Ersatz seiner Schäden aus den französischen Kriegssentschädigungsgeldern empfangen werde.

Herr Bieweg schlägt vor, den diesseitigen Beitrag auf 1200  $\text{fl}$  festzusetzen und zu bestimmen, daß 1000  $\text{fl}$  davon für Straßburg, 200  $\text{fl}$  für Kehl verwandt werden sollen.

Diesen Antrag erhebt die Versammlung einstimmig zum Beschlusse.

#### Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet sodann namens der Finanzcommission Herr Gravenhorst über den verjährigen Rechnungsabschluß des städtischen Wasserwerks und dessen Voranschlag für das Jahr 1870, welches beides in authographischen Vervielfältigungen der Versammlung mit einem Magistratschreiben vom 3. d. Mts. zugegangen ist.

Abgesehen von den Erträgen für Straßenbesprengung und für Herstellung von Privatleitungen, welche etwas zurückgegangen sind, zeigen sämtliche Einnahmepositionen des Rechnungsabschlusses gegenüber denen des Voranschlags eine nicht unerhebliche Steigerung. In Folge vergrößerten Betriebes sind allerdings auch verschiedene Ausgabepositionen des Voranschlags überschritten worden; das Gesamtergebnis indessen ist ein sehr günstiges gewesen, indem nach Berichtigung einer alten Schuld im Betrage von 1648  $\text{fl}$  15  $\text{gr}$  2  $\text{sch}$  und nach Rückzahlung eines ausgeliehenen Capitals von 1000  $\text{fl}$  an die Gasanstalt, immer noch einschließlich der Ausstände und der für das Privateinrichtungsconto angeschafften Vorräthe ein Ueberschuß von 5058  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  2  $\text{sch}$  erzielt ist. Der Magistrat gründet auf diesen Erfolg das Vertrauen, daß das Wasserwerk aus seinen eigenen Erträgen auch dann noch zu unterhalten sein werde, wenn zur nothwendigen Vervollständigung des Werkes, wie solche für die nächste Zukunft in Aussicht genommen werden muß, ein größeres Capital aufzuwenden ist. Vorbehaltlich einer Vergleichung mit den Büchern, ist gegen die einzelnen Ansätze des Rechnungsabschlusses und ebenso gegen die Vorschläge der Direction wegen Verwendung der Ueberschüsse nichts zu erinnern, und wird demnach der Versammlung anheim gegeben, sich einverstanden zu erklären, daß

- 1) der Direction des Wasserwerks für das Rechnungsjahr 1869 unter dem angegebenen Vorbehalt Decharge erteilt, und
- 2) von dem Reingewinn zu 5058  $\text{fl}$  1  $\text{gr}$  2  $\text{sch}$ ,
  - a. 1500  $\text{fl}$  zur Einlösung der ausgelosten Obligationen verwandt,
  - b. 933  $\text{fl}$  4  $\text{gr}$  dem Privateinrichtungsconto erstattet und dem Bauconto zur Last geschrieben,
  - c. 2200  $\text{fl}$  zur Anschaffung eines dritten Dampffessels verwandt, und
  - d. 424  $\text{fl}$  21  $\text{gr}$  1  $\text{sch}$  dem Betriebsfond gutgeschrieben werden.

Der Voranschlag, welcher durch die auch jetzt noch nicht erledigte Prüfung mehrerer Anträge der Direction auf neue Anlagen verspätet ist, beruht wiederum wesentlich auf den Ergebnissen des Vorjahrs. Wenngleich nun zu hoffen, daß die Ueberschüsse sich höher als jetzt angenommen wird, herausstellen werden, so sind doch Magistrat und Verwaltungsdeputation der Ansicht, daß zur Erhöhung einzelner Ansätze eine genügende Veranlassung nicht vorliege, weswegen sie die Genehmigung des Voranschlages in seiner gegenwärtigen Gestalt beantragen.

Die Commission schließt sich rücksichtlich des Rechnungsabschlusses sowohl wie des Voranschlages den Anträgen des Magistrates an, welche dann auch seitens der Versammlung genehmigt werden.

Es folgt

II. durch Herrn Graf Görz-Wrisberg erstattet, der Bericht der Statutencommission über den Entwurf eines „Reglement, das Verfahren bei Veranlagung der Steuerpflichtigen hiesiger Stadt zur Gemeindesteuer und bei Erledigung der Reclamationen gegen die Veranlagung sowie bei Erhebung der Gemeindesteuer betreffend.“

In einem Schreiben vom 28. Juli v. J. hatte der Magistrat mehrfache Aenderungen des Einschätzungsverfahrens vorgeschlagen, deren Mehrzahl dann am 19. August 1869 von der Versammlung genehmigt wurde, während einige noch unerledigt blieben. Von diesen ging einer dahin, zu den Communallasten inskünftige nicht allein die eigentlichen Gemeindegemeinden und die einen bestimmten Zeitraum hier wohnhaft gewesenen Fremden, sondern auch auswärtige Gewerbetreibende, welche in hiesiger Stadt Commanditen errichten, sowie die von Actiengesellschaften betriebenen größeren Gewerbe heranzuziehen. Da die städtischen Behörden sich zu einer einseitigen Abänderung des § 146 der rev. Städteordnung nicht befugt halten konnten, so ist auf Beschluß der Versammlung bei Herzogl. Landesregierung ein Antrag auf entsprechende Neuordnung dieser Verhältnisse im Wege der Gesetzgebung eingereicht, eine Bescheidung hierauf indessen noch nicht erfolgt. Unerledigt blieben sodann auch noch die Vorschläge des Magistrats, 1) für die Steuerpflichtigen von mindestens 1000  $\mathfrak{M}$  Einkommen an Stelle des bisherigen Einschätzungsverfahrens eine Selbstabschätzung eintreten zu lassen, und 2) als Maximum eines jährlichen Steuerbetrags die Summe von 500  $\mathfrak{M}$  festzusetzen — Vorschläge, über welche die Commission bei der tiefgreifenden Bedeutung namentlich des ersten derselben zu einer festen Ansicht noch nicht hatte gelangen können, und die daher der Magistrat nochmals in dem Schreiben vom 6. November v. J. zur Erörterung gebracht hat.

Die Selbstabschätzung in Betracht zu ziehen ist der Magistrat vornehmlich durch die notorische Unsicherheit veranlaßt worden, an welcher die Veranlagungen zur

Communalsteuer auch bei sorgsamster Anwendung aller vorgeschriebenen Erkundigungsmittel vielfach leiden. Da die Steuerdeputationen jede Ueberbürdung möglichst zu vermeiden bemüht sind, so ist fast unvermeidlich, daß gerade die größeren Einkommen zunächst meistens unter ihrem wirklichen Betrage eingeschätzt werden; die Erkenntniß solcher Fehlgriiffe aber führt dann dahin, die Ansätze des einen Jahres, falls dagegen nicht reclamirt wurde, im nächsten Jahre, häufig ohne ersichtlichen Grund, zu erhöhen, um so gewissermaßen im Wege des Versuchs das richtige Maß allmählig zu ermitteln. Beides eine stete Quelle von Unzufriedenheit unter den Steuerpflichtigen, indem, mit oder ohne Grund, die Klagen über zu hohe Veranlagung sehr oft darauf fußen, daß in bestimmten anderen Fällen zu niedrig veranlagt worden sei. In der Selbstabschätzung nun glaubt der Magistrat ein Mittel gefunden zu haben, diesen Uebelständen abzuhelpen. Die Einschränkung derselben auf die Steuerpflichtigen mit einem mutmaßlichen Einkommen von 1000  $\mathfrak{M}$  und mehr ist nicht etwa ins Auge gefaßt, um die höheren Steuerklassen zu begünstigen, sondern lediglich deshalb, weil geringere Einnahmen sich in der Regel nicht mit solcher Sicherheit berechnen lassen, daß sie allenfalls eiblich erhöht werden könnten. Nach Analogie des neuerdings für die Stadt Berlin eingeführten Regulativs hält der Magistrat für erforderlich, daß den Stadtverordneten die Befugniß bleibe, die eingebrachten Angaben zu prüfen, falls sich Zweifel gegen deren Richtigkeit erheben, weitere Aufklärungen von den Steuerpflichtigen zu fordern, wenn nöthig einen Eid darüber aufzuerlegen, und so auf die eine oder andere Weise die Steuerbeträge endgültig festzustellen.

Für den vorgeschlagenen Maximalsteuersatz macht sich die Erwägung geltend, daß, wenngleich von den wohlhabenderen Gemeindegemeinschaften verhältnißmäßig höhere Beiträge zu den Lasten der Gemeinde gefordert werden können, als von den weniger bemittelten, immerhin doch auch zwischen diesen Beiträgen und den Vortheilen des Mitgenusses der communalen Wohlfahrts-einrichtungen ein billiges Verhältniß bestehen muß, welches nach der Ansicht des Magistrates gestört werden würde, wenn erstere hier die Summe von 500  $\mathfrak{M}$  jährlich überstiegen.

Aus den Verhandlungen der Statutencommission über diese Vorschläge ist der gegenwärtige Reglementsentwurf hervorgegangen.

Den Antrag auf Selbstabschätzung hat die Commission nicht geglaubt sich eignen zu können, so sehr sie auch eine Aenderung in dem bisherigen Einschätzungsverfahren als wünschenswerth anerkennt. Zunächst nämlich scheint ihr die Befürchtung keineswegs ausgeschlossen, eine derartige Einschränkung werde eine große Anzahl Steuerpflichtiger in Versuchung führen, von der Wahrheit weit abweichende Angaben zu machen — zum Nachtheil nicht sowohl der Stadt als der anderen Steuerzahler. Wenn ferner bislang ein Jeder, welcher sich seiner Meinung nach zu hoch eingeschätzt glaubte und gleichwohl dann seine Reclamation abgelehnt sah,

mehr oder minder auf die Stadtverordneten einen Unwillen warf, so würden dem diese bei der vorgeschlagenen neuen Weise nicht nur nicht überhoben, sondern in dem Maße mehr ausgesetzt sein, je unvermeidlicher jede Verwerfung der eigenen Angabe eines Steuerpflichtigen gewissermaßen als Vorwurf einer Wahrheitswidrigkeit gedeutet werden müßte. Vollends aber müsse die Commission eine Beschränkung des Selbsteinschätzungsrechtes auf gewisse obere Steuerklassen für durchaus unthunlich halten. Allerdings sei richtig, was der Magistrat von der Schwierigkeit einer sichern Berechnung kleiner Einkommen bemerke; auch lasse sich nicht verkennen, daß es die Arbeitslast der städtischen Behörden unberechenbar vermehren müßte, wenn etwa alle Steuerpflichtigen zur Selbstabschätzung zugelassen würden. Da aber jede Ungleichmäßigkeit in der Behandlung von Arm und Reich mit Unzuträglichkeiten verbunden, die man um keinen Preis in den Kauf nehmen dürfe, so seien jene Bedenken gegen die allgemeine Einführung der Selbsteinschätzung nur soviel Gründe mehr, auf letztere gänzlich zu verzichten.

Der Herr Vorsitzende verstellt zunächst diese principielle Frage zur Berathung.

Herrn Reidemeister erscheinen die von der Commission geltend gemachten Gegengründe nicht so durchschlagend, daß darum das Princip von vornherein aufgegeben werden müßte. In Anbetracht der zahlreichen und heftigen Klagen über die bei den jetzigen Veranlagungen vorkommenden Mißgriffe — Klagen, denen man unter allen Umständen werde Rechnung tragen müssen — halte er vielmehr für sehr zweckmäßig, daß den Steuerpflichtigen Gelegenheit gegeben werde, bei ihrer Besteuerung die eigene Einsicht zur Geltung zu bringen. Je größer die Verantwortlichkeit, welche damit jedem Einzelnen auferlegt werde, desto weniger sei Grund zu der Befürchtung, daß sich ihrer Bürgerpflicht sogar Viele entziehen möchten; mit weit besserem Rechte dürfe man hoffen, daß die von dergleichen Pflichtvergessenheit etwa verursachten Ausfälle durch die überwiegende Menge Derer werden ausgeglichen werden, welche eine richtige Selbstabschätzung als Ehrensache betrachten. Allerdings aber — insoweit stimme er der Commission bei — würde das Verfahren alsdann auf alle Steuerpflichtigen ohne Ausnahme auszudehnen sein.

Herr Flaggge unterstützt diese Ausführungen, indem er insbesondere hervorhebt, wie man bei dem jetzigen Verfahren vier Fünfteln aller Steuerpflichtigen ohne allen Anhalt für die Beurtheilung ihrer Verhältnisse gegenüberstehe, während sich in der Selbstabschätzung eine ebenso sichere wie einfache Auskunft darzubieten scheine, zumal wenn deren Ergebnisse der Oeffentlichkeit übergeben würden.

Herr Schöttler hingegen glaubt vor idealistischen Voraussetzungen wie die, von denen die Herren Vorredner ausgegangen, nachdrücklich warnen zu sollen. Auf den Unzuträglichkeiten, denen man zu entgehen strebe, würde man bei der Selbstabschätzung nur in erhöhtem Maße ausgesetzt sein. Mit welchem Rechte der-

selben größere Zuverlässigkeit könne nachgerühmt werden, sei an der Anzahl solcher Reclamationen zu ermessen, welche bisher als völlig unbegründet zurückzuweisen waren: unbedenklich werde man annehmen dürfen, daß Leute, die dergleichen nicht scheuen, sich selbst von vornherein zu niedrig einschätzen, ihrem Beispiel dann aber auch Andere folgen würden, welche den Sachverhalt zu durchschauen im Stande und der Ansicht seien, auf keinen Fall mehr steuern zu dürfen als der gleichsittirte Nachbar. Was sodann die Unzufriedenheit unter den Steuerpflichtigen anlange, so liege auf der Hand, zu welcher Höhe dieselbe steigen müßte, wenn man sich erst in die Nothwendigkeit versetzt sähe, den Selbsteinschätzungen in vielen Fällen Zweifel und Mißtrauen entgegen zu setzen.

Herr Reidemeister vermag die Beweisraft unberechtigter Reclamationen in dem von Herrn Schöttler behaupteten Sinne nicht anzuerkennen, da dieselben theils im Verhältniß zur Masse der Steuerzahler doch nur in geringer Zahl vorkommen, theils nicht sowohl aus bewußtem Eigennutze, als eben aus jenem falschen Principe hervorgehen, den Maßstab der Steuerpflicht nicht von den eigenen Verhältnissen, sondern aus der Vergleichung mit den Leistungen Anderer herzunehmen. Den zweiten Einwand des Herrn Vorredners anlangend, so sei allerdings unerlässliche Voraussetzung, daß die Ergebnisse der Selbsteinschätzung nicht mehr bemängelt werden dürfen.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Ueber die Frage, ob Selbsteinschätzung oder nicht, wolle er sich hier nicht weiter auslassen. Die Erklärung aber müsse er mit aller Entschiedenheit abgeben, daß der Magistrat nun und nimmer darauf würde eingehen können, wenn Herrn Reidemeisters Standpunkt zur Geltung kommen, gegen offenbar unrichtige Selbstabschätzungen keine Remedur möglich sein sollte. Nirgend sei denn auch eine so weit greifende Befugniß der Steuerzahler zugelassen. Es komme keineswegs nur darauf an, daß der Stadt durch unredliche Gemeindegemeinden kein Schaden erwachse, was eigentlich überhaupt nicht möglich, da für ihre Bedürfnisse auf alle Fälle gesorgt werden müßte; ebenso dringlich und berechtigt sei die Forderung, die Gemeindefürsorge nach richtigen Grundsätzen und gleichmäßig zu vertheilen. Wenn aber, wie allerdings sehr zu befürchten stehe, eine Anzahl von Steuerpflichtigen sich zu niedrig einschätze, so würden diese schlechten Bürger auf Kosten aller besseren einen Profit machen. Zuzugeben sei, daß eine Remedur unter solchen Umständen ungleich peinlicher sein würde, als eine zu hohe Einschätzung durch die städtischen Behörden. Es entstehe eben die Frage, ob man dies neben den Vortheilen, die man sich sonst etwa von der Selbsteinschätzung versprechen dürfe, mit in den Kauf nehmen wolle. Noch viel bedenklicher freilich als durch diese Schattenseite werde die ganze Steuerung, wenn man einmal die Möglichkeit sehe, dieselbe wegen der damit verbundenen Mißbrauche eines Tages, viel-

leicht schon nach wenigen Jahren, wieder abschaffen zu müssen, was natürlich nicht geschehen könnte, ohne auf Braunschweig einen häßlichen Makel zu werfen.

Der Herr Graf Götz-Wrisberg. Wenn Herr Reidemeister meine, die Commission sei in erster Linie der Selbstschätzung abgeneigt, weil sie davon ungünstige finanzielle Resultate besorge, so befinde er sich im Irrthum: was hauptsächlich dagegen spreche, das sei — wie auch der Herr Oberbürgermeister bereits hervorgehoben habe — die ungerechte Belastung der Gewissenhaften zu Gunsten Eigennütziger, der dies Verfahren Thür und Thor öffnen würde. Herr Flaggge berufe sich auf die peinlich empfundene Unsicherheit der bisherigen Einschätzungscommissionen. Hierin aber werde durch die Selbstabschätzungen kaum eine Aenderung eintreten, da man bei der nicht zu umgehenden Einschränkung dieser Befugniß der Mehrzahl aller Steuerpflichtigen gegenüber genau in derselben, gegenüber Denen aber, deren Selbsteinschätzung man nicht unbedingt Glauben schenken könnte, in noch viel unangenehmerer Lage sein würde. Was Herr Reidemeister über die Beweggründe der vorkommenden ungerechtfertigten Reclamationen muthmaße, treffe nicht für alle Fälle zu; wenigstens höre man von Reclamanten nie eine Berufung auf die Einschätzungen von Ihresgleichen, vielmehr stets die Behauptung, daß ihr Einkommen effectiv zu hoch angesetzt sei. Unter diesen Umständen könne die Commission nur nochmals anheim geben, die Anträge auf Einführung der Selbsteinschätzungen abzulehnen.

Die Versammlung beschließt dem gemäß, und ist somit das Selbsteinschätzungsverfahren im Princip beseitigt.

Die Berathung wendet sich hiernach zu dem vorliegenden Reglementsentwurfe im Einzelnen.

Der Eingang desselben, welcher die Aenderung des auf dem Reglement vom October 1855 beruhenden Verfahrens mit Berufung auf die §§ 146, 147 und 166 der rev. Städteordnung motivirt, wird ohne Discussion genehmigt.

§ 1 verfügt in seinem ersten Abtheilung die Veranlagung der steuerpflichtigen Einwohner nach der angeschlossenen Classificationstabelle, zu deren Erläuterung

Herr Graf Götz-Wrisberg bemerkt: Dieselbe schliesse sich im Ganzen der früheren Scala an, enthalte jedoch einige nicht unbedeutende Abweichungen, welche eine festere Regelmäßigkeit der Steigerung herstellen. Als niedrigster Steuersatz seien  $\frac{4}{5}$  Proc. des Einkommens festgesetzt; durch den im § 195 der rev. Städteordnung ausgesprochenen Grundsatz, daß die Steigung von da bis zur höchsten Steuerklasse das Verhältniß 1 : 4 nicht überschreiten dürfe, werde als höchster Satz  $\frac{16}{5}$  proc. gegeben. Innerhalb dieses Abstandes nun sei die Vertheilung in der Weise vorgenommen, daß die acht unteren Classen mit  $\frac{4}{5}$  proc. besteuert werden, wonach denn die erste bis dritte je 2 Sgr., die vier nächsten je 4 Sgr., die achte 16 Sgr. weniger zu steuern habe als bisher. Für die neunte Classe, welche mit

$\frac{5}{6}$  proc. angesetzt sei, bleibe der frühere Steuerbetrag; von der zehnten bis zur höchsten (25.) Klasse aber gebe es in Folge der jedesmal um  $\frac{1}{5}$  proc. fortschreitenden Steigerung wiederum nur zwei, in denen die bisherige Steuer niedriger war, als die künftige: die elfte und die dreizehnte Klasse, welche bisher mit 7  $\text{fl}$  bzw. 9  $\text{fl}$  10  $\text{gr}$  veranlagt, fernerhin 7  $\text{fl}$  6  $\text{gr}$  und 9  $\text{fl}$  24  $\text{gr}$  werden zu zahlen haben. Alle übrigen Klassen seien um einige Thaler geringer besteuert. Ein Bedenken hiergegen könne deshalb nicht entstehen, weil innerhalb der bezeichneten Klassen die Steigerung um  $\frac{1}{5}$  proc. immer schon auf je 100  $\text{fl}$  eintrete, was bisher nicht der Fall gewesen sei. Einen höhern Maximalsatz vorzuschlagen, verbiete die schon erwähnte Bestimmung der Städteordnung. Ein Vorzug dieser Scala bestehe endlich auch darin, daß sich die hier festgestellten Steuerbeträge in bequeme Monatsquoten zerlegen lassen und somit auf den Fall geringern Bedarfs der Stadt eine leichte Möglichkeit gegeben sei, die Steuer nur theilweis zu erheben.

Bei Verathung der Classificationstabelle habe der Commission denn auch der früher eingebrachte Antrag des Herrn Ehrenhard vorgelegen: die beiden untersten Einkommensklassen von Beiträgen zur Gemeindesteuer gänzlich zu entbinden. In Erwägung jedoch vornehmlich des Umstandes, daß nach den bestehenden Gesetzen alle Wahlrechte durch die Steuerpflicht bedingt seien, und daß es eine ungerechtfertigte Härte sein würde, einen nicht kleinen Theil der ärmeren Gemeindegemeinschaften politisch rechtlos zu machen, habe die Commission diese Befreiung nicht empfehlen können.

Um diesen Antrag dreht sich zunächst folgende Verathung.

Herr Ehrenhard hält seinen Antrag als eine Forderung der Billigkeit aufrecht. Allerdings habe er selbst in einer gewissen Zwischenzeit von Verfolgung desselben Abstand genommen, nachdem nämlich der Herr Oberbürgermeister ihm in einer privaten Besprechung nachgewiesen, daß die beabsichtigte Erleichterung nothwendig eine um so strengere Controle der kleinsten Einkommen zur Folge haben und somit in den meisten Fällen nur zu deren größerer Belastung ausschlagen würde. Da indessen dieser Uebelstand durch das in dem vorliegenden Reglement angebahnte verbesserte Einschätzungsverfahren erheblich gemindert werden dürfte, so glaube er den Antrag nunmehr wieder aufnehmen zu sollen. Der Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Steuerpflicht könne nicht dagegen geltend gemacht werden, wenn man es dem Einzelnen überlasse zu entscheiden, ob er sein Wahlrecht um den Preis der Steuerfreiheit daran geben wolle oder nicht.

Ein derartiges Selbstbestimmungsrecht erklärt der Herr Oberbürgermeister Cappelari für durchaus unzulässig, indem dasselbe nicht nur allen gesetzlichen Bestimmungen widerspreche, sondern unfehlbar auch dahin führen würde, daß sich die Einzelnen das eine Mal, wenn ihnen gerade daran läge, ein Wahlrecht auszuüben, der Steuerpflicht unterwürfen, ein anderes Mal derselben entzögen. Demnach gebe

es nur die Alternative, die kleinen Einkommen entweder als steuerpflichtig gelten zu lassen oder nicht. Eine Härte sei erstens mit nichts: mit geringer Enthaltfamkeit werde auch der ärmste Arbeiter einen Steuerbetrag von 24 Sgr. jährlich aufbringen können, und so sei denn auch fast überall das Einkommen von 100  $\mathfrak{P}$  an den Gemeindesteuern unterworfen, vielmwärts, und so auch hier in dem Gesetze, durch welches 1849 der Versuch der Einschätzung zu einer Staats-Einkommensteuer gemacht wurde, sogar schon ein Einkommen von 50  $\mathfrak{P}$ . Wollte man diese kleinsten Einkommen dennoch verschonen, so würde die Mehrheit der so befreiten Gemeindegensossen bei der nächsten Einschätzung aller Wahrscheinlichkeit nach in einer der nächsthöheren Klassen figuriren. Die mit solcher Befreiung gleichfalls verbundene Ausschließung vom Wahlrecht aber, gesetzt auch, die betroffenen Kreise legten darauf gar keinen Werth, würde immer doch bei nächster Gelegenheit der Agitation dienen. Endlich dürfe man auch nicht außer Acht lassen, welche moralische Bedeutung es habe, daß in allen Gemeindegensossen ein Bewußtsein der Verpflichtung nach erhalten werde, nach Verhältnis ihrer Mittel für die Bedürfnisse des Gemeinwesens beizutragen; die damit erzielte Hebung des Bürgerfinns sei vielmehr selbst noch wichtiger als die finanzielle Seite der Frage.

Der erste Absatz von § 1 sammt der Classificationstabelle wird hierauf genehmigt, Herr Ehrenhard's Antrag abgelehnt, und ohne Discussion dann auch die übrigen Absätze des § 1 sowie § 2 angenommen.

§ 3 verfügt, daß die Stadtverordneten in drei Commissionen von je neun Mitgliedern vertheilt werden sollen, deren jede die Einschätzung der Steuerpflichtigen aus zwei städtischen Polizeidistricten zu übernehmen hat.

Wie Herr Graf Gorch-Wrisberg berichtet, ist dies für nothwendig erachtet, weil in der ungenügenden Besetzung der Einschätzungscommissionen ein Hauptgrund der Unsicherheit des bisherigen Verfahrens erkannt worden sei.

§ 3 wird angenommen.

Desgleichen die §§ 4—12,

nachdem auf eine Anfrage des Herrn Ehrenhard § 9, welcher die Bekanntmachung der ausgeschriebenen Steuerbeträge anordnet, von dem Herrn Vorsitzenden dahin erläutert ist, daß diese Maßregel nicht die namentliche Aufführung der Steuerpflichtigen involviren solle.

§ 13 lautet: „Nach beendigter Vorprüfung der Reclamationen, event. nach beendigter weiterer Untersuchung derselben wird in einer vertraulichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung über die eingegangenen Reclamationen nach absoluter Stimmenmehrheit entschieden, zu welchem Ende die Vorsitzenden der Commissionen oder ein anderes von denselben zu bestellendes Mitglied über die einzelnen Reclamationen in der Sitzung Bericht zu erstatten haben.“



Herr Nothdurft fürchtet, daß es zu umständlich sein dürfte, wenn die ganze Versammlung jede Reclamation zu erledigen haben sollte, und stellt daher den Antrag, die Mitwirkung derselben auf die Fälle einzuschränken, bei denen es sich um eine bestimmte höhere Steuersumme handle.

Herr Graf Görz-Brisberg führt dagegen an, daß eine Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Versammlung um so weniger Grund sein dürfe, von dem vorgesehenen Verfahren abzustehen, als dasselbe die einzige Möglichkeit gewähre, die Unzufriedenheit, welche eine Ablehnung von Reclamationen immer erzeuge, einigermaßen zu mildern; überdies aber die vorgeschlagene Unterscheidung eine ungleichmäßige Behandlung der Steuerpflichtigen vor dem Gesetz einschließen würde.

Gleichwohl ist Herr Stadtrath Carstens der Ansicht, daß ein abgekürztes Verfahren sich nach Analogie der in den §§ 7 und 8 des Entwurfs über die Veranlagungen getroffenen Bestimmungen rechtfertigen lasse. Wie nämlich hiernach die Einschätzungen, welche die Commission einstimmig beschlossen habe, Gültigkeit erlangen, insoweit dieselben nicht von der Gesamtheit der Commissionsvorsitzenden beanstandet werden: so dürfte ebenfalls nichts entgegenstehen, einen ähnlichen Instanzenzug bei Beurtheilung der Reclamationen und der Erlassgesuche eintreten zu lassen.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß Erlassgesuche schon nach der Städtordnung nur im Plenum der Versammlung erledigt werden dürfen. Die Reclamationen betreffend, so würde es allerdings immerhin unbedenklich sein, dieselben zu genehmigen, wenn die Commission einstimmig dafür ist; dann aber werde es auch keine Erschwerung sein, im Plenum der Versammlung Beschluß darüber zu fassen, während andererseits, wenn die Entscheidungen den Commissionen überlassen würden, jedesmal für diese eine Sitzung nöthig wäre.

Herr Nothdurft macht ferner geltend, daß die Prüfung in den Commissionen gründlicher und daher deren Vorberathung auf jeden Fall unerlässlich sein, hiernach aber eintreten würde was der Herr Vorsitzende zugestehen: daß füglich auch die Commission allein entscheiden könnte.

Herr Schöttler empfiehlt gleichwohl, die endgültige Entscheidung der Versammlung selbst vorzubehalten,

was Herr Graf Görz-Brisberg auch deswegen für das einzig Richtige hält, weil von der Versammlung die Feststellung der Steuerbeträge erfolge, unmöglich aber der Commission die Befugniß zugesprochen werden kann, einen Beschluß der Versammlung zu reformiren.

Herrn Nothdurfts Antrag wird hiernach abgelehnt und § 13 in der Form des Entwurfs genehmigt.

Ebenso die §§ 14—16.

Zu § 17, welcher den Commissionsmitgliedern strenge Verschwiegenheit über die Abschätzungsverhandlungen auferlegt,

stellt Herr Ehrenhard den Antrag, die Veranlagungen durch die öffentlichen Blätter bekannt zu geben, da hierdurch nicht nur mancher Beschwerde vorgebaut, sondern vielleicht auch die im folgenden Paragraphen vorgesehene Buchführung über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen vermieden werden könnte, sofern die durch jene Veröffentlichung angeregten Erörterungen vieles Sachdienliche zur Kenntniß des Magistrats bringen dürften.

Herr Graf Görz-Wrisberg. Auch diese Frage habe in der Commission zu vielfachen Besprechungen Anlaß gegeben, die Ansichten darüber seien indessen getheilt geblieben. Man habe einerseits hervorgehoben, daß die Bekanntmachung der Veranlagungen das beste Mittel zu deren Controle sei — ein Grund, dessen Gewicht sich allerdings nicht verkennen lasse. Andererseits indessen müsse doch für zweifelhaft gelten, ob dadurch wirklich schon jede Klage über ungerechte Besteuerung beseitigt werden könne. Wiefern dadurch § 18 überflüssig werde oder nicht, dürfe dahin gestellt bleiben. Wenn Herr Ehrenhard ferner meine, daß die von ihm empfohlene Maßregel allerlei Material für spätere Abschätzungen zu Tage fördern werde, so sei dies richtig; derselbe Vortheil aber könne auch auf andere Weise erreicht werden, während die öffentlichen Erörterungen über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen nicht nur für viele der davon Betroffenen selbst verlegend, sondern leicht auch einen aus allgemeineren Gesichtspunkten höchst widerwärtigen Charakter annehmen würden. Aus diesem Grunde vornehmlich habe in der Commission schließlich die Meinung überwogen, eine Kundmachung durch öffentliche Blätter nicht eintreten zu lassen, dagegen aber Jedermann die Einsicht in die Original-Steuerrollen zu gewähren und auf die im § 18 vorgeschlagene Weise für die Unterrichtung der Einschätzungscommissionen zu sorgen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari, mit diesen Erwägungen einverstanden, schlägt vor, die Bestimmung hinzuzufügen,

daß die festgestellten Steuerlisten jährlich vierzehn Tage lang zu Jedermanns Einsicht ausgelegt werden sollen.

Dem schließt auch Herr Schöttler sich an, indem er weiter anheim giebt, diese Auslegung nach jeder Veranlagung von Magistratswegen bekannt zu machen.

Herr Graf Görz-Wrisberg hingegen wünscht die beantragte Bestimmung nicht als stationär in das Statut aufgenommen, sondern einem jedesmaligen Antrage vorbehalten zu sehen.

Bei der Wichtigkeit dieses Punktes jedoch hält der Herr Oberbürgermeister Caspari eine feste Regelung für geboten

und wird hierauf nach Annahme von § 17 die Einfügung eines neuen Paragraphen in dem von dem Herrn Oberbürgermeister Caspari empfohlenen Sinne beschließen.

§ 18 besagt:

„Damit die Vertheilung der Steuerlast immer mehr den wirklichen Verhältnissen der Steuerpflichtigen gemäß geschieht, wird vom Stadtmagistrate ein Bureauarbeiter beauftragt werden, die Steuerlisten in Ordnung zu halten und Alles zu notiren, was im Laufe des Jahres über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen zu seiner Kenntniß kommt, und auf deren Steuerkraft von Einfluß ist.

„Diese Notizen werden den Einschätzungscommissionen mitgetheilt, um davon bei der neuen Veranlagung Gebrauch zu machen.“

Herr Graf Borch-Wrisberg erläutert diese Bestimmungen dahin, daß damit nicht etwa Angebereien oder heimliche Nachforschungen, sondern nur eine Aufzeichnung solcher Vermögensveränderungen ins Auge gefaßt seien, welche öffentlich bekannt gemacht werden, für den Einzelnen aber nicht von dem Interesse seien, ihnen eine regelmäßige Beachtung zu schenken.

Mit Rücksicht darauf, daß eine derartige Vorschrift immerhin doch mancherlei Mißdeutungen ausgesetzt, der Magistrat aber auch ohne statutarische Anweisung in der Lage sein werde, das Geeignete zu verfügen, empfiehlt der Herr Oberbürgermeister Caspari die Streichung dieses Paragraphen,

welche hierauf auch von der Versammlung beschlossen wird in der Voraussetzung, daß der Magistrat im Sinne dieses Paragraphen geeignete Maßnahmen treffen werde.

§ 19 wird ohne Anstand genehmigt.

Gegen § 20, wonach das Reglement schon bei Veranlagung der Steuerpflichtigen für das Jahr 1871 in Wirksamkeit treten soll, macht der Herr Oberbürgermeister Caspari geltend, daß dies bei der Zeit, welche bis zu der Publicirung des Reglements noch verfließen würde, die nächstjährigen Veranlagungen zu weit hinausdrücken würde. Dem hierauf gegründeten Antrage,

daß vorliegende Reglement erst für das Jahr 1872 in Kraft treten zu lassen,

ertheilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Mit dieser und den vorher beschlossenen Modificationen ist demnach das fragliche Reglement genehmigt,

worauf die Sitzung geschlossen wird.

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 24. November 1870.

---

Abwesend waren und wurden für entschuldigt gehalten die Herren Jasper, Kellner, Overlach, Solmig.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden werden die Protocolle vom 15. September und vom 13. October unter Berichtigung der am Schlusse des vorliegenden Protocolls aufgeführten Druckfehler von der Versammlung genehmigt.

Der Herr Vorsitzende überweist den Einschätzungsdeputationen die geschlossenen Gesamtsteuerrollen mit dem Ersuchen, die Veranlagungen auf das bevorstehende neue Jahr nach Kräften beschleunigen zu wollen.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende mit, daß unter dem Poststempel Greiz ein in französischer Sprache erlassener Aufruf zur Agitation gegen die allgemeine Wehrpflicht und für Einführung des Systems freier Anwerbungen eingelaufen ist. Das Schriftstück wird zu den Acten genommen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari bringt zur Kenntniß, daß im Verfolg des am 13. October gefaßten Beschlusses zur Linderung der Kriegsschäden nach Straßburg 1000  $\mathfrak{M}$ , nach Kehl 200  $\mathfrak{M}$  abgegangen und von beiden Städ-

ten Empfangsbescheinigungen und Dankschreiben eingelaufen sind. — Wie weiter bereits bekannt sein werde, habe sich auch in hiesiger Stadt ein Comité zur Vorbereitung der Festlichkeiten gebildet, welche beim Eintreffen der Nachricht von den in nächster Zeit zu erwartenden großen Ereignissen des Kriegsschauplatzes veranstaltet werden sollen. Ein Kostenbeitrag für Musik, öffentliche Illumination u. werde seitens der Stadt nicht wohl verweigert werden können; über die Höhe desselben lasse sich vorläufig noch nichts sagen, doch werde selbstverständlich der Magistrat mit möglichster Sparsamkeit verfahren. Da der Fall jeden Tag eintreten könne und alsdann zu einer Vorlage bei der Versammlung keine Zeit mehr sein werde, so müsse der Magistrat um Vollmacht bitten, das Erforderliche nach bestem Ermessen verfügen zu dürfen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

### Der Tagesordnung gemäß

I. folgt, durch Herrn Gravenhorst erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Voranschläge für den Stadthaushalt des Jahres 1871.

Es werden zunächst die Specialstats: über die Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde, über die städtische Wegebaukasse, über die Kassen des Lehrerinnenseminars und der höhern Töcherschule, über die Gemeindefchulkasse und die Armentasse genehmigt und in der Erwägung, daß bei der voraussichtlich dauernden Unterbilanz der Wegebaukasse auf Erstattung der für diese aus der Stadtkasse zu leistenden Zuschüsse einstweilen nicht zu rechnen, dem Antrage des Magistrates gemäß beschloffen, diese Zuschüsse inskünftige definitiv bei der Stadtkasse in Ausgabe zu stellen.

Bei Berathung des Stadtkassenetats nimmt der Herr Vorsitzende von der für einen der städtischen Marktmeister vorgeschlagenen Gehaltserhöhung Anlaß, die Aufmerksamkeit des Magistrats auf einen Zweig der Geschäftsthätigkeit dieser Beamten zu lenken, bei welcher es ihnen nicht sowohl an gutem Willen als an der erforderlichen Erfahrung zu fehlen scheine. Die sehr mangelhafte Regulirung des Marktverkehrs nämlich sei eine allgemeine Klage, und erheische um so dringender Abhülfe, je größere Kosten für die Instandsetzung namentlich des Hagenmarktes aufgewandt worden. Da, wie gesagt, anzunehmen, daß es den Marktmeistern bisher nur an gehöriger Unterweisung gebreche, so dürfte es sich vielleicht empfehlen, dieselben in einer anderen Stadt, wo die einschlägigen Verhältnisse gut geordnet seien, zu Hannover etwa, Einsicht davon nehmen zu lassen.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari erinnert, daß die Beaufsichtigung des Marktverkehrs Sache der Herzogl. Polizei-Direction, welche übrigens auf eine desfallsige Anregung des Magistrats den Erlaß geeigneter Bestimmungen auf den Zeit-

punkt in Aussicht gestellt habe, da der ganze Hagenmarkt werde in Gebrauch genommen sein.

Der Stadtkassenetat, in welchem namentlich auch 10,000 ₧ für den Bau der untern Bürgerschule in Ausgabe gestellt sind, wird von der Versammlung genehmigt. Bei einer Einnahme von 65,510 ₧ 9 ½ 1 2, gegenüber Ausgaben zum Betrage von 152,510 ₧ 9 ½ 1 2, schließt derselbe mit einem Deficit von 87,000 ₧ ab, welches die Versammlung durch eine nach den bisher gültigen Grundsätzen zu erhebende Communalsteuer zu decken beschließt.

II. Zusage eines Magistratschreibens vom 1. d. Mts. wünscht die Eigenthümerin eines Hauses, an welchem für die jetzt städtische Currendekasse ein Capital von 880 ₧ zur ersten Hypothek haftet, den zu dem Grundstücke gehörigen Abfindungsplan zu veräußern. Da dasselbe 1861 für 1800 ₧ angekauft, seitdem durch Umbauten verbessert und gegenwärtig zu 2050 ₧ bei der Landes-Brandkasse versichert ist, giebt der Magistrat anheim, die Entlassung der bezeichneten Pertinenz aus dem Hypothekenverbände zu genehmigen.

Die Statutencommission, für welche der Herr Vorsitzende berichtet, findet gegen diesen Antrag kein Bedenken,

und wird derselbe demnach von der Versammlung angenommen.

### Hierauf

III. berichtet namens der Finanz- und der Schulcommission Herr Reide-  
meister über einen Magistratsantrag vom 6. d. Mts. auf Erwerbung von Grund-  
stücken zu einer dritten mittlern Bürgerschule.

Genöthigt durch die Ueberfüllung der vorhandenen beiden mittlern Bürgerschulen, hat der Magistrat bereits seit längerer Zeit einige der unteren Classen einer dritten Schule solcher Art einrichten zu lassen, welche bisher in dem Gebäude des ehemaligen Catharineums Aufnahme gefunden. Da der wegen dieser Räumlichkeiten mit Herzogl. Staatsministerium abgeschlossene Miethcontract Michaelis k. J. ab-  
laufen wird und die Verlängerung desselben auf fernere sechs Jahr nicht gewährt werden kann, so muß nunmehr auf die Erbauung eines dritten Schulgebäudes Bedacht genommen werden. Diese Schule in der Nähe des Wilhelmithores anzulegen, ist deswegen wünschenswerth erschienen, weil der dortige Stadttheil, der überdies fortwährend in Ausdehnung begriffen ist, von den bestehenden Bürgerschulen am weitesten entfernt liegt. Schon im Jahre 1867 wurde deshalb das Haus sub Nro. assec. 568 an der Echternstraße für die Stadt erworben, in der Hoffnung, demnächst auch die ferner erforderlichen sub Nris. 563 und 569 belegenen Grund-

stücke des Gärtners Schelz sowie das sub Nro. 564 des Gärtners Kuster aus der Hand billig ankaufen zu können. Unter den obwaltenden Umständen jedoch hat der Magistrat auf diese Gelegenheit nicht länger warten zu können, sondern da ein gleich gut belegenes und geeignetes Local nicht zu finden, mit den genannten Eigenthümern in Unterhandlung treten zu müssen geglaubt, die unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Versammlung und durch Herzogl. Staats-Ministerium, zum Ankauf der Schelz'schen Grundstücke für 18,000  $\mathfrak{M}$  und des Kuster'schen für 3000  $\mathfrak{M}$  geführt haben. In Anbetracht der Beschaffenheit dieser Grundstücke hält der Magistrat die stipulirten Kaufgelder nicht für übermäßig hoch. Indem derselbe die Vorlage eines Anschlags der Kosten für Bau und Einrichtung der Schule in Aussicht stellt, giebt er die Genehmigung des Kaufcontractes anheim, welche dann auch von der Versammlung ausgesprochen wird, nachdem die Herren Gravenhorst und Graf Görg-Brissberg die verhältnißmäßige Billigkeit der gewährten Preise ins Licht gestellt haben.

IV. In einem Berichte vom 8. October hat die Direction der Gas- und Wasserwerke den Antrag gestellt, auf Grund von § 6 des Statutes die Stadterweiterung betreffend von den Anwohnern mehrerer Straßen vor den Thoren die Beiträge zur Verzinsung und Amortisation der Anlagekosten für die dort gelegten Wasserrohren von nächstem Jahr ab nicht mehr zu fordern. Jener § bestimmt nämlich, daß die Herstellung von Gas- und Wasserleitungen auf einer der in den Stadterweiterungsplan aufgenommenen Heerstraßen oder auf einer bestimmten Strecke derselben zwar von einem Beschlusse der städtischen Behörden abhängig bleiben, hierbei aber im allgemeinen der Grundsatz befolgt werden solle, das Zugeständniß eintreten zu lassen, wenn auf 100 Fuß Straßenlänge, von dem Endpunkte einer bereits bestehenden Leitung ab gerechnet, bei Gasleitungen mindestens 6 Privatflammen angelegt werden, bei Wasserleitungen entweder für mindestens ein Haus die Verpflichtung zum Wasserconsum eingegangen oder für wenigstens 8  $\mathfrak{M}$  Wasser consumirt wird — Bestimmungen, welche durch § 14 des Statuts auf alle Communal- und Interessentenwege, durch § 23 auf die von der Stadt, und durch § 32 auf die von Privaten angelegten neuen Wege ausgedehnt wird. In Betreff der Heerstraßen und Communalwege nun, welche mit Gas- und Wasserleitungen schon früher versehen sind, wird die statutenmäßige Beschlußfassung der städtischen Behörden, vorausgesetzt, daß der erforderliche Gas- und Wasserconsum wirklich stattfindet, nur eine Form und die Anwendung jener Bestimmungen auf derartige Strecken, wegen des Umstandes, daß die Anwohner sich zu zehnjähriger Verzinsung und Amortisirung des Anlagecapitals verpflichtet haben, um soweniger auszuschließen sein,

als andernfalls dieselben hinter den Anwohnern der erst neuerdings mit Gas- und Wasserleitung versehenen Heerstraßen und Communalwege ungerechter Weise zurückstehen würden. — Anders hingegen verhält es sich mit solchen Wegen, welche bisher überhaupt nicht als öffentliche Wege anerkannt sind, da rücksichtlich dieser zuvor auch über letztere Frage erst ein Beschluß der städtischen Behörden erforderlich ist, bei welchem unter anderen wichtigen Erwägungen namentlich das Verhältniß der von der Stadt zu übernehmenden Kosten zu der Wichtigkeit des Weges für das öffentliche Interesse sowie der von seinen Anliegern zu beanspruchenden Beiträge zu den Unterhaltungskosten in Betracht zu ziehen ist. — Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, empfiehlt der Magistrat,

die bisherigen Beiträge von den Anwohnern der Geller, Frankfurter und Wolfenbüttler Straße, der Straße hinter dem Bahnhof, der Campe-, Salzbadlumer, Biewegs-, Helmstedter, Gliesmaroder Straße sowie der Avenue am Steinthor, soweit dieselben bereits mit Wasserröhren belegt sind, von künftigem Jahre an nicht mehr zu erheben,

hinsichtlich der Bertram-, Autor-, Elmstraße und Kastanienallee dagegen das Verhältniß fortbestehen zu lassen.

Namens der Finanzcommission durch Herrn v. Seckendorf empfohlen, werden diese Vorschläge ohne Discussion auch von der Versammlung genehmigt.

V. In einem Schreiben vom 18. d. M. trägt der Magistrat vor, daß dem Ingenieur Mitgau, welcher seit 1869 auf einjährige Kündigung mit einer Remuneration von 1000  $\mathfrak{M}$  jährlich als Ingenieur und technischer Dirigent der Gas- und Wasserwerke im städtischen Dienste steht, die Directorstelle in einer Maschinenfabrik zu Sorge mit einem festen Gehalte von 3000  $\mathfrak{M}$  und einer auf 2000  $\mathfrak{M}$  jährlich zu berechnenden Lantieme angetragen, derselbe aber in seiner jetzigen Stellung zu bleiben geneigt ist, falls ihm von Anfang nächsten Jahres ab der in Aussicht gestellte Maximalgehalt von 1500  $\mathfrak{M}$  bewilligt wird. In der Erwägung nun, daß einerseits der Ingenieur Mitgau sich in jeder Hinsicht als ausgezeichnet tüchtig und für seine gegenwärtige Stellung geeignet bewährt hat, andererseits jeder gleich qualifizierte Nachfolger, falls man den ausgeworfenen Gehaltsfuß nicht bedeutend erhöhte, voraussichtlich ebenfalls nach kurzer Frist wieder abgehen würde, scheint es im wohlverstandenen Interesse der Stadt zu liegen, die beantragte Zulage sofort zu gewähren, und zwar aus der Kasse der Gasanstalt, da dieser vorzugsweise Herr Mitgau seine Thätigkeit widmet. Der Auffassung des Magistrats pflichtet Herr



Director Reuter durchaus bei; an der Zustimmung der Verwaltungsdeputation, die wegen Kürze der Zeit nicht hat gehört werden können, ist nicht zu zweifeln. Auch die Finanzcommission endlich, für welche Herr Gravenhorst berichtet, empfiehlt den Antrag zur Genehmigung.

Andererseits mahnt zu vorsichtiger Prüfung desselben Herr Ehrenhard. Wenn Herr Mitgau sich in dem Maße, wie vorgetragen sei, verbessern könne, so werde er sich unter allen Umständen für moralisch verpflichtet halten müssen, solche Gelegenheit wahrzunehmen, und sei nicht abzusehen, was ihn bewegen könnte, sich statt dessen mit einer soviel bescheidenern Verwerthung seiner Fähigkeiten zu begnügen. Andererseits aber könne für die Stadt in diesem Falle nur die Frage entstehen, ob für den Gehalt von 1000  $\text{₡}$  ein genügender Ersatz zu erlangen sei, und daß dies besagt werden dürfe, entnehme Redner aus der großen Anzahl von Bewerbern, die s. Z. und ohne jegliche Bemühung der städtischen Behörden, um die Stelle des Herrn Mitgau concurrirt haben — eine Zahl, die unzweifelhaft noch erheblich gewachsen sein würde, wenn aus dem Ausschreiben hervorgegangen wäre, daß man eine specielle Kenntniß der Gasfabrikation nicht mehr für unbedingt nöthig erachtete.

Herr Schöttler will dieser Annahme nicht entgegen treten, auch auf die naheliegende Frage nach der Fähigkeit aller dieser zahlreichen Bewerber nicht näher eingehen, sondern zugeben, daß darunter manche in der einen oder anderen Specialität recht tüchtige Leute zu finden gewesen. Allein damit hätte der Stadt wohl nicht gedient sein können, vielmehr habe man an den „städtischen Ingenieur“, den man suchte, von Anfang an ungleich höhere und vielseitigere Anforderungen stellen müssen, da derselbe bei der Gasanstalt nicht nur den Betrieb zu leiten, sondern auch die den Fortschritten der Technik entsprechenden Verbesserungen einzuführen, bei dem Wasserwerke sodann ebenfalls zugleich als oberster Maschinenmeister zu wirken und neue Anlagen herzustellen, endlich aber auch alle sonstigen technologischen Aufgaben, welche bei der städtischen Verwaltung vorkommen, wie beispielsweise das wichtige und sehr schwierige Werk der Canalisirung, selbstständig zu lösen im Stande sein sollte. So vielseitige Arbeiten erfordern Fähigkeiten und Kenntnisse, welche man sicherlich nicht häufig in einem Manne vereinigt antreffen werde; daß in Herrn Mitgau ein solcher Mann gefunden sei, habe dessen bisherige Wirksamkeit hinlänglich bewiesen. Wäre aber derselbe seiner Stellung weniger gewachsen, und die Stadt müßte für einzelne der jetzt von ihm erledigten Arbeiten, für das Canalisirungsproject etwa, einen besondern Techniker gewinnen, so würde dessen Honorirung selbstverständlich den Betrag von 500  $\text{₡}$  jährlich weit übersteigen. Und so könne denn jeder Kundige die von Herrn Mitgau gestellte Forderung nur ganz außerordentlich beschei-

den nennen. Falls denselben die Stadt etwa ziehen ließe, würde Redner keinen Augenblick säumen ihn unter der gleichen Gehaltsbedingung und mit der Zusage erheblicher Verbesserungen zum Eintritt in seine eigenen Fabrikunternehmungen einzuladen.

Herr Reuter kann dieser Beurtheilung der Sache lediglich beitreten. Zu erwähnen bleibe, daß es sich zur Zeit nicht etwa erst um Feststellung eines Minimal- oder Maximalgehaltes für den städtischen Ingenieur handle, beides vielmehr längst festgestellt, also anerkannt sei was soeben in Zweifel gezogen werde, daß nämlich ein Gehalt von 1500  $\mathfrak{R}$  keineswegs zu hoch gegriffen. So könne es denn lediglich darauf ankommen, ob die Tüchtigkeit des Herrn Mitgau den gehegten Erwartungen entspreche, sei aber dies der Fall, dann werde man alle Ursache haben von der Kürze seiner bisherigen Amtsthätigkeit abzusehen; denn wirklich tüchtige Leute seien nicht in Uebersahl vorhanden, und bei öfterem Wechsel werde wenig Gutes herauskommen. Habe Redner nun in seinem Berichte an den Magistrat sich nur über die Tüchtigkeit und die Leistungen des Herrn Mitgau als Ingenieurs der Gas- und Wasserwerke zu äußern Veranlassung gehabt, so müsse er an dieser Stelle noch hervorheben, daß Herr Mitgau, zur Ausarbeitung eines Canalisationsprojectes aufgefordert, sich auf diesem ihm bis dahin fremden Felde schnell heimisch gemacht, und eine Arbeit geliefert habe, welche von Fachleuten als sehr gebiegen bezeichnet werde. Wenn Herr Ehrenhard glaube, daß sich vor zwei Jahren 27 Gasingenieure ohne jede Aufforderung gemeldet, so irre er; im Gegentheil seien diese Meldungen erst in Folge eines im Auftrage des Magistrates erlassenen und natürlich animirenden Ausschreibens erfolgt. Unter den aufgetretenen Bewerbern aber seien wenige gewesen, auf die man habe reflectiren können und von diesen ein Gehalt wie der jetzt zur Frage stehende von vornherein verlangt. Wenn endlich ein gewisser Accent darauf gelegt werde, daß zwischen dem nach Maßgabe des Antrags erhöhten Gehalte und der Herrn Mitgau von anderer Seite gemachten Offerte doch immer noch ein bedeutender Abstand sei, so befinde sich eben kein Dritter in der Lage, die rein persönlichen Erwägungen, nach denen Herr Mitgau der hiesigen Offerte den Vorzug zu geben geneigt sei, vollständig zu würdigen; nur andeuten wolle Redner, daß mit der hiesigen Stelle des Herrn Mitgau freie Wohnung, Heizung, Licht und Wasser verknüpft sei, daß derselbe ferner bei einjährigem Engagement im Genuße seiner Staatspension bleibe, die ihm bei anderweitiger fester Anstellung wahrscheinlich entgehen würde, daß er sich außerdem in seiner gegenwärtigen Wirksamkeit wohl befinde und schließlich auch die Annehmlichkeiten und Vortheile einer größern Stadt in Anschlag bringe, darunter in erster Linie der Umstand, daß er hier nicht genöthigt sei, seine Kinder des Unterrichts halber aus dem Hause zu geben.

Herr Oberbürgermeister Caspari. Bei Herrn Mitgau habe man von einer speciellen Kenntniß der Gasfabrikation absehen dürfen, weil bei dessen vorzüglicher Tüchtigkeit vorauszusetzen war, daß er sich damit nachträglich in verhältnißmäßig kurzer Zeit gründlichst vertraut machen werde, und dieser Erwartung habe Herr Mitgau denn auch vollständig entsprochen. Dazu aber gehöre eine wissenschaftliche Durchbildung, wie sie nur bei den allerwenigsten Technikern oder Ingenieuren vorhanden sein dürfte und Herr Ehrenhard sei demnach im Irrthume, wenn er glaube, ein solches Zugeständniß könne bei jeder Neubefetzung der Stelle gemacht und etwa angewandt werden, um die Gehaltsbedingungen zu drücken. Für den Magistrat ergebe sich aus dieser Erfahrung nur ein Grund mehr, Herrn Mitgau, wenn irgend möglich, im Dienste der Stadt zu halten; habe man darauf gegenüber den auswärtigen Offerten von vornherein kaum rechnen dürfen, so sei das von Herrn Mitgau eingehende Anerbieten mit soviel größerer Befriedigung im Magistrate aufgenommen. Uebrigens werde doch auch die Frage wohl aufzuwerfen sein, ob für einen Mann, dem die Leitung von Anlagen anvertraut sei, bei denen so bedeutende Capitalien der Stadt in Betracht kommen, ein Gehalt von 1500  $\text{M}$  nicht ohne jedes Bedenken gewährt werden könne.

Herr Ehrenhard verwahrt sich gegen die Auffassung, als hege er irgend welchen Zweifel an der vorzüglichen Tüchtigkeit des Herrn Mitgau. Denselben aber nach Maßgabe von Kenntnissen zu bezahlen, die er im Dienste der Stadt vielleicht nie oder doch nur äußerst selten werde anzuwenden haben, könne er deswegen nicht für angemessen halten, weil seiner Meinung nach mit den Steuern, zu denen auch jeder Arme beitrage, nur mit höchster Sparsamkeit dürfe haushalten werden.

Herr Gravenhorst hebt hervor, wie von Anfang an gerade auf die Vielseitigkeit des Herrn Mitgau ein entschiedenes Gewicht gelegt worden und eben unter diesem Gesichtspunkte dessen Amt ausdrücklich ganz allgemein als das eines städtischen Ingenieurs bezeichnet sei.

Herr Reuter. Wenn es auch richtig wäre, daß Herr Mitgau hier von seinen Fähigkeiten, etwa im Maschinenbaufache, nur selten werde Gebrauch machen können, so sei doch zu berücksichtigen, daß die Erwerbung solcher Kenntnisse ein wissenschaftliches Studium erfordere, welches naturgemäß auch für jede anderweitige ähnliche Thätigkeit seine guten Früchte trage. Werde dann aber mit der vorliegenden Gehaltsfrage die Communalsteuer in Verbindung gebracht, so liege dem eine durchaus irrthümliche Auffassung zu Grunde. Nicht die Stadtcasse, sondern die des Gaswerkes werde die Gehaltszulage für Herrn Mitgau tragen; nicht die Steuerpflichtigen also, sondern nur die Gasconsumenten seien dabei interessirt, insofern da-

durch etwa der Zeitpunkt fernerer Ermäßigungen der Gaspreise hinausgerückt werden könnte. Hierbei aber sei nicht die Höhe der Gehalte entscheidend, sondern ein rationeller Betrieb, und wenn beispielsweise in früheren Berichten über das Gaswerk gerügt worden, daß in einem Ofen durchschnittlich etwa nur 19,000 Cubikfuß Gas in 24 Stunden hergestellt werden, so seien jetzt neue Ofen im Gange, in denen täglich 50—60,000 Cubikfuß producirt werden. Da jeder Ofen täglich an 10  $\mathfrak{R}$  Unkosten verursache, so liefere dies Beispiel wohl den Beweis, daß für das Interesse der Gasconsumenten andere Factoren als die Höhe der Gehalte maßgebend.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Herr Mitgau bei seiner allgemein anerkannten Anspruchslosigkeit sicherlich seine Forderung nicht würde gesteigert haben, wenn er dazu unter den obwaltenden Umständen nicht seiner Familie gegenüber verpflichtet wäre,

erklärte sich die Versammlung mit dem Antrage des Magistrates einverstanden.

VI. Wie ein Schreiben des Magistrats vom 25. v. M. mittheilt, wünscht Herzogl. Baudirection die Verlassung des dem Lotteriellecteur Daubert und dem Particulier Steinhof contractmäßig als Eigenthum zu überlassenden sogenannten Mauergraben sammt dem dazu gehörigen Böschungsterrain von Seiten der Stadt durch die Erklärung ermöglicht zu sehen, daß diese Grundstücke seit länger als 30 Jahren sich im unangefochtenen Eigenthumsbesitze der Herzogl. Landesregierung befinden habe. Da eine solche Erklärung dem von den städtischen Behörden von jeher eingenommenen rechtlichen Standpunkte hinsichtlich der Eigenthumsrechte an den die Stadt durchziehenden Ofercanälen nicht entsprechen würde, hat der Magistrat in Gemäßheit des Beschlusses der Versammlung vom 19. Mai d. J. den Antrag der Baudirection abgelehnt, dagegen aber anheimgegeben, durch ein Edictalverfahren die behaupteten Eigenthumsrechte der Landesregierung bestätigen zu lassen, indem der Magistrat unter Voraussetzung des Einverständnisses der Stadtverordneten darauf verzichten werde, in Ansehung des fraglichen Tractus einen Widerspruch geltend zu machen. Von Herzogl. Baudirection ist hierauf an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihr vor Einleitung des Edictalverfahrens eine dahin gehende Erklärung direct zugehen zu lassen. Da nun bei Zustimmung zu den Verträgen zwischen Herzogl. Baudirection einerseits und den pp. Steinhof und Daubert andererseits die Stadt ihre Ansprüche in Betreff der Ofercanäle ausdrücklich vorbehalten hat, und aus dem angebotenen Zugeständniß eine Verzichtleistung in Betracht der übrigen Ofercanäle nicht gefolgert werden kann, giebt Magistrat der Versammlung anheim, sich mit der gedachten Zustimmung einverstanden zu erklären.

Die Statutencommission kann sich der Meinung des Magistrats von der juristischen Unbedenklichkeit dieser Erklärung lediglich anschließen, und empfiehlt demnach den Antrag zur Genehmigung,

welche dann ohne Discussion von der Versammlung ausgesprochen wird.

In vertraulicher Sitzung wurden einige Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts und mehrere Anträge auf Steuererlaß erledigt.

### Berichtigung.

Das Datum des Protocolles No 10 ist nicht der 23. sondern der **13.** October.

S. 2 desselben Z. 4 v. u. lies: 933  $\text{R}$  4  $\text{H}$  **1**  $\text{H}$ ; Z. 1 v. u. statt 21  $\text{H}$  l. **27**  $\text{H}$ .

## Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig,

Sitzung am 29. December 1870.

Abswesend waren und galten für entschuldigt die Herren Ehrenhard, Flagge, Reidemeister, v. Seckendorf, Bieweg.

Nachdem die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden eröffnet und das Protocoll vom 24. November genehmigt ist,

I. trägt der Tagesordnung gemäß namens der Statutencommission Herr Bra Gorch-Wrisberg Folgendes vor:

Nach dem kürzlich erfolgten Ableben des Kreisbaumeisters Götter ist der Magistrat mit dem Kreisbaumeister Hartmann und dem Bauconducteur Müller in Verhandlung getreten, um den einen oder andern zur Uebernahme der Leitung des städtischen Wegebauwesens zu vermögen. Beide haben abgelehnt, weil ihre Dienstgeschäfte es ihnen unmöglich machen, dieser Aufgabe die Thätigkeit zu widmen, welche dieselbe zumal bei ihrem stets wachsenden Umfange erfordert. Eben die Gewißheit aber, daß in Folge des neuen Stadterweiterungsstatutes binnen kurzem zur Chauffirung einer ziemlich Anzahl von Wegen wird geschritten werden müssen, macht es wünschenswerth, zur ausschließlichen und selbständigen Leitung dieser Arbeiten eine geeignete Persönlichkeit zu gewinnen. Zu dem Ende hat der Magistrat sein Augenmerk auf den bisherigen Bahncalculator Denecke gerichtet, welcher schon

früher im Bureau des weiland Kreisbaumeisters Götter gearbeitet, diesen seit seiner Dienstunfähigkeit zur vollsten Zufriedenheit des Magistrates vertreten und sich zum Uebertritt in den städtischen Dienst bereit erklärt hat, wenn ihm von dem Herzogl. Staatsministerium der Fortbezug der ihm aus seiner frühern Dienststellung zukommenden Pension gewährt wird. In der Hoffnung, daß der dahin gerichtete Antrag werde genehmigt werden, giebt der Magistrat in einem Schreiben vom 2. d. M. anheim, den Bahncalculator Denecke mit einem Jahresgehalte von 500  $\mathfrak{f}$  und nach Maßgabe der Bestimmungen in §§ 10 und 11 des Statuts vom 21. November 1864, jedoch unter Wegfall der dort vorbehaltenen Probezeit, als städtischen Wegebaumeister anzustellen. Gleichzeitig verfaßt der Magistrat zur Genehmigung eine Reihe von Bestimmungen, durch welche der Wegebau als Theil des städtischen Bauwesens der Oberaufsicht des Stadtbauemeisters untergeben wird. — Die Statutencommission schließt sich diesen Vorschlägen an, indem sie namentlich die durch die organisatorischen Bestimmungen hergestellte engere Verbindung der Wegebauten mit dem übrigen städtischen Bauwesen als einen erwünschten Fortschritt anerkennt.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari die empfohlenen Maßnahmen eingehend gerechtfertigt und die Mittheilung gemacht hat, daß von Herzogl. Staatsministerium bereits eine zustimmende Antwort eingegangen ist, werden die Magistratsanträge von der Versammlung genehmigt.

Es folgt

II. durch den Herrn Vorsitzenden erstattet, der Bericht der Statutencommission über eine von der Gesellschaft zum Bau von Arbeiterwohnungen projectirte Straßenanlage.

Es beabsichtigt nämlich diese Gesellschaft auf einem Ackerstücke im Wolfscampe vor dem Wilhelmithore zunächst versuchsweise eine dreifache Reihe solcher Wohnungen bauen zu lassen, und wünscht dabei von den bezüglichlichen Vorschriften in § 29 des Statuts vom 1. Juli d. J. insoweit entbunden zu werden, daß der entstehende Weg vorläufig nur chaussirt und der Wasserabfluß dem augenblicklichen Bedürfnis entsprechend hergestellt werden dürfe. Bei der Gemeinnützigkeit des Unternehmens glaubt der Magistrat dessen Ausführung nach Möglichkeit erleichtern zu sollen; er beantragt daher in Uebereinstimmung mit dem Stadtbauamte, das Project unter der Bedingung zu genehmigen, daß sich die Gesellschaft verpflichte, den Bestimmungen des Statuts in der vom Magistrate für nöthig erachteten Weise auf Erfordern nachträglich zu genügen.

Auf Empfehlung der Statutencommission erklärt sich damit auch die Versammlung einverstanden.

III. In einem Schreiben vom 13. d. M. trägt der Magistrat vor, daß der Buchhändler M. Bruhn hieselbst die Fortsetzung des Urkundenbuchs der Stadt Braunschweig, dessen erster Theil ebenfalls in seinem Verlage 1861 bei Gelegenheit der Jahrtausendfeier erschienen ist, unter der Bedingung in Verlag zu nehmen sich bereit erklärt hat, daß ihm für jeden Druckbogen ein Zuschuß von 6  $\mathfrak{R}$  gewährt werde. Demnach müsse für die zunächst in Betracht kommende zweite Hälfte des ersten Bandes, welche auf circa 30—35 Bogen die Statute und Rechtebriefe der Stadt aus der Zeit von 1500 bis 1671 enthalten wird, die Summe von 180 bis 210  $\mathfrak{R}$  verwendet, außerdem aber zur Abgabe an auswärtige Behörden und Vereine, mit denen die städtische Bibliothek im Tauschverkehr steht, eine Anzahl Exemplare angekauft werden. Der Magistrat erkennt es als eine Ehrenaufgabe der Stadt, die Fortsetzung dieser Publikation zu sichern; da in Anbetracht des voraussichtlich nur geringen buchhändlerischen Erfolges derselben die Ansprüche des Verlegers nur als sehr mäßig zu bezeichnen sind, so beantragt der Magistrat, für die gedachten Zwecke bis zu 250  $\mathfrak{R}$  aus der Stadtkasse zur Verfügung zu stellen, und schließt dem die Finanzcommission, für welche Herr Solmitz berichtet, sich lediglich an.

Der Herr Oberbürgermeister Caspari führt aus, wie sich der Magistrat dem mehrfach laut gewordenen Verlangen nach dem Abschluß dieser von der Kritik mit Beifall aufgenommenen und allgemein als sehr werthvoll für die Geschichte des deutschen Städtewesens bezeichneten Publikation um so weniger glaube entziehen zu dürfen, als dergleichen neuerdings in immer wachsender Ausdehnung auch von anderen Städten und selbst solchen geleistet werde, deren historische Bedeutung sich mit derjenigen Braunschweigs nicht messen lasse. Abgesehen hiervon aber erscheine die Fortsetzung des Werks schon deswegen als wünschenswerth, weil dadurch der Stadt ein Mittel zur Unterhaltung des für die Bibliothek sehr vortheilhaften Austauschs mit fremden Vereinen, Behörden und Bibliotheken geliefert werde.

Die beantragte Bewilligung wird hiernach durch die Versammlung ausgesprochen.

IV. Nach dem im Juni d. J. erfolgten Ableben des Gutsbesizers Karl Löbbbecke auf Gr.-Denkte, welcher sich während der Wintermonate hier aufzuhalten pflegte und bei Herzogl. Stadtgerichte auch sein Testament deponirt hatte, sind mit den Erben Verhandlungen wegen der an die städtische Armen- und Begebefferungskasse zu entrichtenden Abgabe gepflogen. Dieselben haben dahin geführt, daß der Magistrat sich mit der vergleichsweise offerirten Summe von 1000  $\mathfrak{R}$  zufrieden erklärte. Gleichwohl haben die Löbbbecke'schen Erben diese Vergleichssumme nicht an das hiesige Stadtgericht oder den Magistrat, sondern an die Herzogliche Kreisdirection Wolfen-



büttel, welche namens der Armen- und Wegebesserungskasse des dortigen Amtsgerichts Ansprüche darauf erhoben hatte, ausbezahlen lassen. Die Bemühungen des Magistrats, das Herzogliche Stadtgericht zur Einziehung der fraglichen Abgabe, sowie die Herzogliche Kreisdirection Wolfenbüttel zur Herausgabe der eingezahlten 1000  $\mathfrak{R}$  zu bewegen, sind erfolglos geblieben, und ebenso hat Herzogl. Staatsministerium auf eine über das Verfahren der genannten Kreisdirection geführte Beschwerde sich dahin ausgesprochen, daß die obschwebende Differenz, da die gegenseitigen Ansprüche privatrechtlicher Natur, nicht durch administrative Verfügung, sondern nur durch richterliche Sentenz entschieden werden könne, in Rücksicht aber auf die factischen und rechtlichen Verwickelungen dieser Angelegenheit eine gütliche Einigung wünschenswerth sei. Wenngleich nun auch der Magistrat einer solchen im allgemeinen den Vorzug vor einem Proceß zu geben geneigt ist, so glaubt sich derselbe in diesem Falle doch für die Beschreitung des Rechtsweges entscheiden zu müssen.

Zunächst kommt in Betracht, daß die Löbbbeck'schen Erben mit dem Magistrat in Vergleichshandlung eingetreten sind und diesem die Vergleichssumme offerirt habe, welche dann acceptirt wurde. Es kann hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn diesseits auf Erfüllung des Vergleichs geklagt wird, die Löbbbeck'schen Erben zur Zahlung verurtheilt werden müssen. Da freilich die Kreisdirection Wolfenbüttel sich verpflichtet hat, die Löbbbeck'schen Erben in einem etwaigen Proceß mit der Stadt zu vertreten, so wird dieselbe unzweifelhaft abcitirt werden und alsdann die in Zweifel gezogene Rechtsfrage, ob die Armen- und Wegebaukasse der hiesigen Stadt oder die des Amtsgerichts Wolfenbüttel Anspruch auf die fragliche Abgabe habe, zur gerichtlichen Entscheidung kommen müssen. Indessen ist der Magistrat der Ansicht, daß letztere auch in diesem Punkte zu Gunsten der Stadt ausfallen werde, da das Löbbbeck'sche Testament bei dem hiesigen Stadtgerichte deponirt gewesen ist, jene Abgabe aber den betreffenden Kassen eben desjenigen Ortes gebührt, an welchem das Testament deponirt worden war.

Die Kreisdirection Wolfenbüttel hat sich zur Begründung ihres Anspruchs darauf bezogen, daß nach dem Rescripte des Fürstl. Kammercollegiums vom 31. März 1829 die Abgabe nicht als eine Steuer auf Errichtung letztwilliger Verfügungen, sondern als eine auf der Testamentserbschaft lastende Abgabe anzusehen sei, und nach dem Rescripte der Fürstl. G. R. K. vom 12. September 1815 an die Armen- und Gemeindefasse des Wohnortes derer, welche sie zu entrichten haben, gezahlt werden sollen. Diesen Verfügungen indessen vermag der Magistrat eine Bedeutung überall nicht beizulegen, da einmal das Rescript vom 12. September 1815 gar nicht den Zweck hatte, über den hier in Frage stehenden Punkt zu entscheiden, sondern lediglich die Gerichte zur ordnungsmäßigen Erhebung der Abgabe anweisen sollte, sodann aber das Fürstl. Kammercollegium gesetzliche Bestimmungen

weder zu erläutern noch auszudehnen befugt war, seine Erlasse also bei Differenzen vor Gericht keinerlei Geltung hatten, wie daraus erhellt, daß, während nach demselben Rescripte die Abgabe nur von dem im Inlande vorhandenen Vermögen eines Erblassers gefordert werden dürfte, von den Gerichten gerade das Gegentheil erkannt ist.

Nach dem Dasürhalten des Magistrats können nur die bezüglichlichen älteren Verordnungen maßgebend sein. Allerdings wird es direct in denselben nicht ausgesprochen, daß die Abgabe der Armen- und Begebesserungskasse des Ortes zufallen soll, bei dessen Gerichte ein Testament deponirt oder der Vertrag über eine unbewegliche Sache abgeschlossen wird. Aus ihrem ganzen Inhalte aber wie aus einzelnen Bestimmungen darin geht unzweifelhaft hervor, daß dies der beabsichtigte Sinn ist. So soll nach der Verordnung vom 20. Februar 1756 jene Abgabe einer beliebigen Armenanstalt oder einem beliebigen Waisenhause im Herzogthum vermacht werden können; falls aber keine ausdrückliche Bestimmung getroffen wird, an den Orten wo Waisenhäuser sind, zwischen diesen und den Armenanstalten getheilt werden, — eine Verfügung, in welcher dem ganzen Zusammenhang nach der Ausdruck „Ort“ nur der Sitz des Gerichtes, welches die Abgabe erhebt, verstanden werden kann. — Ferner besagt Art. 25 des Landtagsabschiedes vom 9. April 1770 ausdrücklich, daß jene Abgabe von jeder Obrigkeit „in ihren Gerichten“ zu dem gesetzlichen Zwecke verwandt werden solle. Nach der landesherrlichen Verordnung vom 7. Juni 1770 endlich soll dasjenige, was in Testamenten von Personen, die der fürstlichen Kammer- und Klosterrathsstube, der Justizkanzlei, dem Hofgerichte und dem Consistorio unmittelbar unterworfen, zu Wegen und Stegen vermacht worden, an die fürstl. General-Begebesserungscommission eingesandt, nicht aber etwa an die Begebaukasse im Wohnorte des Testirers abgegeben werden, selbst dann, wenn das Testament bei einem jenen Behörden untergeordneten Gerichte deponirt war.

Dem entspricht dann auch die neuere Gesetzgebung und das Herkommen, indem das Gesetz vom 4. Juli 1851 *N* 28 in § 3 festsetzt, daß die Abgabe von letztwilligen Verfügungen nach deren Publication durch dasjenige Gericht einzuziehen, bei welchem dieselben niedergelegt waren, und wenn dabei auch nicht ausdrücklich ausgesprochen ist, daß die Gerichte diese Abgabe an die Armen- und Begebesserungskasse ihres Ortes oder Bezirkes abliefern sollen, so ist dies nur als etwas Selbstverständliches unterblieben, da es nicht die Absicht sein konnte, die Gerichte in die Lage zu bringen, in jedem Falle untersuchen zu müssen, an welche Cassé die eingezogene Abgabe abzuliefern sei, anderen Falls aber eine solche Absicht in dem Gesetze ohne Zweifel ausdrücklich kundgegeben wäre. Diesem gemäß sind denn auch die Abgaben von den bei hiesigem Stadtgerichte deponirten Testamenten und

Verträgen stets an die hiesige Armen- und Begebefferungskasse abgeliefert oder überwiesen, ohne Rücksicht darauf, ob die Erblasser oder Contrahenten hier ihr Domizil hatten oder nicht, und auch im vorliegenden Falle hat Herzogl. Stadtgericht zur Erklärung über den Vergleichsvorschlag der Gebrüder Löbbecke den Magistrat, nicht aber die Kreisdirection Wolfenbüttel aufgefordert, und nur vom Magistrate ist dieser Vergleich acceptirt.

Auf diese Erwägungen gestützt beantragt der Magistrat, zur Anstellung eines Processus gegen die Löbbeckeschen Erben, event. -gegen die Kreisdirection Wolfenbüttel ermächtigt zu werden.

Die Statutencommission, für welche Herr Peters berichtet, hat der Auffassung des Magistrates sowie der vorgetragenen juristischen Ausführung lediglich beipflichten können, und empfiehlt demnach, die beantragte Vollmacht zu erteilen, indem sie zugleich ihr Gutachten dahin abgibt, daß der bestehenden Sachlage entsprechend die Forderung der Stadt gegen die Löbbeckeschen Erben werde anhängig zu machen sein.

In diesem Sinne beschließt auch die Versammlung.

V. Laut eines nach Feststellung der Tagesordnung eingegangenen Magistratschreibens vom 23. d. Mts. haben sich seit Ausbruche des Krieges die Geschäfte des Magistrats namentlich in Folge der durch das Einquartierungswesen und die Unterstützung der Familien einberufener Reservisten und Wehrmänner verursachten Arbeiten ganz erheblich vermehrt. Während nun diese Arbeiten in fast allen größeren Städten Preußens von einer ständigen und mit genügendem Hilfspersonale versehenen Behörde verrichtet werden, liegen dieselben hier unter der Leitung eines Magistratsmitgliedes den gewöhnlichen Hilfsbeamten des Magistrates, der Stadtkasse und der Armenkasse ob, welche hierzu vielfach unter Verzicht auf anderweitige einträgliche Arbeiten die Tages- und Abendzeit außer den Büreaustunden verwenden müssen. Der Magistrat hält es demnach für billig, diesen Beamten eine besondere Gratification zu Theil werden zu lassen. Sein Antrag, zu dem Ende bis zu 300  $\text{fl}$  aus der Stadtkasse zur Verfügung zu stellen,

wird von der Finanzcommission, für welche Herr Solmig berichtet, dringend befürwortet, und

nachdem der Herr Oberbürgermeister Caspari die betreffenden Leistungen des Hilfspersonals des nähern charakterisirt hat,

von der Versammlung ohne jeden Einspruch genehmigt.

Schließlich

VI. berichtet namens der Finanzcommission Herr Graf Görz-Wrisberg über den städtischen Haushalt während des Jahres 1869.

Der Uebersicht, welche in dem gedruckten Executionssatz vorliegt, fügt der Magistrat bei Mittheilung der Originalrechnungen in einem Schreiben vom 31. October folgende Bemerkungen hinzu.

Der Kassenbestand von 119,390  $\text{fl. 15 gr. 4}$  ist nur scheinbar vorhanden, indem davon auf städtische Bauten, welche schon im verflossenen Jahre ausgeführt, deren Hauptrechnungen aber noch nicht aufgestellt sind, bereits 24,655  $\text{fl. 9 gr. 1}$  und für den Bau der Beguinenhäuser 1536  $\text{fl.}$  vorgeschossen sind, wovon allerdings jährlich 1027  $\text{fl. 23 gr. 4}$  zum Ersatz kommen, während die der Wegebaufasse vorgeschossenen 905  $\text{fl. 27 gr. 7}$  in Folge des Beschlusses der Versammlung am 9. December 1869 in diesem Jahre in Absatz werden gebracht werden. Außerdem sind für das Jahr 1870 bis zur Aufstellung der Rechnung 11647  $\text{fl. 20 gr. 7}$  bereits verausgabt, und diese Summe nebst den baar vorhandenen 645  $\text{fl. 20 gr. 1}$  sowie den bei Herzogl. Leihhause belegten 80,000  $\text{fl.}$  bildet den Betriebsfond, womit die Stadtkasse in das Jahr 1870 hineinging. Wenngleich nun damit der für den Betriebsfond festgesetzte Betrag von 30,000  $\text{fl.}$  beträchtlich überstiegen wird, so stellt der Magistrat gleichwohl den Antrag, hierüber hinwegzugehen, da die Stadt nicht allein wegen verschiedener bevorstehender Neubauten, sondern vornehmlich auch in Folge des Krieges sehr bedeutende Ausgaben hat, zu denen die regelmäßigen Einnahmen nicht ausreichen.

Die Angabe der Stadtkassenrechnung, wonach 8082  $\text{fl. 29 gr. 4}$  für den Capitalfond noch zu belegen ständen, ist insofern nicht ganz richtig, als 375  $\text{fl.}$  welche im verflossenen Jahre mehr belegt als eingegangen, nicht in Ausgabe gestellt sind. Zugleich constatirt der Magistrat, daß jene Angabe auch mit dem frühern Beschlusse im Widerspruch steht, daß der Stadtwasserkunst vorgeliehene Capital von den Forderungen des Capitalfonds an den Betriebsfond nicht in Absatz zu bringen. Beiden Mängeln wird in der Rechnung für 1870 abgeholfen werden.

Es sind 18,150  $\text{fl.}$  angeliehen und nur 1410  $\text{fl.}$  abgetragen. Der Magistrat bemerkt hierzu, daß der Ueberschuß von 16,140  $\text{fl.}$  zur Berichtigung der Kaufgelber für die Grundstücke der dritten untern Bürgerschule am Sandwege verwandt sind.

Die Commission hat diesen Erläuterungen nichts hinzuzufügen und ebensowenig Erinnerungen gegen sonstige Punkte der vorgelegten Rechnungen zu erheben. Sie giebt daher anheim, dem Magistrate unter Vorbehalt einer Remedur der von diesem selbst hervorgehobenen Ausstellungen Decharge zu ertheilen.

In Betreff der Höhe des Betriebsfonds führt der Herr Oberbürgermeister Caspari an, daß sich in Folge der durch den Krieg verursachten Ausgaben die Sache inzwischen beträchtlich anders gestaltet hat, und zwar bis zu dem Grade, daß die Stadtkasse gegenwärtig nicht einmal mehr über den ordnungsmäßigen Be-

triebsfond von 30,000  $\text{M}$  verfüge. Unter diesen Umständen habe sich der Magistrat bereits mit der Frage beschäftigt, ob nicht demnächst eine besondere Einquartierungssteuer zu erheben sein werde. Doch sei man zu dem Schlusse gelangt, dieses Auskunfts mittel wenn irgend möglich zu vermeiden. Zunächst sei zu hoffen, daß der Stadt mit Rücksicht auf die ihr vorzugsweise auferlegten Einquartierungslasten eine Entschädigung aus der Staatskasse werde zugestanden werden, schlimmsten Falls aber scheine es unter den gegenwärtigen Umständen angemessener, den Ausfall durch eine Anleihe zu decken, als der schon so stark in Anspruch genommenen Einwohnerschaft neue Steuern aufzubürden. Vorschläge in dieser Hinsicht werde der Magistrat einbringen, wenn nicht etwa ein baldiger Frieden ihn der angedeuteten Nothwendigkeit überheben sollte.

Der Herr Vorsitzende schließt sich den Ansichten des Herrn Vorredners rücksichtlich der ferneren Gestaltung der städtischen Finanzverhältnisse durchaus an. Die Frage, ob es sich nicht empfehlen würde, die Ausgaben für dauernde Zwecke der städtischen Verwaltung durch eine Anleihe, vorübergehende Bedürfnisse dagegen, wie die Einquartierungsentschädigungen durch eine Steuer ad hoc zu decken, werde demnächst zu erwägen sein.

Unter Voraussetzung der vom Magistrate in Aussicht gestellten Berichtigung des Verhältnisses zwischen dem Capitalfond und dem Betriebsfond werden die vorliegenden Rechnungen von der Versammlung als justificirt anerkannt, und hierauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wurde eine Steuerreclamation erledigt.

---